



VERGABEUNTERLAGEN

054-26-E16

Betriebshof Käfertal Kabeltrassenbau

Offenes Verfahren (EU) (VOB)

Ausschreibung

AUFTRAGGEBER

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Möhlstraße 27, 68165 Mannheim, Deutschland

11.05.2026

Inhaltsverzeichnis

Vergabeunterlagen	1
Projektinformation	1
Vertragsbedingungen/Formulare.....	3
Verfahrensinformationen	3
211_EU_Aufforderung_zur_Abgabe_eines_Angebots.pdf	3
212_Teilnahmebedingungen_EU.....	7
1 Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen.....	7
2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen	7
3 Angebot	7
3.1 Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen.....	7
3.2 Für das Angebot sind die von der Vergabestelle vorgegebenen Vordrucke zu verwende.	7
3.3 Eine selbstgefertigte Abschrift oder Kurzfassung des Leistungsverzeichnisses ist zulässig	7
3.4 Unterlagen, die von der Vergabestelle nach Angebotsabgabe verlangt werden, sind zu .	7
3.5 Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein.	7
3.6 Ein Bieter, der in seinem Angebot die von ihm tatsächlich für einzelne Leistungsposition	7
3.7 Alle Preise sind in Euro mit höchstens drei Nachkommastellen anzugeben.....	7
4 Unterlagen zum Angebot.....	7
5 Nebenangebote.....	8
5.1 Nebenangebote müssen die geforderten Mindestanforderungen erfüllen; dies ist mit An.	8
5.2 Der Bieter hat die in Nebenangeboten enthaltenen Leistungen eindeutig und erschöpfend .	8
5.3 Nebenangebote sind, soweit sie Teilleistungen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses	8
5.4 Nebenangebote, die den Nummern 5.1 bis 5.3 nicht entsprechen, werden von der Wert.	8
6 Bietergemeinschaften.....	8
6.1 Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform .	8
6.2 Sofern nicht im offenen Verfahren ausgeschrieben wird, werden Angebote von Bieter-g.	8
7 Kapazitäten anderer Unternehmen (Unteraufträge, Eignungsleihe)	8
8 Eignung	9
8.1 Offenes Verfahren	9
8.2 Nichtoffene Verfahren, Verhandlungsverfahren	9
216_Verzeichnis_der_vorzulegenden_Unterlagen.pdf	10
Untitled	11
Leistungsbeschreibung und Vertragsbedingungen	12
Leistungsbeschreibung BF- Käfertal Kabeltrassenbau	12
1. Umfeld der Baumaßnahme und bestehende Situation	19
1.1 Vorhabenkontext und Lage der Maßnahmen.....	19
1.1.1 Kapazitätserweiterung Bf Käfertal	19
1.1.2 Erneuerung BÜ Alte Mannheimer Str.....	19
1.2 Art und Umfang der ausgeschrieben Leistung	20
2. Abgrenzung der Leistung	20

3. Gleichzeitig laufende Baumaßnahmen des Auftraggebers bzw. Dritter	21
4. Verkehrswege	21
4.1 Straßenverkehr	21
4.2 Schienenverkehr	21
5. Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen	22
6. Flächen zur Baustelleneinrichtung und Lagerflächen	22
6.1 Allgemeines	22
6.2 Stellen von Baustelleneinrichtungen	23
6.3 Baubüro und sonstige Räume	23
6.4 Erste Hilfe-Einrichtungen	23
6.5 Sicherung der Baustelle	23
7. Besichtigung der Baustelle	24
8. Bauausführung	24
8.1 Vorschriften	24
8.2 Arbeitszeiten	24
8.3 Sicherheits- und Gesundheitsschutz	24
8.4 Lärmschutz	25
8.5 Transporte	25
8.6 Beweissicherung	25
8.7 Nachweise der Güte der Stoffe und Bauteile	25
8.8 Arbeitsmaschinen und Geräte	25
8.9 Anlagen im Baugelände	26
9. Projektmanagement	26
10. Personal	26
11. Bauleitung	26
12. Ökologische Baubegleitung	27
13. Projektsprache	27
14. Ausführungsfristen und Terminplan	28
15. Ausführungsunterlagen bzw. Ausschreibungspläne	28
16. Auftraggeber, Technischer Ansprechpartner, Planer und Bauüberwachung	28
17. Anmeldungen	28
18. Sonstiges	28
1. Planungsgrundlagen und Vorschriften	31
2. Allgemeines	31
3. Erdarbeiten	31
4. Kabelkanäle	32
5. Kabelschächte	33
6. Rohrsysteme	34
7. Gleisquerungen	34
8. Signalfundamente Zugsicherungsanlagen	35
9. Einfassungsrahmen	35
10. Pfosten für Signaltafeln	35

11. Zäune und Zauntüren.....	35
1. Umfang der Maßnahme	38
2. Streckencharakteristik	38
3. Zugänglichkeit der Strecke / des Baufeldes	38
4. Beschreibung der baulichen Tätigkeiten	39
5. Betonkabelkanäle	39
6. Längs- und Stichverrohrungen	39
7. Schächte	39
8. Gleisquerungen	39
9. Signalfundamente	39
10. Sonstiger begleitender Tiefbau	40
054-26-E16_Vertragsbedingungen	43
AGB Baumaßnahmen_Januar 2024	45
RNV_Datenschutzinformation	54
Anlage Merkblatt Elektronische Rechnung	60
AnschreibenPDF Rechnung.....	60
Anforderungen PDF-Rechnung.....	61
Auszufüllende Formulare	63
213_ohne_Lose_Angebotsschreiben.pdf.....	63
221_Preisermittlung_Zuschlagskalkulation	66
222_Preisermittlung_Kalkulation_Endsumme.....	68
234_Erklärung Bieter_Arbeitsgemeinschaft	70
124_Eigenerklärung.pdf	71
233_Verzeichnis_Nachunternehmerleistungen.....	74
LTMG - Baden-Württemberg.....	75
Merkblatt über die Abgabe der Verpflichtungserklärung	75
Verpflichtungserklärung für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz erfasst ..	84
Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt	86
Besondere Vertragsbedingungen.....	88
Russland Sanktionen	92
RS_EU_Sanktion_bmwsb_eigenerklärung.pdf	92
Rundschreiben_2022-04-14_BW17_70904_21_Sanktionen	94
I. EU-Sanktionen gegen Russland	94
II. Verbot der Auftragsvergabe	94
III. Fortführung bestehender Verträge	95
IV. Ausnahmen.....	95
V. Zuwendungsbau	96
VI. Inkrafttreten.....	96
Produkte/Leistungen	97
Eignungskriterien.....	136
Leistungskriterien	138
Anlagen	139

INFORMATIONEN ZUR AUSSCHREIBUNG



Es ist beabsichtigt, die in anliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen im Namen und für Rechnung des unten angegebenen Auftraggebers zu vergeben. Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

INFORMATIONEN

ALLGEMEIN

Auftragsnummer	054-26-E16
Maßnahme	O128
Auftragsbezeichnung	Betriebshof Käfertal Kabeltrassenbau
Auftragsbeschreibung	Bau von Kabeltrassen / Tiefbau im Bereich Bf Käfertal - Bensheimer Str

VERFAHREN

Auftraggeber	Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Weitere Auftraggeber	
Auftraggebertyp	Öffentlicher Auftraggeber
Liefer-/Ausführungsort	68309 Käfertal
Leistungsart	Bauleistung
Vergabeart	Offenes Verfahren (EU) (VOB)

VERFAHRENSEIGENSCHAFTEN

Losweise Vergabe	Nein										
Art der losweisen Vergabe											
Höchstzahl der Lose pro Angebot											
Zuschlagskriterium	Niedrigster Preis Optionale Positionen werden in den Angebotspreis eingerechnet.										
Klassifizierungen	<table><thead><tr><th>Code</th><th>Bezeichnung</th></tr></thead><tbody><tr><td>45221250-9</td><td>Tiefbauarbeiten, außer Tunneln, Schächten und Unterführungen</td></tr><tr><td>45232000-2</td><td>Bauarbeiten und zugehörige Arbeiten für Rohrleitungen und Kabelnetze</td></tr><tr><td>45314300-4</td><td>Kabelinfrastruktur</td></tr><tr><td>45314310-7</td><td>Verlegen von Kabeln</td></tr></tbody></table>	Code	Bezeichnung	45221250-9	Tiefbauarbeiten, außer Tunneln, Schächten und Unterführungen	45232000-2	Bauarbeiten und zugehörige Arbeiten für Rohrleitungen und Kabelnetze	45314300-4	Kabelinfrastruktur	45314310-7	Verlegen von Kabeln
Code	Bezeichnung										
45221250-9	Tiefbauarbeiten, außer Tunneln, Schächten und Unterführungen										
45232000-2	Bauarbeiten und zugehörige Arbeiten für Rohrleitungen und Kabelnetze										
45314300-4	Kabelinfrastruktur										
45314310-7	Verlegen von Kabeln										

ANGEBOTE

Mehrere Hauptangebote zugelassen	Mehrere Hauptangebote sind zulässig
Nebenangebote	Nebenangebote sind nicht zugelassen
Nachlass	Ja
Skonto zugelassen	Nein
Skonto Zahlungsziel	Tag(e)
Verwendung elektronischer Mittel	Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen
URL für elektronische Angebote	http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboards_rd_off
Zulässige Signaturen	Textform nach §126b BGB

SONSTIGE ANGABEN

Vertragsart	Bestellung
-------------	------------

TERMINE

ALLGEMEIN

Vorausgegangene Vorinformation	Nein
Besondere Dringlichkeit	Nein

BEKANNTMACHUNG

Vorinformation	
Bekanntmachung	15.05.2026

ANGEBOTE UND BEWERTUNG

Angebotsfrist	15.06.2026 11:00:00
Frist Bieterfragen	05.06.2026 11:00
Eröffnungstermin	
Bindefrist	14.08.2026
Versand Vorabinformation	03.08.2026

AUFTRAGSDAUER

Beginn
Ende
Anmerkungen

ELEKTRONISCHE TEILNAHME

Bitte melden Sie sich auf der Bekanntmachungsplattform unter http://www.deutsche-everg-abe.de/Dashboards/Dashboa_rd_off mit Ihrem Benutzernamen und Ihrem Passwort an.

Sofern Sie im System noch nicht registriert sind, können Sie dies auf der Plattform vornehmen.
Die Registrierung ist kostenfrei.

Anschließend können Sie auf der Startseite bspw. nach dem Titel des Verfahrens über die Direktsuche als Suchbegriff suchen. Folgen Sie anschließend der Anleitung im System, um an dem Verfahren teilzunehmen.

BIETERFRAGEN

Bieterfragen müssen bis spätestens 05.06.2026 11:00 Uhr eingegangen sein.
Für später eingehende Fragen wird deren Beantwortung nicht zugesichert.
Bieterfragen müssen unter "Nachrichten" im eVergabe Bieterassistenten gestellt, sowie Antworten dort geprüft werden.
Den Assistenten erreichen Sie unter folgender Adresse: http://www.deutsche-everg-abe.de/Dashboards/Dashboa_rd_off
Fragen auf anderen Kommunikationswegen, wie telefonische, schriftliche oder E-Mail Anfragen werden nicht beantwortet.

Hinweis: Sie erhalten unmittelbar nach Beantwortung einer Bieterfrage eine Benachrichtigung per E-Mail über das Vorliegen von Antworten im Bieterassistenten. Sie müssen daher alle Antworten im Assistenten prüfen und dort zur Kenntnis nehmen.

Vergabestelle

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
 Vergabemanagement und Baueinkauf (RE4)
 Möhlstraße 27
 68165 Mannheim
 Deutschland

Vergabeart

- ☒ offenes Verfahren
 nicht offenes Verfahren
 Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb
 Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb
 wettbewerblicher Dialog
☐ Innovationspartnerschaft

Ablauf der Angebotsfrist

Datum	Uhrzeit
15.06.2026	11:00:00

Bindefrist endet am	14.08.2026
---------------------	------------

Aufforderung zur Abgabe eines Angebots

(Vergabeverfahren gem. Abschnitt 2 VOB/A)

Bezeichnung der Bauleistung:

Maßnahmennummer Baumaßnahme

O128 O128

Vergabenummer

Leistung

054-26-E16 Betriebshof Käfertal Kabeltrassenbau

Anlagen**A) die beim Bieter verbleiben und im Vergabeverfahren zu beachten sind**

- ☒ 212 EU Teilnahmebedingungen EU (Ausgabe 2019)
☒ 216 Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen
☐ 226 Mindestanforderungen an Nebenangebote
☐ 227 Zuschlagskriterien
☐ 242 Instandhaltung
☐ Informationen zur Datenerhebung
☒ rnv Datenschutz

☒ Anlage Merkblatt elektronische Rechnung

B) die beim Bieter verbleiben und Vertragsbestandteil werden

- ☒ Teile der Leistungsbeschreibung: Baubeschreibung, Pläne, sonstige Anlagen
☒ 214 Besondere Vertragsbedingungen
☐ 225 Stoffpreisgleitklausel
☐ 228 Nichteisenmetalle
☐ 241 Abfall
☐ 244 Datenverarbeitung
☒ 054-26-E16 Vertragsgrundlagen
☒ AGB Baumaßnahmen

C) die, soweit erforderlich, ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen sind

- ☒ 213 Angebotsschreiben
- ☒ Teile der Leistungsbeschreibung: Leistungsverzeichnis/Leistungsprogramm
- ☒ 124 Eigenerklärung zur Eignung
- ☒ 221/222 Angaben zur Preisermittlung entsprechend Formblatt 221 oder 222
- ☐ 224 Angebot Lohngleitklausel
- ☒ 234 Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft
- ☒ 235 Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen
- ☐ 248 Erklärung zur Verwendung von Holzprodukten
- ☐ Vertragsformular für Instandhaltung: _____
- ☒ Erklärung LTMG-Baden-Württemberg _____
- ☒ Eigenerklärung Russlandsanktionen _____
- ☐ _____

D) die ausgefüllt auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle einzureichen sind

- ☐ 223 Aufgliederung der Einheitspreise entsprechend Formblatt 223
- ☐ 236 Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen
- ☐ _____
- ☐ _____

1 Es ist beabsichtigt, die in beigefügter Leistungsbeschreibung bezeichneten Bauleistungen im Namen und für Rechnung

MV Mannheimer Verkehr GmbH
Möhlstraße 27
68165 Mannheim

zu vergeben.

Es ist beabsichtigt, die in beigefügtem Vertragsformular bezeichneten Instandhaltungsleistungen im Namen und für Rechnung

zu vergeben.

2 Kommunikation

Die Kommunikation erfolgt

- ☒ elektronisch über die Vergabeplattform
- ☐ auf andere Weise (schriftlich/Textform)
- ☐ in Kombination: bis zur Angebotsöffnung elektronisch über die Vergabeplattform; danach schriftlich oder in Textform

Stelle

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Straße Möhlstraße 27

PLZ/Ort 68165 Mannheim

Fax +49 6214653111

E-Mail vergabe@rnv-online.de

3 Unterlagen (Erklärungen, Angaben, Nachweise)**3.1 Folgende Unterlagen sind mit dem Angebot einzureichen:**

- ☒ siehe Formblatt Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen
- ☐ _____
- ☐ _____

3.2 - frei -**3.3 Nachforderung**

Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit dem Angebot gefordert war, werden

- ☒ nachgefordert.
☐ teilweise nachgefordert, und zwar folgende Unterlagen:

☐ nicht nachgefordert.

3.4 Folgende Unterlagen sind auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vorzulegen

- ☒ siehe Formblatt Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen

☐ _____

☐ _____

4 Losweise Vergabe

- ☒ nein
 ja, Angebote sind möglich für
☐ alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)
☐ eine maximale Anzahl an Losen: siehe Bekanntmachung oder Aufforderung zur Interessensbestätigung
☐ nur ein Los

bei zugelassener Angebotsabgabe für mehr als ein Los:

- ☐ Beschränkung der Zahl der Lose, für die ein Bieter den Zuschlag erhalten kann
☐ Höchstzahl: siehe Bekanntmachung bzw. Aufforderung zur Interessensbestätigung
☐ Bedingungen zur Ermittlung derjenigen Lose, für die ein Bieter den Zuschlag erhält, falls sein Angebot in mehr Losen das wirtschaftlichste ist als der angegebenen Höchstzahl an Losen

5 Mehrere Hauptangebote

Die Abgabe von mehr als einem Hauptangebot ist

- ☐ zugelassen.
 Werden mehrere Hauptangebote abgegeben, muss jedes aus sich heraus zuschlagsfähig sein.
 § 13 EU Absatz 1 Nummer 2 VOB/A gilt für jedes Hauptangebot.
☐ nicht zugelassen.

6 Nebenangebote

- 6.1** ☒ Nebenangebote sind nicht zugelassen, Nummer 4 der Teilnahmebedingungen EU gilt nicht.
6.2 ☐ Nebenangebote sind zugelassen (siehe auch Nummer 4 der Teilnahmebedingungen EU) - ausgenommen Nebenangebote, die ausschließlich Preisnachlässe mit Bedingungen beinhalten -
☐ für die gesamte Leistung
☐ nur für nachfolgend genannte Bereiche:

☐ mit Ausnahme nachfolgend genannter Bereiche:

unter folgenden weiteren Bedingungen:

- ☐ nur in Verbindung mit einem Hauptangebot
☐

7 Angebotswertung

Kriterien für die Wertung der Haupt- und ggf. Nebenangebote

☒ Zuschlagskriterium Preis

Der Preis wird aus der Wertungssumme des Angebotes ermittelt.

Die Wertungssummen werden ermittelt aus den nachgerechneten Angebotssummen, insbesondere unter Berücksichtigung von Nachlässen, Erstattungsbetrag aus der Lohngleitklausel, Instandhaltungsangeboten.

☐ Mehrere Zuschlagskriterien gemäß Formblatt Zuschlagskriterien

Werkstätten für Behinderte wird bei der Berechnung der Wertungssumme ein Bonus von 15 Prozent eingeräumt.

Ist ein Angebot, das von einer Werkstatt für Behinderte abgegeben wurde, ebenso wirtschaftlich wie ein anderes Angebot, so wird der Zuschlag auf das Angebot der Werkstatt für Behinderte erteilt.

Der Nachweis der Eigenschaft als Werkstätte für Behinderte ist mit dem Angebot zu führen.

8 Zugelassene Angebotsabgabe

☒ Elektronisch

☒ in Textform ☐ mit fortgeschrittener/m Signatur/Siegel ☐ mit qualifizierter/m Signatur/Siegel

Bei elektronischer Angebotsübermittlung in Textform muss der Bieter zu erkennen sein; falls vorgegeben, ist das Angebot mit der geforderten Signatur/dem geforderten Siegel zu versehen.

Das Angebot ist zusammen mit den Anlagen bis zum Ablauf der Angebotsfrist über die Vergabeplattform der Vergabestelle zu übermitteln.

☐ Schriftlich

Das beigelegte Angebotsschreiben ist zu unterzeichnen und zusammen mit den Anlagen in verschlossenem Umschlag bis zum Ablauf der Angebotsfrist an folgende Anschrift zu senden oder dort abzugeben:

☐ siehe Briefkopf

☐ Stelle:

Der Umschlag ist außen mit Namen (Firma) und Anschrift des Bieters und der Angabe

„Angebot für

Maßnahmennummer: O128	Baumaßnahme: O128
Vergabenummer: 054-26-E16	Leistung: Betriebshof Käfertal Kabeltrassenbau

”

zu versehen, ggf. unter Verwendung eines bereit gestellten Kennzettels.

9 Behörde, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen die Vergabebestimmungen wenden kann:

Vergabekammer (§ 156 GWB, § 21 EU VOB/A):

Regierungspräsidium Karlsruhe

76137 Karlsruhe

10

Teilnahmebedingungen für die Vergabe von Bauleistungen

Einheitliche Fassung

Das Vergabeverfahren erfolgt nach der "Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen", Teil A "Allgemeine Bestimmungen für die Vergabe von Bauleistungen" (VOB/A, Abschnitt 2).

1 Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Unternehmens Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler, so hat es unverzüglich die Vergabestelle vor Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen.

2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

3 Angebot

3.1 Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen.

3.2 Für das Angebot sind die von der Vergabestelle vorgegebenen Vordrucke zu verwenden. Das Angebot ist bis zu dem von der Vergabestelle angegebenen Ablauf der Angebotsfrist einzureichen. Ein nicht form- oder fristgerecht eingereichtes Angebot wird ausgeschlossen.

3.3 Eine selbstgefertigte Abschrift oder Kurzfassung des Leistungsverzeichnisses ist zulässig.

Die von der Vergabestelle vorgegebene Langfassung des Leistungsverzeichnisses ist allein verbindlich.

3.4 Unterlagen, die von der Vergabestelle nach Angebotsabgabe verlangt werden, sind zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt einzureichen.

3.5 Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein.

3.6 Ein Bieter, der in seinem Angebot die von ihm tatsächlich für einzelne Leistungspositionen geforderten Einheitspreise auf verschiedene Einheitspreise anderer Leistungspositionen verteilt, benennt nicht die von ihm geforderten Preise. Deshalb werden Angebote, bei denen der Bieter die Einheitspreise einzelner Leistungspositionen in „Mischkalkulationen“ auf andere Leistungspositionen umlegt, von der Wertung ausgeschlossen.

3.7 Alle Preise sind in Euro mit höchstens drei Nachkommastellen anzugeben.

Die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.) sind ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebotes hinzuzufügen.

Es werden nur Preisnachlässe gewertet, die

- ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden und
- an der im Angebotsschreiben bezeichneten Stelle aufgeführt sind.

Nicht zu wertende Preisnachlässe bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

4 Unterlagen zum Angebot

Der Bieter hat auf Verlangen der Vergabestelle die Urkalkulation und/oder die von ihr benannten Formblätter mit Angaben zur Preisermittlung sowie die Aufgliederung wichtiger Einheitspreise ausgefüllt zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt vorzulegen. Dies gilt auch für Leistungen von Unterauftragnehmern.

5 Nebenangebote

- 5.1 Nebenangebote müssen die geforderten Mindestanforderungen erfüllen; dies ist mit Angebotsabgabe nachzuweisen.
- 5.2 Der Bieter hat die in Nebenangeboten enthaltenen Leistungen eindeutig und erschöpfend zu beschreiben; die Gliederung des Leistungsverzeichnisses ist, soweit möglich, beizubehalten.
- Nebenangebote müssen alle Leistungen umfassen, die zu einer einwandfreien Ausführung der Bauleistung erforderlich sind.
- Soweit der Bieter eine Leistung anbietet, deren Ausführung nicht in Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen oder in den Vergabeunterlagen geregelt ist, hat er im Angebot entsprechende Angaben über Ausführung und Beschaffenheit dieser Leistung zu machen.
- 5.3 Nebenangebote sind, soweit sie Teilleistungen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses beeinflussen (ändern, ersetzen, entfallen lassen, zusätzlich erfordern), nach Mengenansätzen und Einzelpreisen aufzugliedern (auch bei Vergütung durch Pauschalsumme).
- 5.4 Nebenangebote, die den Nummern 5.1 bis 5.3 nicht entsprechen, werden von der Wertung ausgeschlossen.

6 Bietergemeinschaften

- 6.1 Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben,
- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
 - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
 - dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
 - dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.
- Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern unterzeichnete bzw. fortgeschritten oder qualifiziert signierte Erklärung abzugeben.
- 6.2 Sofern nicht im offenen Verfahren ausgeschrieben wird, werden Angebote von Bietergemeinschaften, die sich erst nach der Aufforderung zur Angebotsabgabe aus aufgeförderten Unternehmen gebildet haben, nicht zugelassen.

7 Kapazitäten anderer Unternehmen (Unteraufträge, Eignungsleihe)

Beabsichtigt der Bieter, Teile der Leistung von anderen Unternehmen ausführen zu lassen oder sich bei der Erfüllung eines Auftrages im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle, technische oder berufliche Leistungsfähigkeit anderer Unternehmen zu bedienen, so muss er die hierfür vorgesehenen Leistungen/Kapazitäten in seinem Angebot benennen. Der Bieter hat auf gesonder-tes Verlangen der Vergabestelle zu einem von ihr bestimmten Zeitpunkt nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Kapazitäten der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen und diese Unternehmen geeignet sind. Er hat den Namen, den gesetzlichen Vertreter sowie die Kontaktdaten dieser Unternehmen anzugeben und entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen vorzu-legen.

Nimmt der Bieter in Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese gemeinsam für die Auftragsausführung haften; die Haftungserklärung ist gleichzeitig mit der „Verpflichtungserklärung“ abzugeben.

Der Bieter hat andere Unternehmen, bei denen Ausschlussgründe vorliegen oder die das entsprechende Eignungskriterium nicht erfüllen, innerhalb einer von der Vergabestelle gesetzten Frist zu ersetzen.

8 Eignung

8.1 Offenes Verfahren

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) und ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Bei Einsatz von anderen Unternehmen ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung mit dem Angebot

- **Entweder** die ausgefüllte „Eigenerklärung zur Eignung“, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise
- **Oder** eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) vorzulegen.

Bei Einsatz von anderen Unternehmen gemäß Nummer 7 sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Sind die anderen Unternehmen präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der benannten anderen Unternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ bzw. in der EEE genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

8.2 Nichtoffene Verfahren, Verhandlungsverfahren

Ist der Einsatz von anderen Unternehmen vorgesehen, müssen **präqualifizierte Unternehmen** der engeren Wahl auf gesondertes Verlangen nachweisen, dass die von ihnen vorgesehenen anderen Unternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifizierung erfüllen, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.

Gelangt das Angebot **nicht präqualifizierter Unternehmen** in die engere Wahl, sind auf gesondertes Verlangen die in der „Eigenerklärung zur Eignung“ bzw. der EEE genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen vorzulegen. Ist der Einsatz von anderen Unternehmen vorgesehen, müssen die Eigenerklärungen und Bescheinigungen auch für die benannten anderen Unternehmen vorgelegt bzw. die Nummern angegeben werden, unter denen die benannten anderen Unternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Die Verpflichtung zur Vorlage von Eigenerklärungen und Bescheinigungen entfällt, soweit die Eignung (Bieter und benannte andere Unternehmen) bereits im Teilnahmewettbewerb nachgewiesen ist.

	Vergabenummer	Datum
	054-26-E16	
Baumaßnahme O128		
Leistung Betriebshof Käfertal Kabeltrassenbau		

Ergänzung der Aufforderung zur Angebotsabgabe**Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen (Erklärungen, Angaben, Nachweise)****1 Unterlagen, die mit dem Angebot abzugeben sind****1.1 Formblätter**

- ☒ Angebotsschreiben (bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot)
- ☒ Angaben zur Preisermittlung entsprechend den Formblättern 221 oder 222 (bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot)
- ☐ 224 - Angebot Lohnleitklausel (wenn ein Änderungssatz angeboten wird; bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot, zu dem ein Änderungssatz angeboten wird)
- ☒ 233 - Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen (wenn Teile der Leistung an Nachunternehmer vergeben werden sollen; bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot, in dem Teile der Leistung an Nachunternehmer vergeben werden sollen)
- ☒ 234 - Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft (wenn das Angebot von einer Bietergemeinschaft abgegeben wird; bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot einer Bietergemeinschaft)
- ☐ 235 - Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen (wenn sich der Bieter der Kapazitäten anderer Unternehmen bedienen wird; bei Abgabe mehrere Hauptangebote für jedes Hauptangebot, in dem sich der Bieter der Kapazitäten anderer Unternehmen bedient)
- ☐ 248 - Erklärung zur Verwendung von Holzprodukten (bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot)
- ☐ Vertragsformular/e Instandhaltung (bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot)
- ☒ Eigenerklärung Landestarif und Mindestlohngesetz
- ☒ Eigenerklärung EU-Russlandsanktionen

1.2 unternehmensbezogene Unterlagen

- ☒ Angabe der PQ-Nummer im Angebotsschreiben oder Formblatt Eigenerklärung zur Eignung oder Einheitliche Europäische Eigenerklärung
- ☒ Referenzangaben im Register Eignungskriterien
- ☐

1.3 Leistungsbezogene Unterlagen

- ☒ Leistungsverzeichnis mit den Preisen
- ☐ Produktangaben in folgenden Positionen:

- ☒ Ausgefülltes Preisblatt zu Stundenlohnarbeiten

1.4 sonstige Unterlagen

- ☒ Erfüllung von Mindestanforderungen, z.B. Datenblätter, Muster, spezielle Nachweise
- ☒ Versicherungsnachweis

2 Unterlagen, die auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen sind**2.1 Formblätter**

- ☐ 126 - Sicherheitsauskunft und Verpflichtungserklärung Nachunternehmer/Unterauftragnehmer
- ☐ 236 - Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen
- ☐ Aufgliederung der Einheitspreise entsprechend Formblatt 223
- ☐
- ☐

2.2 unternehmensbezogene Unterlagen (Bestätigungen der Eigenerklärungen)

- ☐ Referenznachweise mit den im Formblatt Eigenerklärung zur Eignung genannten Angaben
- ☒ Erklärung zur Zahl der in den letzten 3 Jahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen, mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal
- ☒ Gewerbeanmeldung, Handelsregistrauszug und Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Handelskammer
- ☒ rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan (falls eine Erklärung über das Vorliegen eines solchen Insolvenzplanes angegeben wurde)
- ☒ Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, falls das Unternehmen beitragspflichtig ist
- ☒ Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen, falls das Finanzamt eine solche Bescheinigung ausstellt
- ☒ Freistellungsbescheinigung nach § 48b Einkommensteuergesetz
- ☒ Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen
- ☐
- ☐

2.3 leistungsbezogene Unterlagen

- ☐ Produktdatenblätter benannter Fabrikate
- ☐

2.4 sonstige Unterlagen

- ☒ Urkalkulation (die Urkalkulation wird für die Prüfung der Preise geöffnet, im Anschluss wieder verschlossen)
- ☒ Die Urkalkulation ist in einem verschlossenen/versiegelten Umschlag mit der Aufschrift
- ☒ "NICHT ÖFFNEN - Urkalkulation" und der Projektbezeichnung und Projektnummer zu versehen.

Projekt O128
**Kapazitätserweiterung Bf. Käfertal –
Kabeltrassen- und begleitender Tiefbau
Bauphase 0**

sowie

Projekt O226
**Erneuerung BÜ Alte Mannheimer Str. -
Teilprojekt Kabeltrassen- und begleitender
Tiefbau zur Anpassung der Leit- und Siche-
rungstechnik im Bereich ESTW Käfertal
Abgesetzter Bereich Tierheim**

der MV Mannheimer Verkehr GmbH

Ausschreibung

Erstellt durch:

 **OBERMEYER**

Infrastruktur GmbH & Co.KG
Abt. Technische Ausrüstung Bahn, Köln
Projektbüro Metropolregion Rhein-Neckar
St.-Wolfgang-Str. 21
69198 Schriesheim

Stand: 23.04.2026

Gliederung der Ausschreibungsunterlagen

Abschnitt 1 Erläuterungen zur Ausschreibung

Abschnitt 2 Allgemeine Vorbemerkungen

Abschnitt 3 Technische Vorbemerkungen

Abschnitt 4 Baubeschreibung

Abschnitt 5 Anlagen

Abschnitt 1

Erläuterungen zur Ausschreibung

Erläuterungen zur Ausschreibung

Die vorliegende Ausschreibung mit dem Titel

**Kapazitätserweiterung Bf Käfertal - Bz1 sowie Erneuerung BÜ Alte Mannheimer Str.
– Anpassung der LST im Bereich ESTW Käfertal sowie des abgesetzten Bereichs
Tierheim**

gliedert sich in die folgenden Abschnitte, die hier kurz erläutert werden:

Abschnitt 1: Erläuterungen zur Ausschreibung

Enthält diese Erläuterungen

Abschnitt 2: Allgemeine Vorbemerkungen

In diesem Abschnitt sind die allgemeinen Anforderungen für die Durchführung der ausgeschriebenen Leistungen enthalten.

Abschnitt 3: Technische Vorbemerkungen

In diesem Abschnitt sind die technischen Anforderungen für die Durchführung der ausgeschriebenen Leistungen enthalten.

Abschnitt 4: Baubeschreibung

In diesem Abschnitt ist eine auf die speziellen Gegebenheiten der Baustelle ausgerichtete Baubeschreibung enthalten.

Abschnitt 5: Anlagen

Den Ausschreibungsunterlagen sind folgenden Unterlagen beigelegt:

Anlage 1: Leistungsverzeichnis als pdf und d83 Format

Anlage 2: Kabeltrassenlagepläne

Anlage 3: rnv-Standard - 1.3.902 Kabeltrasse 2023-10-01

Abkürzungsverzeichnis

AG	Auftraggeber
AN	Auftragnehmer
BOStrab	Bau- und Betriebsordnung für Straßenbahnen
BE	Baustelleneinrichtungsfläche
Bf	Bahnhof
Bkm	Bahnkilometer
BÜ	Bahnübergang
DB	Deutsche Bahn AG
DIN	Deutsches Institut für Normung
DN	Durchmesser (ungefährer Innendurchmesser)
EBA	Eisenbahn-Bundesamt
EBO	Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung
ESBO	Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung für Schmalspurbahnen
ESTW	Elektronisches Stellwerk
LST	Leit- und Sicherungstechnik
NE	Nichtbundeseigene Eisenbahn
OEG	Oberrheinische Eisenbahn-Gesellschaft AG
RiL	Richtlinie
rnv	Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
SiGeKo	Sicherheits- und Gesundheitskoordinator
StVO	Straßenverkehrsordnung
VDE	Verband der Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnik e.V.
VDV	Verband Deutscher Verkehrsunternehmen
VOB	Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen

Abschnitt 2

Allgemeine Vorbemerkungen

1.	Umfeld der Baumaßnahme und bestehende Situation	3
1.1	Vorhabenkontext und Lage der Maßnahmen	3
1.1.1	Kapazitätserweiterung Bf Käfertal	3
1.1.2	Erneuerung BÜ Alte Mannheimer Str.	3
1.2	Art und Umfang der ausgeschriebenen Leistung.....	4
2.	Abgrenzung der Leistung.....	4
3.	Gleichzeitig laufende Baumaßnahmen des Auftraggebers bzw. Dritter	5
4.	Verkehrswege.....	5
4.1	Straßenverkehr.....	5
4.2	Schienenverkehr.....	5
5.	Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Versorgungsleitungen	6
6.	Flächen zur Baustelleneinrichtung und Lagerflächen.....	6
6.1	Allgemeines	6
6.2	Stellen von Baustelleneinrichtungen.....	7
6.3	Baubüro und sonstige Räume	7
6.4	Erste Hilfe-Einrichtungen	7
6.5	Sicherung der Baustelle	7
7.	Besichtigung der Baustelle.....	8
8.	Bauausführung	8
8.1	Vorschriften	8
8.2	Arbeitszeiten.....	8
8.3	Sicherheits- und Gesundheitsschutz	8
8.4	Lärmschutz	9
8.5	Transporte	9
8.6	Beweissicherung	9
8.7	Nachweise der Güte der Stoffe und Bauteile.....	9
8.8	Arbeitsmaschinen und Geräte	9
8.9	Anlagen im Baugelände	10
9.	Projektmanagement.....	10
10.	Personal.....	10
11.	Projektleitung und Bauleitung	10
12.	Ökologische Baubegleitung.....	11
13.	Projektsprache	11
14.	Ausführungsfristen und Terminplan	12
15.	Ausführungsunterlagen bzw. Ausschreibungspläne	12
16.	Auftraggeber, Technischer Ansprechpartner, Planer und Bauüberwachung	12
17.	Anmeldungen	12
18.	Sonstiges.....	12

1. Umfeld der Baumaßnahme und bestehende Situation

1.1 Vorhabenkontext und Lage der Maßnahmen

1.1.1 Kapazitätserweiterung Bf Käfertal

Der Bahnhof Mannheim-Käfertal mit seinen 3 Hauptbahnsteigen und einem Betriebsbahnsteig ist an seiner Kapazitätsgrenze angelangt. Die Verkehrsabwicklung der Streckenverzweigung mit den Ästen Weinheim und Heddesheim befindet sich an ihrem Limit. Der geplante Stadtbahnanschluss Benjamin-Franklin-Village und eine mögliche Taktverdichtung der Stadtbahnlinie 5 würden zu erheblichen Kapazitätsengpässen führen. Um die Leistungsfähigkeit des Bahnhofes Mannheim-Käfertal zu sichern und zu verbessern, soll der Bahnhof grundlegend umgebaut werden.

Darüber hinaus wird im Zusammenhang mit diesem Projekt die im Jahr 2023 gebaute provisorische Anbindung des Stadtbahnanschlusses des Benjamin-Franklin-Village an der Haltestelle Bensheimer Straße in ihrem geplanten Endzustand mit realisiert.

Als Vorabmaßnahme in der Bauphase 0 sind diverse Anpassungen und Erweiterungen an den bestehenden Kabeltrassen vor allem im Bereich der Bensheimer Str. notwendig

1.1.2 Erneuerung BÜ Alte Mannheimer Str.

Die RNV hat den Bahnübergang „Alte Mannheimer Straße“ an Bahn-km 7,213 der Strecke 9400 MA-Käfertal – Weinheim erneuert. Bedingt durch die Erneuerung des Bahnüberganges ist eine Optimierung der vorhandenen Leit- und Sicherungstechnik im Bereich der Überleitstelle Tierheim notwendig. Hierfür müssen ebenfalls Anpassungen und Erweiterungen der bestehenden Kabeltrassen durchgeführt werden.

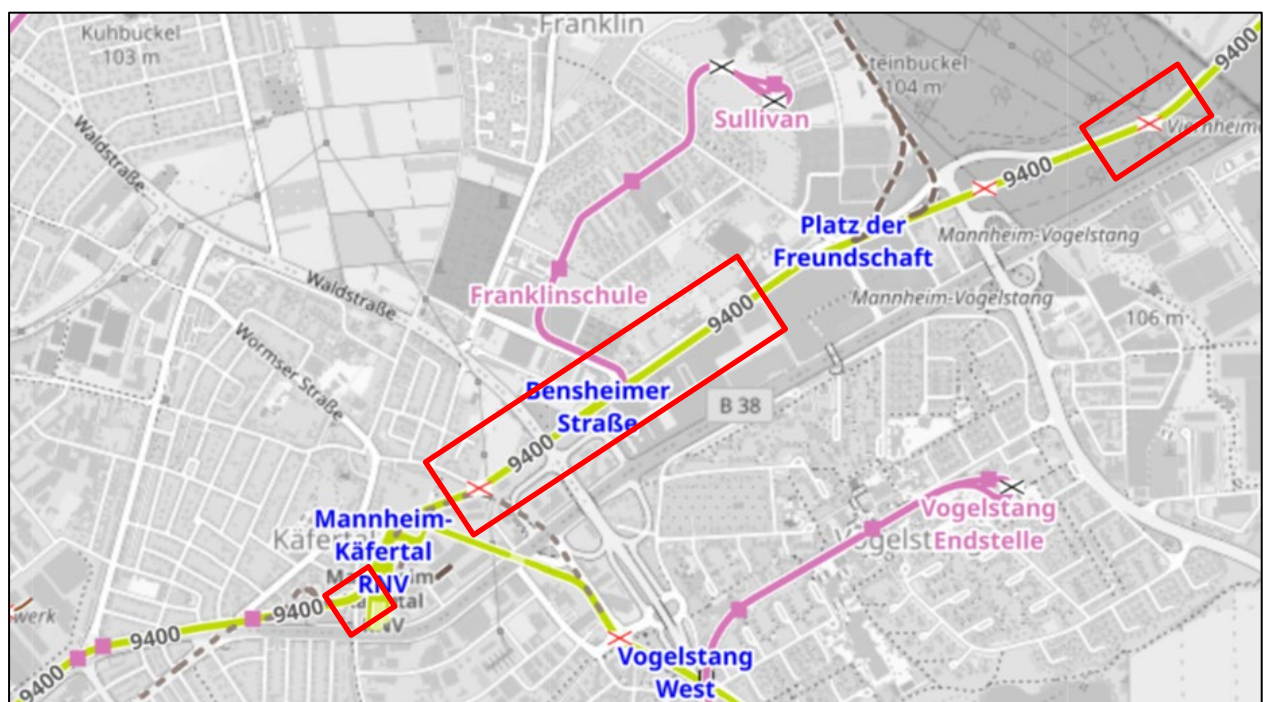


Abb. 1.1: Lageplan Baufelder

1.2 Art und Umfang der ausgeschriebenen Leistung

Der Leistungsaufwand umfasst im Wesentlichen:

- Kabeltrassentiefbau mit
 - Betontrogverlegungen
 - Gleisquerungen einschließlich Anschlussschächten
 - Stichverrohrungen
- Begleitender Tiefbau mit
 - Signalfundamenteinbau
 - Setzen von Rohrpfeilen
 - Einbau von Einfassungsrahmen
 - Anpassen von Zaunanlagen

Die Einzelleistungen sind in der fachtechnischen Baubeschreibung erläutert.

2. Abgrenzung der Leistung

Nicht zum Leistungsumfang der vorliegenden Ausschreibung gehören die nachfolgend aufgeführten Tiefbauleistungen, die durch den Auftraggeber (AG) bzw. durch Dritte erbracht werden:

- Gleisbaumaßnahmen
- Fundamenteinbau Oberleitungsmaste

3. Gleichzeitig laufende Baumaßnahmen des Auftraggebers bzw. Dritter

Korrespondierende Maßnahmen sind derzeit nicht bekannt. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass Instandhaltungsmaßnahmen an der Infrastruktur im Baufeld stattfinden. Diese werden jedoch frühzeitig vor Baubeginn bekanntgegeben.

Der Auftragnehmer (AN) hat die Koordinationspflicht für die terminliche Abstimmung mit anderen Planungen und Arbeiten. Eine gesonderte Vergütung erfolgt nicht.

Mehraufwendungen und Erschwernisse durch sich überschneidende Arbeiten sind in die einzelnen Positionen einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet.

4. Verkehrswege

4.1 Straßenverkehr

Die Verkehrssicherungspflicht obliegt dem AN und ist durch den AN mit den örtlichen Behörden abzustimmen.

Alle zur Durchführung der Baumaßnahme erforderlichen Verkehrsbeschilderungen, Absperrungen und Hinweisschilder sind im Baustellenbereich gem. StVO und nach Weisung der Verkehrsbehörden aufzubauen, umzustellen, vorzuhalten und zu unterhalten, ggf. zu beleuchten und nach Beendigung der Bauarbeiten zu entfernen. Alle hierfür anfallenden Kosten und Gebühren sind in das Angebot einzurechnen.

Ergeben sich bei Arbeiten an Eisenbahnbrücken über Straßen und Wege Behinderungen für den öffentlichen Straßenverkehr, sind ausreichende der Verkehrssicherungspflicht entsprechende Umfahrungsmöglichkeiten für den öffentlichen Fahrzeugverkehr zu schaffen. Alle hierfür anfallenden Kosten und Gebühren sind in das Angebot einzurechnen.

Für verkehrslenkende Maßnahmen außerhalb der Baustellenbereiche, die u. U. von den Verkehrsbehörden verlangt werden, hat der AN Sorge zu tragen. Sie werden nicht gesondert vergütet.

Das Aufstellen von Bauzäunen und ähnliche Maßnahmen, die der AN zum Schutz seiner Baustelle, Lagerplätze, Unterkünfte usw. gegenüber dem Straßenverkehr für erforderlich hält, sind Leistungen des AN und werden nicht gesondert vergütet.

Notwendige Absprachen mit Trägern öffentlicher Belange gehören zum Leistungsumfang des AN. Gespräche und Verhandlungen mit Dritten bedürfen einer vorherigen Information und Zustimmung durch den AG.

4.2 Schienenverkehr

Auf der Strecke 9400 findet in der Regelarbeitszeit von Montag bis Freitag ein dicht getakteter Personenverkehr im 10-Minuten-Takt statt.

Alle Maßnahmen im Bereich von Gleisanlagen bedürfen der Absprache mit der örtlichen Bauüberwachung und dem AG. Sicherungspersonal (z.B. Sicherheitsaufsicht / Sipo) sind rechtzeitig hinzuzuziehen. Die Kosten für die Gestellung übernimmt der AN.

Den Anweisungen der Ortsaufsicht des AG und der Sicherungsüberwachung ist in betrieblicher Hinsicht unbedingt Folge zu leisten.

Ohne vorherige Belehrung über das Verhalten bei Arbeiten an in Betrieb befindlichen Gleisen darf kein unter Verantwortung des AN Tätiger die Gleisanlagen betreten. Er hat durch seine Unterschrift zu bestätigen, dass er an der Belehrung über die Verhaltensmaßregeln teilgenommen hat. Für die Einhaltung der Forderung ist der AN verantwortlich.

Sämtliche Bauarbeiten auf dem Bahngelände haben so zu erfolgen, dass der Bahnverkehr in keiner Weise über das festgelegte Maß - z.B. Einrichten von Langsamfahrstellen, genehmigten Gleissperrungen - beeinträchtigt wird.

Für Langsamfahrstellen, Gleissperrungen oder Bauarbeiten im Gleisbereich, die den Bahnbetrieb beeinträchtigen, ist rechtzeitig vorher eine betriebliche Anweisung (gemäß den Regelungen des AG) beim AG oder seinem bevollmächtigten Dritten zu beantragen.

Für alle Beschädigungen und Verunreinigungen der Gleisanlagen usw. sowie für Schäden, die dem AG und ihren Beschäftigten unmittelbar oder mittelbar aus Ansprüchen Dritter entstehen, haftet der AN.

Die Beschilderung für Langsamfahrstellen (LA) Lf1 (20 km/h), Lf2 und Lf3 (4 Sätze pro Arbeitsstelle) ist durch den AN zu stellen. Mehrmaliges Versetzen der LA sowie das Einrichten der LA inklusive Vorhalten der entsprechenden Schilder ist dabei zu berücksichtigen.

5. Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen

Anschlussmöglichkeiten bestehen durch die vorhandenen Anlagen der öffentlichen Ver- und Entsorgungsunternehmen im Baubereich. Es ist grundsätzlich Sache des AN, diese zu beschaffen, vorzuhalten und zurückzubauen.

6. Flächen zur Baustelleneinrichtung und Lagerflächen

Kleinräumige BE-Flächen im Bereich der Bahnübergänge Ladenburger Straße und Alte Mannheimer Straße sowie des ESTW-Käfertals können in Abstimmung mit dem AG und der Bauüberwachung eingerichtet werden.

Bäume innerhalb der durch die Baumaßnahme beanspruchten Flächen sind entsprechend den Richtlinien zu schützen. Genutzte Grünflächen sind während der Nutzung zu pflegen und nach der Nutzung in ihren ursprünglichen Zustand wiederherzustellen.

Darüber hinaus benötigte Flächen sind Sache des AN und selbst zu beschaffen und anzumieten. Eine gesonderte Vergütung erfolgt nicht. Vor Inanspruchnahme der Grundstücke ist der AG von dieser Absicht zu unterrichten. Für Ertragsschäden und Entschädigungen wegen zu später Information haftet der AN.

Die BE-Flächen sind arbeitstäglich bzw. bei groben Verschmutzungen unmittelbar zu Reinigen und instand zu setzen.

6.1 Allgemeines

Die Baustelleneinrichtung hat der Größe des Objekts entsprechend unter Zugrundelegung der vorgesehenen Ausführungsfristen zu erfolgen. Der AN hat innerhalb von vier Wochen nach Auftragserteilung einen Baustelleneinrichtungsplan zu erstellen. Der AG behält sich vor, diesen Einrichtungsplan nach Erfordernis zu korrigieren und auf Einhaltung der Korrektur zu bestehen.

Mehrmaliges eventuell notwendiges Versetzen der Materialien oder der Baustelleneinrichtung wird nicht gesondert vergütet. Dies gilt auch für Zwischenlagerungen auf Deponien oder anderen Lagerflächen.

Der AN hat die Baustelleneinrichtungsarbeiten unter eigener Verantwortung auszuführen und die Verkehrssicherheit bei allen Witterungsbedingungen auf der Baustelle durch Bauzäune, Schutzgerüste, Hilfsbauwerke, Beleuchtungen, Leiteinrichtungen sowie Sperr- und Hinweisschilder zu gewährleisten. Hierbei wird auch auf die Erfüllung der Räum- und Streupflicht bei Schnee und Glatteis nach den Vorschriften der Ordnungsbehörde hingewiesen.

Die Zufahrtswege sind vom AN laufend sauber zu halten. Er haftet für alle Schäden daran.

Müll ist fachgerecht in verschleißbaren Behältnissen zwischenzulagern und regelmäßig zu entsorgen.

Sämtliche Arbeits- und Schutzgerüste, provisorische Geländer und Absperrungen, Laufbrücken und Umwehrungen sind durch den AN entsprechend dem Baufortschritt zu erstellen, vorzuhalten und abzubauen.

Zur Durchführung des Bauvorhabens hat sich der Bieter vor Angebotsabgabe durch Augenschein über das Grundstück zu informieren und bei den zuständigen Behörden über Art und Lage von Versorgungsleitungen (Strom, Telefon, Gas, Wasser) und über Entwässerungsleitungen zu erkundigen; evtl. erforderliche Leitungsumlegungen sind vom AN einzukalkulieren, soweit nicht gesondert anders beschrieben.

Der AN hat dafür zu sorgen, dass Hydranten, Absperrschieber-, Entwässerungs- und sonstige Abdeckungen frei und zugänglich gehalten werden. Die von den Betrieben und Verwaltungen zum Schutze ihrer Leitungen und sonstigen Einrichtungen getroffenen Bestimmungen sind zu beachten.

6.2 Stellen von Baustelleneinrichtungen

Die Baustelleneinrichtungen für alle Geräte, Maschinen und Materialien, die zur Leistungserfüllung notwendig sind, sind vom AN zu stellen. Maschinen und Gerätefundamente sind nach Abschluss der Bauarbeiten durch den AN restlos zu entfernen und abzufahren.

6.3 Baubüro und sonstige Räume

Gerätehütten, Mannschaftsbaracken, Büro- und Besprechungscontainer sowie Sanitärräume sind durch den AN nach den Vorschriften der Bauberufsgenossenschaft und der Berufsgenossenschaft Bahn und der Gewerbeaufsichtsämter zu erstellen, vorzuhalten, zu reinigen, zu ver- und entsorgen und nach Abschluss der Bauarbeiten abzubauen; temporäre Wasser und Abwasserleitungen sind fachgerecht anzuschließen und nach Abbau wieder zu entfernen.

6.4 Erste Hilfe-Einrichtungen

Erste Hilfe-Einrichtungen sind nach Erfordernis und einschlägigen Vorschriften durch den AN vorzuhalten.

6.5 Sicherung der Baustelle

Die Sicherung der Baustelle gegen Unfälle und unbefugtes Betreten, Diebstahl und Beschädigungen übernimmt der AN. Seine Haftung endet erst mit Abnahme und Übernahme der errichteten Anlage durch den AG. Zur Sicherstellung etwaiger Ersatzansprüche sind die entsprechenden Versicherungen abzuschließen und nachzuweisen.

Die Baustelle ist nach Erfordernis hinreichend zu beleuchten. Stromkosten gehen zu Lasten des AN.

Zum Leistungsumfang des AN gehören das Herstellen, Unterhalten und wieder Instandsetzen bzw. Abbauen von witterungsunabhängigen Zu- und Abfahrten, Rampen, Lagerplätzen, Blenden, Schutzzäunen, Abschränkungen, Schutzvorkehrungen, Absperrungen, Verkehrsregelungen, Sicherheitsbeleuchtungen, prov. Geländer, Schutz gegen Beschädigungen von Nachbargrundstücken, Leitungen der Versorgungsunternehmen und dergleichen sowie die dauernde Sicherung der Baustelle und des Bauwerks gegen unbefugten Zutritt.

Das Aufstellen, Vorhalten, Betreiben und Beseitigen von Einrichtungen außerhalb der Baustelle zur Umleitung und Regelung des öffentlichen und Anliegerverkehrs erfolgt durch den AN.

Zur Absicherung der Arbeiten im Gleisbereich sind vom AN Sicherungsaufsichten / Sicherungsposten nach Anforderung der NE-Bahnen und der DB AG zu stellen. Der AN hat vor Arbeitsbeginn einen Sicherheitsplan zu erstellen, der der rnv GmbH vor der Ausführung zur Genehmigung vorzulegen ist.

7. Besichtigung der Baustelle

Der Bieter kann sich bei Bedarf vor Abgabe des Angebotes durch eine Besichtigung der gegebenen Örtlichkeiten, der Platzverhältnisse sowie der Lager- und Transportmöglichkeiten ein klares Bild von dem Vorhaben und den ausgeschriebenen Arbeiten verschaffen. Er kann sich an Ort und Stelle von der Beschaffenheit der Baustelle, insbesondere auch im Hinblick auf die Baustelleneinrichtung und die Vollständigkeit der Positionsbeschreibungen überzeugen.

8. Bauausführung

Für Ausführung, Aufmaß und Abrechnung gelten die VOB, die Verordnung EBO bzw. ESBO, die Vorschriften vom Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), die Richtlinie für die Montage und Instandhaltung von Bahnsignalanlagen (SIG RMI), die DIN-Vorschriften, sowie weiterführende Vorschriften seitens des AG und der rnv. Entsprechende Informationen sind durch den AN selbstständig einzuholen.

8.1 Vorschriften

Die technischen bzw. zusätzlichen technischen Vertragsbedingungen, Normen, technischen Lieferbedingungen, Merkblätter und Richtlinien einschließlich Ergänzungen sind - sofern die gültige Fassung nachstehend oder an anderer Stelle im Bauvertrag nicht angegeben ist - in der 3 Monate vor Ablauf der Angebotsfrist gültigen Fassung maßgebend. In Zweifelsfällen ist der AG bzw. die rnv zu befragen.

Die für die Baudurchführung relevanten DIN- und Verwaltungsvorschriften sowie einschlägige Richtzeichnungen hat der AN während der Bauzeit zur Einsichtnahme auf der Baustelle vorzuhalten.

8.2 Arbeitszeiten

Die Ausführung der Arbeiten soll nach Möglichkeit in der werktäglichen Regelarbeitszeit zwischen 07:30 und 18:30 Uhr erfolgen. Einige Arbeiten können ggf. auch in Wochenend- und/oder in Nachtarbeit erfolgen. Alle Mehrkosten für die ggf. hierfür notwendigen Überstunden, Nacht-, Sonntags- oder Feiertagsarbeiten sind in die Einheitspreise einzurechnen, eine gesonderte Vergütung dafür erfolgt nicht.

8.3 Sicherheits- und Gesundheitsschutz

Aufgrund des geringen Umfangs der Baumaßnahme ist derzeit kein Koordinator für den Sicherheits- und Gesundheitsschutz-Koordinator vorgesehen. Der AG behält sich jedoch vor, ggf. einen Koordinator für den Sicherheits- und Gesundheitsschutz (SiGeKoordinator) zu beauftragen.

Der AN beachtet bei seiner Planung die zur Regelung des Arbeitsschutzes auf der Baustelle geltenden Gesetze, Verordnungen sowie die diesbezüglichen berufsgenossenschaftlichen Vorschriften und Regeln, stellt dem SIGE-Koordinator die von ihm geplanten Arbeitsabläufe rechtzeitig vor,

zeigt Widersprüche zu den aus dem SIGE-Plan ergebenden Maßnahmen auf und schlägt eine gleichwertige Sicherheit gewährleistende Ersatzmaßnahme vor.

Der AN arbeitet mit dem vom AG beauftragten SIGE-Koordinator zusammen und setzt dessen Forderungen nach Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften zu Sicherheit und Gesundheitsschutz der Beschäftigten um und nimmt an den vom Koordinator einberufenen Sicherheitsbesprechungen teil.

Des Weiteren gelten die anerkannten sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Regeln und Vorschriften sowie die zutreffenden technischen Bestimmungen und die allgemein anerkannten Regeln der Technik.

8.4 Lärmschutz

Es soll darauf geachtet werden, dass vorzugsweise nur elektrisch angetriebene Motoren und Geräte zum Einsatz kommen.

Maschinen mit Verbrennungsmotoren (Pressluft, Kompressoren etc.) müssen den gesetzlichen Vorschriften entsprechend schallisoliert sein.

Bei der Durchführung aller Bauarbeiten ist das Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterung und ähnliche Vorgänge zu beachten (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG). Die Einhaltung dieser Vorschriften obliegt dem AN.

Besonders hingewiesen wird auf die Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum Schutz gegen Bau- lärm-Geräuschimmission. Die Einhaltung dieser Vorschriften obliegt dem AN.

Als Nachtzeit gilt die Zeit von 20.00 Uhr bis 6.00 Uhr.

Lärmschutzmaßnahmen gelten als Nebenleistungen und sind mit den Preisen des Angebotes abgegolten.

8.5 Transporte

Die Planung, Beistellung und Kostenübernahme für sämtliche Transportleistungen, die zur Ausführung dieser Vertragsleistungen erforderlich werden, sowie ggf. notwendige Arbeitszüge und Arbeitszugführer obliegen allein dem AN.

8.6 Beweissicherung

Die Beweissicherung ist Sache des AN und dem AG auf Verlangen vorzulegen. Die Kosten für Beweissicherung sind im Angebot einzurechnen.

8.7 Nachweise der Güte der Stoffe und Bauteile

Die Arbeiten des AN umfassen den vollständigen Leistungsumfang einschließlich der Lieferung der erforderlichen Baustoffe/Materialien und die zugehörigen Nebenleistungen.

Der Einbau umweltschädlicher Baustoffe und Bauteile ist unzulässig. Die geforderten Prüfungen zum Nachweis der vertragsgemäßen Beschaffenheit von Lieferungen und Leistungen im Rahmen der einschlägigen Normen und Vorschriften hat der AN ohne besondere Vergütung zu erbringen und durch Zeugnisse zu belegen.

8.8 Arbeitsmaschinen und Geräte

Bei gleisfahrbaren Arbeitsmaschinen muss der AN die entsprechende Zulassung besitzen. Das Fahrpersonal des Auftragnehmers muss die Anforderungen des Abschnittes 5 der Eisenbahnbau-

und Betriebs-Ordnung erfüllen. Zulassungen und Abnahmebescheinigungen sind auf Verlangen dem Auftraggeber vorzulegen. Für alle durch Nichtbeachten dieser Bestimmungen eintretenden Folgen haftet der AN, auch gegenüber Dritten.

8.9 Anlagen im Baugelände

Der AN hat vor und während der Bauphasen die vorhandene Kabelanlage gegen Beschädigung oder Zerstörung durch Bauarbeiten zu sichern. Der Verlauf zusichernder Kabel ist in geeigneter Weise zu kennzeichnen.

9. Projektmanagement

Der AN ist verpflichtet, während der gesamten Projektlaufzeit folgende Aufgaben des Projektmanagements durchzuführen. Hierzu zählen insbesondere die Erstellung und ständige Aktualisierung / Überprüfung von:

- Projektterminplänen bzw. Bauablaufplänen (monatlich)
- Berichtswesen (Bauberichte) (wöchentlich)
- Nachtragslisten über Mengenänderungen oder zusätzlichen Leistungen (monatlich)
- Protokollierung von besonderen Vorkommnissen u.dgl. (nach Bedarf)
- Teilnahme des Bauleiters an den zweiwöchentlichen Baubesprechungen

Die Unterlagen und Informationen des Projektmanagements sind dem AG und der rnv in bestimmten Zyklen und auf Anfrage zur Verfügung zu stellen, um diesem eine gezielte Projektsteuerung und ein Projektcontrolling zu ermöglichen.

Einzurechnen sind ferner die Koordinierung und Abstimmung mit dem AG sowie ggf. anderen beteiligten Gewerken.

Dem Angebot ist ein erster Bauzeitenplan beizulegen, der den groben Bauablaufplanung berücksichtigen muss.

14 Tage nach Beauftragung ist ein erster detaillierter Bauzeitenplan vorzulegen.

10. Personal

Der AN ist verpflichtet, für sämtliche zu erbringende Leistungen ausschließlich Personal einzusetzen, welches sowohl die gesundheitlichen als auch die fachlichen Anforderungen erfüllt und über die entsprechenden Qualifikationen und Zulassungen verfügt. In jedem eingesetzten Bautrupps muss mindestens ein Personal eingesetzt werden, welches gute Sprachkenntnisse in der deutschen Sprache in Wort und Schrift vorweisen kann.

11. Bauleitung

Die Bauleitung sind bei Vertragsabschluss vom AN dem AG namentlich schriftlich zu benennen und während der gesamten Bauzeit zu stellen. Bei der Bauleitung wird zur Kommunikation mit dem AG und der Bauüberwachung ein sicherer Umgang mit den Standard-Office-Programmen (Word, Excel, Outlook, Teams) zwingend vorausgesetzt. Ferner werden gute Sprachkenntnisse in der deutschen Sprache in Wort und Schrift vorausgesetzt.

Die Erlangung der Baufreigabe ist Sache dieses Bauleiters des AN.

Die Bauleitung des AN hat an den vom AG bzw. dessen Bevollmächtigten einberufenen Sitzungen teilzunehmen und im erforderlichen Umfang im Sinne dieses Vertrages mitzuwirken. Der Besprechungssturnus wird vom AG vorgegeben.

Die Herbeiführung der Endabnahmen und die Mängelbeseitigung ist Sache dieses Bauleiters des AN.

Eine Bauoberleitung über die sach- und vertragsgerechte Ausführung der Arbeiten wird vom AG bzw. der von ihm beauftragten Stelle durchgeführt.

Die Bauleitung des AN wird vor Beginn der Arbeiten durch das Aufsichtspersonal des AG örtlich eingewiesen.

Die Anwesenheit der Bauleitung während der Bauzeit ist aufgrund der Komplexität des Projektes an mindestens 3 Tagen der Woche sowie während der Bauphasen 2b bis 3a täglich sicherzustellen. Zum Beginn jeder neuen Teilbaumaßnahme ist die Anwesenheit an den ersten 3 Tagen sicherzustellen. Ebenfalls ist die Erreichbarkeit an den anderen Tagen sowie auch außerhalb der Arbeitszeit (Notbereitschaft) sicherzustellen. Jeder Wechsel verantwortlicher Personen ist sofort dem AG mitzuteilen und abzustimmen.

Während der Bauarbeiten muss ständig eine verantwortliche technische Aufsichtskraft des AN auf der Baustelle anwesend sein.

Die Einhaltung und Umsetzung der Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz auf der Baustelle ist Sache des AN. Ankündigungen an die zuständige Behörde über das Erfordernis dieser Maßnahmen sind vorher mit dem AG abzustimmen.

12. Ökologische Baubegleitung

Der AN verpflichtet sich, alle anfallenden Maßnahmen unter Berücksichtigung der örtlichen, natürlichen Gegebenheiten durchzuführen.

13. Projektsprache

Die Projektsprache ist deutsch. Dies bezieht sich auf die Schriftsprache (Korrespondenz, Planunterlagen, Protokolle, Verträge etc.) und auf die mündliche Verständigung (Besprechungen, Gespräche, Bauleitung etc.).

Alle Ansprechpartner des AN müssen die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen.

Werden Komponenten ausländischer Hersteller eingesetzt, so sind die für den AG relevanten Dokumentationen ins Deutsche zu übersetzen.

14. Ausführungsfristen und Terminplan

Bauausführung.: 10/2026 bis 11/2026

Restarbeiten/Mängelbeseitigung 12/2026

Die derzeit geplanten Bauausführungszeiten müssen im Detail noch abgestimmt werden. Zeitliche Verschiebungen sind daher noch möglich.

15. Ausführungsunterlagen bzw. Ausschreibungspläne

Die für die Maßnahme erforderlichen Unterlagen liegen der Ausschreibung digital bei und können zur Kalkulation verwendet werden. Vor der Bauausführung werden die endgültigen Pläne nachgereicht.

16. Auftraggeber, Technischer Ansprechpartner, Planer und Bauüberwachung

Auftraggeber (AG) der Maßnahme ist die:

MV Mannheimer Verkehr GmbH
Möhlstraße 27
68165 Mannheim

Das Aufmaß ist vorzunehmen und in die entsprechenden Positionen einzurechnen. Eine gesonderte Vergütung dafür erfolgt nicht.

17. Anmeldungen

Folgende Anmeldungen sind bei der RHEIN-NECKAR-VERKEHR GMBH frühzeitig sicherzustellen:

- Wöchentliche Anmeldung zur Betriebsplanung jeweils bis spätestens Donnerstag der Vorwoche
- Anmeldung von durchzuführenden Arbeiten, die Auswirkungen auf den laufenden Betrieb haben und eine separate Fahrdienstanweisung benötigen mindestens mit 10 Werktagen Vorlauf. Diese Arbeiten sind zusätzlich mit der Bauüberwachung abzustimmen.

18. Sonstiges

Bei der Durchführung von Entsorgungen sind die geltenden gesetzlichen Vorgaben und Richtlinien einschließlich der erforderlichen Nachweise zu gewährleisten.

Abschnitt 3

Technische Vorbemerkungen

Inhaltsverzeichnis

1.	Planungsgrundlagen und Vorschriften.....	3
2.	Allgemeines	3
3.	Erdarbeiten	3
4.	Kabelkanäle	4
5.	Kabelschächte.....	5
6.	Rohrsysteme	6
7.	Gleisquerungen.....	6
8.	Signalfundamente Zugsicherungsanlagen.....	7
9.	Einfassungsrahmen.....	7
10.	Pfosten für Signaltafeln.....	7
11.	Zäune und Zauntüren	7

1. Planungsgrundlagen und Vorschriften

ESBO	Eisenbahnbau- und Betriebsordnung für Schmalspuranlagen (ESBO),
BOStrab:	Verordnung über den Bau und Betrieb der Straßenbahnen (BOStrab) vom 01. Oktober 2019;
rnv-Standard	1.3.902 Kabeltrasse 2023-10-01“
GUV-I 8603	Arbeiten im Gleisbereich von Eisenbahnen, Sicherheitshinweise für Arbeiten im Gleisbereich
BGI 834	Information über das sichere Verhalten betriebsfremder Personen im Gleisbereich von Eisenbahnen
GUV-V D 33	Unfallverhütungsvorschrift, Arbeiten im Bereich von Gleisen, ab 01.01.2000 Unfallverhütungsvorschrift, Arbeiten an Masten, Freileitungen und Oberleitungsanlagen
GUV-R 2150	Sicherungsmaßnahmen bei Arbeiten im Gleisbereich von Eisenbahnen
GUV-V A1	UVV Allgemeine Vorschriften
GUV-V A2	UVV Elektrische Anlagen und Betriebsmittel
DGUV 73	Unfallverhütungsvorschrift „Schienenbahnen“
DGUV 77	Unfallverhütungsvorschrift „Arbeiten im Bereich von Gleisen“

In ihrer jeweiligen aktuell gültigen Fassung.

Sonstige, die Baumaßnahme betreffende Vorschriften, auch wenn diese vorstehend nicht genannt werden, sind dadurch nicht aufgehoben und ggf. anzuwenden.

Die einschlägigen Normen, DIN-Vorschriften und die amtlich ausgesprochenen Zulassungen für Bauweisen, Bauteile und Baustoffe sind zu beachten und einzuhalten.

Für die Ausführung der Arbeiten gelten die einschlägigen Vorschriften und Richtlinien der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH, und der DIN-Blätter, Vornormen, Ergänzende Bestimmungen zu den Normen, Richtlinien und Zulassungsbescheide, die vom Institut für Bautechnik Berlin eingeführt wurden, in der jeweils gültigen Fassung.

2. Allgemeines

Sämtliche technischen Details zum Kabeltrassen- und begleitenden Tiefbau sind der Anlage 3 „rnv-Standard - 1.3.902 Kabeltrasse 2023-10-01“ zu entnehmen. Nachfolgend sind einige wichtige Details hieraus aufgeführt.

3. Erdarbeiten

Grundsätzlich sind alle Erdarbeiten in die Einheitspreise der jeweiligen Einbaupositionen einzurechnen, sofern hierfür nicht gesonderte Positionen im Leistungsverzeichnis vorhanden sind. Alle übrigen Erdarbeiten werden daher grundsätzlich nicht gesondert vergütet.

Alle im Zusammenhang mit erforderlichen Verbaumaßnahmen anfallenden Aufwendungen werden nicht gesondert vergütet und sind in die entsprechenden Einheitspreise der entsprechenden Einbaupositionen einzurechnen.

Beim Wiederauffüllen von Boden sind auf eine ausreichende Verdichtung und Tragfähigkeit zu achten. Beim Auffüllen von Rohrgräben oder Schachtgruben ist die erforderliche Verdichtung in Lagen von max. 30 cm Stärke vorzunehmen. Die einzubauende Bodenart ist analog der vorhandenen zu wählen.

Die Oberflächen sind entsprechend dem ursprünglichen Zustand herzurichten. Die Verdichtungsnachweise sind vom Baubetrieb vorzuhalten.

An den Rändern von Baugruben, die betreten werden müssen, sind mindestens 0,60 m breite, möglichst waagerechte Schutzstreifen anzuordnen und von Aushubmassen, Hindernissen und nicht benötigten Gegenständen freizuhalten. Bei Gräben bis zu einer Tiefe von 0,80 m kann auf einer Seite auf den Schutzstreifen verzichtet werden.

Überschüssiger Boden geht grundsätzlich in das Eigentum des AN über und ist von ihm zu beseitigen und fachgerecht zu entsorgen. Aushubmaterial der LAGA - Kategorie Z 0 und / oder Z 1.1 ist entsprechend den bodenmechanischen Anforderungen zur Rückverfüllung oder zur Bettung der Betonfertigteile bzw. Schutzrohre zu verwenden. Die hier notwendigen Bodenproben für die Klassifizierung sind vom AN selbst zu veranlassen. Die Leistung für die Deklarationserklärung wird pauschal vergütet.

Überschüssiges $Z0 \leq Z2$ deklariertes Material ist vom AN fachgerecht zu entsorgen. Die Entsorgung wird nicht gesondert vergütet.

Die Entsorgung nachweislich kontaminierter Bodenmassen (ab EB Klasse Z2) wird nach nachgewiesenem Aufwand und Abgabe der Bescheinigung über die vorschriftmäßige Entsorgung gesondert vergütet.

Während der Baumaßnahmen sind die für den Bahnbetrieb erforderlichen Rohre und Kabel nur nach besonderer Anweisung des AG zu verlegen oder auszubauen.

Folgende Leistungen sind als Nebenleistung zum Kabeltiefbau mitzuerbringen und werden nicht gesondert vergütet:

Liefern, Einbau und Verdichten von Füllboden:

Art und Umfang der Eignungs- und Eigenüberwachungsprüfungen von Erdschüttungen sind in der ZTV-StB 76/78 Abschnitt 4 festgelegt.

Baugrubensicherungen gemäß DIN 4124 einschließlich Planung und statischer Berechnung und Wasserhaltung.

Vor dem Erdaushub ist zwischen den Gleisen eine Schotterabfangung anzuordnen. Die Höhe der Schotterabfangungen ist entsprechend den Erfordernissen zu wählen.

4. Kabelkanäle

Grundsätzlich sollen Betontröge mit innenliegendem Falz und innenliegenden Deckeln mit EBA-Zulassung verwendet werden. Hierbei kommen i.d.R. die standardmäßigen Größen I bis IV zu Einsatz. Dabei sind bei Bedarf auch Betontröge mit Trennsteg (ab Gr. III a i.F.) zur Trennung von sich beeinflussenden Kabeltypen einzusetzen.

Der Regeleinbau eines erdverlegten Kabelkanals ist auf einer 5 cm Splittschicht (16-32 mm) durchzuführen. Erdverlegte Kunststoffkabelkanäle werden zusätzlich mit Erdnägeln fixiert. Aufgeständerte Kabelkanäle werden auf Stützen, welche in Abstand von 6 m gerammt werden, montiert.

Für Umlenkungen sind passende Bausätze der Hersteller zu berücksichtigen oder bei den entsprechenden Gehrungsschnitten in einem maximalen Winkel von 30 Grad anzufertigen.

Wenn Tröge in Schächte eingeführt werden, sind entweder Absenkbausätze zu verwenden oder der Trog vor dem Schacht entsprechend abzusenken.

Die Leerrohreinführung in Betonkabelkanälen ist entweder mittels einer Kernbohrung oder eines Ausschnittes aus der Trogwand herzustellen. Bei der Möglichkeit, mittels Ausschnittes aus der Trogwand, ist zur sicheren Auflage des Trog Deckels ein an den Falz angepasstes Flacheisen zu verwenden. Bei beiden Einbaumethoden sind die Leerrohreinführungen bei Betonkabelkanälen an

der Innenseite des Troges bündig abzuschneiden, Lücken mit Mörtel abdichten und bündig abzuspackeln.

In Höhe der Oberleitungsmasten, vor Schachteinführungen und in Höhe von Rohreinführungen sind Trogdeckel mit Öffnungsösen einzubauen.

5. Kabelschächte

Innerhalb von nicht durch Kfz-Verkehr überfahrbaren Bereichen sind grundsätzlich nur Schachtabdeckungen der Belastungsklassen A zu verwenden. In überfahrbaren Flächen mit Belastungsklassen B oder ggf. C.

Hierbei sind Schachtdeckel mit mittlerer Anordnung der Öffnungsösen und Lüftungsrost einschließlich Schmutzfang zu wählen.

Außerhalb von gepflasterten oder asphaltierten Bereichen sind nur solche Schachtoberteile zu verwenden, bei denen die Schachtdeckel in einem (Stahl-)Betonrahmen eingelassen sind.

Innerhalb von gepflasterten oder asphaltierten Bereichen können auch Schachtabdeckungen mit Flacheisenrahmen gewählt werden. Hierbei ist zu beachten, dass der Flacheisenrahmen mit dem obersten Schachtwischenrahmen fest verbunden ist (an- oder aufgedübelt).

Eine Ausnahme, hinsichtlich der Öffnungsösen, bilden Schachtabdeckungen innerhalb eines Bahnsteiges, die in einem Bereich angeordnet sind, durch den das Blindenleitsystem verläuft. Diese müssen auspflasterbar sein und haben i.d.R., je nach Größe, Öffnungsösen an zwei oder vier Ecken.

In von Kfz-Verkehr überfahrbaren Bereichen müssen Schachtabdeckungen der Brückenklasse D verwendet werden. Auch die Schachtabdeckungen der Brückenklasse D haben i.d.R. die Öffnungsösen in den Ecken.

Es sollen 200 mm oder 400 mm hohe Schachtwischenrahmen verwendet werden. Bei der Einführung von Betontrögen und Leerrohrpaketen ≥ 4 Leerrohren sind Schachtwischenrahmen mit entsprechenden vorgefertigten Aussparungen zu verwenden.

Die Bodenplatten müssen immer mit einem Loch zur Entwässerung des Schachtes ausgeführt werden.

Schächte mit einer Tiefe $\geq 1,20$ m müssen grundsätzlich eine Einstiegshilfe in Form von

- Leitern (bei Schächten \geq Gr. T5) oder
 - an der Schachtwand mit rutschfesten Steigbügel (Abstand max. 30 cm)
- ausgeführt werden. Hierbei ist darauf zu achten, dass die Steigbügel nicht im direkten Bereich von Kabeleinführungen montiert werden. Die Steigbügel sollen aus mit Kunststoff ummanteltem Edelstahl mit profiliertem rutschfestem Trittbereich sein und eine Breite von 330 mm haben. Der Sprossenabstand soll 250 mm betragen.

Der Regeleinbau eines Schachtes ist auf einer 15 cm Splittschicht (16-32 mm) durchzuführen.

Die Fugen zwischen den Schachtwischenrahmen sowie beim Übergang zum Oberrahmen und zur Bodenplatte, sind mit Mörtel glatt abdichten.

Trog- und Leerrohreinführungen sind an der Innenseite des Schachtes bündig abzuschneiden.

Ebenfalls sind alle Lücken bei Trog- und Leerrohreinführungen mit Mörtel abdichten und bündig abzuspackeln. Darüber hinaus ist darauf zu achten, dass bei Einführungen von Trögen der gesamte Trogquerschnitt in den Schacht eingeführt wird.

Ferner ist bei den Einführungen der Leerrohre darauf zu achten, dass diese mindestens 20 cm über dem Schachtboden eingeführt werden, damit das Eindringen von Wasser und/oder Schlamm aus dem Schacht in die Rohre verhindert wird.

6. Rohrsysteme

Längsverrohrungen und Gleisquerungen > 1 Rohr werden grundsätzlich mit starren Rohrsystemen ausgeführt. Als starre Rohrsysteme kommen Kunststoffrohre PE-HD zu Einsatz. Hierbei werden folgende Größen eingesetzt:

Zur Anbindung der einzelnen anzuschließenden Elemente werden i.d.R. flexible Rohrsysteme eingesetzt. Flexible Rohre müssen immer innen glatt ausgeführt sein.

Der Regeleinbau erfolgt mit einer Rohrüberdeckung > 0,80 m. Dabei müssen die Rohre komplett eingesandet werden. Bei der Verlegung von mehreren Rohren sind vorab entsprechende Abstandhalter zu verwenden. Richtungsänderungen bei starren Rohren werden grundsätzlich mit Rohrbögen und nicht mit zwischengemufften Flexrohren ausgeführt.

Die Verfüllung des Rohrgrabens erfolgt in einzelnen Lagen bis zu 20 cm, die jeweils verdichtet werden müssen.

Nach dem Verlegen der Rohre ist grundsätzlich ein Zugband (Nylonzugschnur, kein Draht) in das Rohr einzuführen und die Rohrenden mit einer Abdeckkappe zu schließen.

7. Gleisquerungen

Grundsätzlich sind alle Querungen in offener Bauweise herzustellen. Es sollte eine Längsneigung der Rohrsohlen von 1:100 angestrebt werden.

Werden Gleisquerungen in offener Bauweise hergestellt, ist nach ordnungsgemäßigem Verfüllen und Verdichten von Gleisdurchbrüchen die Schotterbettung der betroffenen Gleise nach Angabe der Bauüberwachung des AG ggf. mehrfach zu stopfen bzw. nachzustopfen. Eine besondere Vergütung erfolgt hierfür nicht.

8. Signalfundamente Zugsicherungsanlagen

Für die Signalfundamente der Zugsicherungssignale kommen i.d.R. dreiteilige Fertigteilfundamente zuzüglich eines Unterteils zum Einsatz.

Der Einbau erfolgt mindestens mit einem Abstand von 1,80 m zwischen Gleisachse und Fundamentvorderkante. Die Oberkante des Signalfundamentes ist i.d.R. auf Schienenoberkante.

Nach Montage der Signale ist darauf zu achten, dass die Fundamentöffnungen für die Gewindestangen vergossen werden müssen.

9. Einfassungsrahmen

Bei Signalen im Böschungsbereich müssen zur Standfestigkeit entsprechende Einfassungsrahmen genutzt werden. Hierzu können entweder Fertigteilbetonrahmen der einschlägigen Hersteller oder Schachtzwischenrahmen der Gr. T4 oder T5 genutzt werden.

Die Anzahl und Höhe der notwendigen Rahmen richten sich nach der Höhe und Neigung der Böschung. Ab einem Höhenunterschied von > 0,6 m zwischen Hinterkante Einfassungsrahmen und Böschungsoberkante muss zusätzlich eine Absturzsicherung in Form eines Geländers auf dem Einfassungsrahmen montiert werden.

10. Pfosten für Signaltafeln

Pfosten für Signaltafeln oder sonstige Beschilderungen parallel zu den Gleisen werden als feuerverzinkte Rundstahlpfosten Ø 60 mm mit Verdrehschutz ausgeführt. Die Länge der Pfosten beträgt 3,50 m, wobei die Einbautiefe 1 m betrifft. Die Regelfundamentausführung mit Ortbeton ist 60 x 60 x 80 cm.

Der Abstand zur Gleisachse soll dabei > 1,80 m sein.

11. Zäune und Zauntüren

In einigen Streckenabschnitten werden zum Schutz gegen unbefugtes Betreten der Bahnanlagen Zäune parallel zum Gleis aufgebaut.

Die Ausführung erfolgt i.d.R. mit grünen Stabgitterzäunen (z.B. Fa. Legi). Die Höhe der Zäune beträgt i.d.R. 1 m, die Breite der einzelnen Zaunfelder 2,00 m oder 2,5 m. Bei der Montage der Zäune ist darauf zu achten, dass spätestens nach 15,00 m Zaunlänge aus Erdungsschutzgründen ein Doppelpfosten gesetzt wird.

Der Abstand zur Gleisachse soll mindestens 2,20 m betragen.

Weiterhin soll bei längeren Zaunabschnitten in Höhe von relevanten betriebstechnischen Elementen wie Signalen, Weichen und Kabelschränken als Zugang für das Instandhaltungspersonal eine mindestens ein Meter breite Zauntür eingebaut werden.

Abschnitt 4

Baubeschreibung

Inhaltsverzeichnis

1.	Umfang der Maßnahme	3
2.	Streckencharakteristik.....	3
3.	Zugänglichkeit der Strecke / des Baufeldes	3
4.	Beschreibung der baulichen Tätigkeiten	4
5.	Betonkabelkanäle.....	4
6.	Längs- und Stichverrohrungen.....	4
7.	Schächte	4
8.	Gleisquerungen.....	4
9.	Signalfundamente	4
10.	Sonstiger begleitender Tiefbau	5

1. Umfang der Maßnahme

Der Leistungsaufwand umfasst im Wesentlichen:

- Kabeltrassentiefbau mit
 - Betontrogverlegung
 - Leerrohrverlegung
 - Schachteinbau
 - Gleisquerungen
 - Stichverrohrungen
- Begleitender Tiefbau mit
 - Signalfundamenteinbau
 - Setzen von Rohrpfeilen
 - Einbau von Einfassungsrahmen
 - Anpassen von Zaunanlagen

2. Streckencharakteristik

Die vorhandenen und neuen Kabeltrassen befinden sich fast ausschließlich im offenen Gleisbereich (Schotteroberbau). Lediglich im Bereich BÜ Rebenstraße und Betriebshofzufahrt sind Kabeltrassen unter geschlossenen Oberbau (Asphalt) einzubauen.

3. Zugänglichkeit der Strecke / des Baufeldes

Die Zugänglichkeit des Baufeldes ist über die parallel zum Baufeld verlaufenden Wege gegeben, wobei zwischen den Haltestellen

Für die Befahrung der Fuß- und Radwege ist eine entsprechende Genehmigung einzuholen.

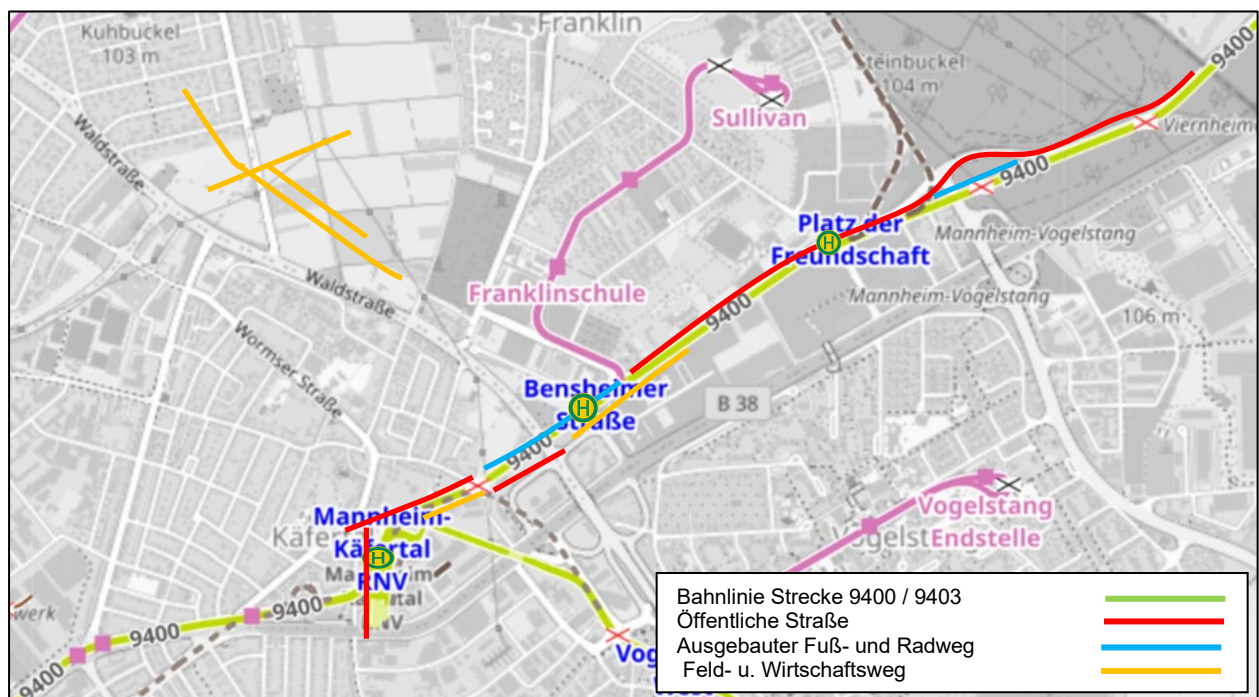


Abb. 1: Zufahrt zum Baufeld

4. Beschreibung der baulichen Tätigkeiten

In den nachstehenden Unterkapiteln ist eine kurze Beschreibung des Umfanges der baulichen Tätigkeiten dargestellt. Ferner werden die baustellenspezifischen Besonderheiten innerhalb der einzelnen Bauabschnitte kurz erläutert.

Charakteristisch für die Baumaßnahme ist die Tatsache, dass es sich um Anpassungen und Ergänzung an den bestehenden durchgehenden Kabeltrassenanlage handelt. Das bedeutet, dass es sich in dem insgesamt knapp 4 km langen Baufeld nicht um größere zusammenhängende, sondern viel mehr um viele punktuelle, kleinräumige Bauabschnitte handelt.

Die detaillierten Angaben zu den baulichen Tätigkeiten sind den beiliegenden Lageplänen zu entnehmen.

5. Betonkabelkanäle

In den Bereichen

- des ESTW Käfertal
- des BÜ Ladenburger Straße und
- in Höhe der neuen Weichen 676 und 677 (Bereich Bensheimer Straße)

werden jeweils kurze Abschnitte Betonkabelkanal teils der Größe I i.F. und teils der Größe II i.F. aufgebaut.

6. Längs- und Stichverrohrungen

Im Bereich des BÜ Rebenstraße sowie des BÜ Ladenburger Straße ist jeweils eine Straßenquerung mit 2 bzw. 6 Rohren DN 110 und im Bereich des Betriebshofzufahrt Käfertal eine Längsverrohrung mit 8 Rohren DN 110 aufzubauen.

Im Bereich des ESTW Käfertal ist eine Verrohrung unterhalb eines Weges mit Spurbahnplatten zu erstellen. Die Spurbahnplatten sind hierfür aus- und wiedereinzubauen.

Des Weiteren müssen an vielen unterschiedlichen Stellen entlang aller Bereiche punktuelle Stichverrohrungen zu den neuen anzuschließenden sicherungstechnischen und elektrotechnischen Elementen aufgebaut werden.

7. Schächte

An diversen Stellen entlang der Strecke sind Schächte der Gr. T1 bis T7 neu einzubauen.

8. Gleisquerungen

Im Bereich zwischen Bensheimer Straße und Platz der Freundschaft bzw. im Bereich der Überleitstelle Tierheim sind Gleisquerungen mit einem oder zwei Rohren zu realisieren.

9. Signalfundamente

Für insgesamt 13 neue Signale der Zugsicherungs- sowie Bahnübergangsanlagen müssen verteilt auf alle betroffenen Streckenbereich neue Signalfundamente errichtet werden.

10. Sonstiger begleitender Tiefbau

Unter den sonstigen begleitenden Tiefbau fallen bei dieser Maßnahme vor allem der Einbau von diversen Rundstahlpfosten im Bereich Bensheimer Straße sowie der Einbau von 2 größeren Signaleinfassungsrahmen im Bereich der Überleitstelle Tierheim.

Abschnitt 5

Anlagen

Inhaltsverzeichnis

Der Ausschreibungsunterlagen sind folgenden Unterlagen beigelegt:

Anlage 1: Leistungsverzeichnis als pdf und d83 Format

Anlage 2: Kabeltrassenlagepläne

Anlage 3: rnv-Standard - 1.3.902 Kabeltrasse 2023-10-01

Besonderen Vertragsbedingungen

Als spätere Vertragsgrundlagen gelten in folgender Reihenfolge:

1. Das Bieter-/ und Verhandlungsgesprächsprotokoll sowie die Beantwortung von Bewerber-/ Bieterfragen (soweit vorhanden)
2. Die Besonderen Vertragsbedingungen für dieses Vergabeverfahren
3. Die „Bedingungen für Bauleistungen für alle Gesellschaften der rnv-Gruppe“
4. Die weiteren Vergabeunterlagen inkl. Leistungsbeschreibung mit Anlagen
5. Das (letzverbindliche) Angebot des Auftragnehmers inkl. Sämtlicher auf gesonderte Anforderung vorgelegter oder nachgereichter Unterlagen, Konzepte, Skizzen, Nachweise, Erklärungen und Angaben
6. Die aktuell gültige Fassung der VOB/B und VOB/C
7. Die aktuell gültige Fassung des BGB

§1 Versicherung

- (1) Der Auftragnehmer (AN) muss für die Dauer der Baustelle einen Versicherungsschutz von Mindestens 3 Mio. € für Sachschäden, Personenschäden und Vermögensschäden vorweisen. Dieser Versicherungsschutz muss bereits bei Angebotsabgabe vorgewiesen werden.

§2 Kommunikation

- (1) Mündliche Absprachen sind durch den AN zu protokollieren und innerhalb von drei Werktagen in Form einer PDF-Datei an Einkauf@rnv-online.de zu senden. Sind Änderungen des Vertrages in mündlicher Absprache getroffen und an Einkauf@rnv-online.de gesendet worden, werden diese ausschließlich Vertragsbestandteil, wenn diese schriftlich durch den Einkauf bestätigt wurden. Schweigen gilt nicht als Zustimmung.
- (2) Eine E-Mail an Einkauf@rnv-online.de entbindet nicht der gesetzlich vorgegebenen Schriftform. Jegliche Briefe sind an den Einkauf (RE4) zu senden.

§3 Vertragsfristen

- (1) Folgende Vertragsfristen zur Erfüllung der Leistung werden vereinbart:

Baubeginn: 01.10.2026

Bauende: 28.02.2027

§4 Auftragsbestätigungen

- (1) Der Bieter erklärt sich damit einverstanden, dass ausschließlich die Bedingungen des Auftraggebers gelten. Abweichende Regelungen in der Auftragsbestätigung sind automatisch unwirksam.

§5 Sicherheitsleistungen

- (1) Sicherheit für die Erfüllung sämtlicher Leistungen aus dem Vertrag ist in Höhe von 5% der Auftragssumme (exkl. Umsatzsteuer, ohne Nachträge) zu leisten. Die Sicherheit kann ausschließlich durch Bürgschaft geleistet werden. Diese Bürgschaft ist innerhalb von zwei Wochen nach Vertragsschluss der rnv vorzulegen. Der Auftragnehmer trägt die alleinigen Kosten für die Bürgschaftserstellung.
- (2) Nach Beendigung der Leistung wird die Vertragserfüllungsbürgschaft in eine Gewährleistungsbürgschaft für 5 Jahre umgewandelt.
- (3) Der Bürge übernimmt für den Auftragnehmer die selbstschuldnerische Bürgschaft nach deutschem Recht.
- (4) Auf die Einreden der Vorausklage gemäß §771 BGB wird verzichtet.
- (5) Die Bürgschaft ist unbefristet; sie erlischt mit der Rückgabe dieser Bürgschaftsurkunde.
- (6) Die Bürgschaftsforderung verjährt nicht vor der gesicherten Hauptforderung.
- (7) Nach Abschluss des Bürgschaftsvertrages getroffene Vereinbarungen über die Verjährung der Hauptforderung zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer sind für den Bürgen nur im Falle seiner schriftlichen Zustimmung bindend.
- (8) Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Mannheim.
- (9) Nach Zuschlagserteilung ist innerhalb von 15 Werktagen die Urkalkulation an den Einkauf der rnv zu senden.
- (10) Ist der Auftraggeber mit Abschluss des Vertrages zu einer Vorauszahlung verpflichtet, leistet er diesen Zug um Zug gegen Übergabe einer unbefristeten, selbstschuldnerischen Bürgschaft eines deutschen Kreditinstituts oder eines vergleichbaren Kreditinstituts aus einem Mitgliedsstaat der EU in Höhe der vereinbarten Vorauszahlung. Eine Hinterlegung eines Geldbetrages als Sicherheit für den Auftraggeber durch den Auftragnehmer ist ausgeschlossen. Die Bürgschaft dient als Sicherheit für Ansprüche des Auftraggebers auf Rückzahlung der Vorauszahlung. Die Vorauszahlungsbürgschaftsurkunde ist unverzüglich zurückzugeben, wenn der Auftragnehmer Leistungen im Wert der Vorauszahlung erbracht hat.

§6 Zahlungsvereinbarung, Nachträge und Rechnungserstellung

- (1) Das Zahlungsziel für alle Rechnungen beträgt 30 Tage netto.
- (2) Nachträge sind nur vergütungspflichtig, wenn sie vom AG vor ihrer Ausführung ausdrücklich oder durch Erweiterung der Bestellung beauftragt wurden.
Der AN ist berechtigt, Nachträge erst nach entsprechender Erweiterung der Bestellung in Rechnung zu stellen. Nachträge, die ohne Beauftragung abgerechnet werden, sind nicht fällig. Der AG ist berechtigt, solche Positionen aus der Rechnung auszunehmen; hierüber informiert der AG den AN.
- (3) Insofern der Auftraggeber die MV Mannheimer Verkehr GmbH ist, ist der AG kein Bauleistender i.S.v. § 13b UstG

Bedingungen für Bauleistungen für alle Gesellschaften der rnv-Gruppe

1. Vertragsgrundlagen

- 1.1** Die auszuführende Leistung wird nach Art und Umfang durch den Vertrag bestimmt.
- 1.2** Vertragsbestandteile werden in nachstehender Reihenfolge, die gleichzeitig bei Widersprüchen eine Rangfolge darstellt, auch:
 - a) die der Bestellung zugrunde liegende Leistungsbeschreibung mit den dazugehörigen Leistungsunterlagen und Zeichnungen,
 - b) die „Bedingungen für Bauleistungen“ des Auftraggebers (nachfolgend „AG“ genannt),
 - c) die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB Teile B und C) in der jeweils bei Vertragsschluss gültigen Fassung.
- 1.3** Die Bedingungen für Bauleistungen des AG gelten ausschließlich. Entgegenstehende und hiervon abweichende Bedingungen des Auftragnehmers (nachfolgend auch „AN“ genannt) werden vom AG nicht anerkannt, es sei denn, der AG hätte ausdrücklich schriftlich ihrer Geltung zugestimmt. Die Bedingungen für Bauleistungen gelten auch dann, wenn der AG in Kenntnis entgegenstehender oder von diesen Bedingungen abweichender Bedingungen des AN die vertraglich geschuldete Leistung beauftragt.

2. Vorbereitung des Angebotes

Vor Abgabe eines Angebotes hat sich der AN an Ort und Stelle des Bauvorhabens anhand der Zeichnungen und der Ausführungsunterlagen über die örtlichen Gegebenheiten des Bauvorhabens sowie über Art und Umfang der auszuführenden Arbeiten zu informieren.

3. Vertragsschluss, Art und Umfang der Leistungen

- 3.1** Die bloße Angebotserstellung durch den AN zieht keine Vergütungspflicht seitens des AG nach sich. Dies gilt auch dann, wenn die Angebotserstellung auf Aufforderung des AG erfolgt.
- 3.2** Art und Umfang der vom AN zu erbringenden Leistungen sind in der schriftlichen Bestellung des AG definiert. Diese ist maßgeblich.

- 3.3** Stellt sich nach Auftragserteilung heraus, dass zur Ausführung der vertraglichen Leistungen weitere, nicht vereinbarte Leistungen erforderlich sind, führt diese der AN auf Aufforderung des AG mit aus, es sei denn, der Betrieb des AN ist auf derartige Leistungen nicht eingerichtet. Haben diese Leistungen einen zusätzlichen Aufwand für den AN zur Folge, so muss der AN einen diesbezüglichen Vergütungsanspruch dem AG ankündigen, bevor er mit der Ausführung der Leistung beginnt. Sodann stimmen sich die Vertragspartner über eine gesonderte Vergütung ab.
- 3.4** Mündliche Nebenabreden im Zusammenhang mit dem Vertragsschluss, insbesondere Absprachen wie Nachträge, Ergänzungen o. ä. sind nur verbindlich, wenn sie vom AG schriftlich bestätigt werden. Dies gilt auch für eine Veränderung dieser Klausel.

4. Werbung / Ausführungsunterlagen / Urheberrecht

- 4.1** Ohne schriftliche Zustimmung des AG ist es dem AN nicht gestattet, Anfrage-, Angebots- oder Ausschreibungsunterlagen des AG, Werkverträge, Bestellungen oder ähnliche Vertragsunterlagen und den damit verbundenen Schriftverkehr mit dem AG zu Referenz- oder Werbezwecken zu benutzen.
- 4.2** Alle dem AN zur Ausführung überlassenen Zeichnungen und sonstige Unterlagen bleiben Eigentum des AG und sind diesem nach Erbringung der werkvertraglichen Leistungen auf Verlangen unverzüglich auf Kosten des AN zurückzugeben. Sie dürfen nur mit ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung des AG weiterverwendet, vervielfältigt oder an Dritte weitergegeben werden. Diese Pflicht besteht auch, wenn und soweit es nicht zum Abschluss eines (Werk-)Vertrages kommt.

5. Pläne und Ausführungszeichnungen

- 5.1** Der AN hat die von ihm anzufertigenden Ausführungszeichnungen, sowie evtl. weitere erforderliche Zeichnungen und Beschreibungen, bis zu dem in der Bestellung genannten Termin dem AG zur Freigabe zum Zwecke der Überlassung an das Aufsichtspersonal des AG vorzulegen. Dies gilt auch für die Dokumentation von nachträglich vereinbarten Änderungen.
- 5.2** Der AN hat dem AG auf dessen Anforderung Werkszeugnisse über die Materialeigenschaften der vom AN gelieferten Baustoffe vorzulegen, die über Festigkeit, Zusammensetzung und andere wesentliche Eigenschaften Auskunft geben können. Die Vorlagepflicht befreit den AN nicht von seiner Verantwortung für die technische Ausführbarkeit und ordnungsgemäße Erfüllung der Leistung.
- 5.3** Alle dem AG vom AN im Zusammenhang mit der Ausführung der Bestellung überlassenen Unterlagen werden Eigentum des AG.

6. Ausführung der Leistung, Subunternehmer

- 6.1** Der AN ist für die technische Ausführbarkeit und ordnungsgemäße Erfüllung der Leistung verantwortlich. Dies gilt auch dann, falls der AG die vorgelegten Pläne des AN freigegeben haben sollte.
- 6.2** Vor Beginn der Aufnahme der einzelnen Leistungen hat der AN die Planmaße zu überprüfen. Fehler oder Mängel muss er dem AG unverzüglich mitteilen.
- 6.3** Das Abstecken der Hauptachsen und die Übergabe der Festpunkte in der unmittelbaren Umgebung der Baustelle wird durch den AG vorgenommen. Der AN prüft diese nach und teilt dem AG unverzüglich mit, wenn diese nicht im Einklang mit den Planmaßen stehen sollten.
- 6.4** Für Schäden durch verloren gegangene oder beschädigte Absteckungen, Vermessungspunkte und Grenzzeichen von Grundstücken hat der AN aufzukommen.
- 6.5** Der AN hat alle von ihm bereitgestellten Materialien, die sich auf der Baustelle befinden, gegen Diebstahl und Beschädigung zu versichern.
- 6.6** Der AN darf die ihm übertragenen Leistungen nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des AG weitervergeben.
- 6.7** Der AN ist verpflichtet, die für seine Leistung einschlägigen Arbeitsschutz-, Unfallverhütungs-, Umweltschutz- sowie sonstige gesetzliche Vorschriften einzuhalten.
- 6.8** Die Entsorgung der bei der Ausführung seiner Arbeiten anfallenden entsorgungspflichtigen Stoffe nimmt der AN unter Einhaltung der jeweils geltenden behördlichen und gesetzlichen Vorschriften auf eigene Kosten vor. Die nachweispflichtigen Entsorgungsnachweise sind dem AG umgehend zu übergeben.
- 6.9** Nach Fertigstellung der Arbeiten sind alle vom AN in Anspruch genommenen Flächen von diesem wieder in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen.
- 6.10.** Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG). Er garantiert die Einhaltung der entsprechenden Menschenrechte und Umweltbelange innerhalb der eigenen Geschäftstätigkeit sowie seiner globalen Lieferketten. Er trägt dafür Sorge, Menschenrechts- und Umweltverletzungen vorzubeugen sowie unmittelbare Zulieferer zur Einhaltung dieser Anforderungen zu verpflichten. Der Auftraggeber behält sich vor, die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltbelange beim unmittelbaren Auftragnehmer, je nach bestehendem Risiko auch mehrfach, zu kontrollieren. Der Auftraggeber erhält hiernach auch ein Weisungsrecht gegenüber dem unmittelbaren Auftragnehmer, zusätzliche oder weitere Präventions- und/oder Abhilfemaßnahmen einzuführen bzw. umzusetzen, um die Einhaltung von Menschenrechten sowie Umweltbelangen zu kontrollieren

7. Bauleitung und Bauaufsicht

- 7.1** Der AN hat vor Beginn der von ihm auszuführenden Arbeiten einen für das gesamte Vorhaben verantwortlichen und vertretungsberechtigten Bauleiter schriftlich zu benennen. Vor einem Wechsel seiner Bauleitung hat der AN den AG unverzüglich schriftlich zu informieren.
- 7.2** Der AG ist berechtigt, den benannten Bauleiter abzulehnen, falls dieser in fachlicher oder persönlicher Hinsicht sich als für die Überwachung der Arbeiten ungeeignet erweist.
- 7.3** Der Bauleiter ist Ansprechpartner für die die Bauausführung betreffenden Weisungen. Bedenken gegen diese hat der AN dem AG unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

8. Baustelleneinrichtung und Sicherung

- 8.1** Der AN hat bis zur Abnahme seiner Leistung alle zur Sicherung der Baustelle erforderlichen Maßnahmen in eigener Verantwortung zu treffen. Für den Zustand der Baustelle ist der AN verantwortlich.
- 8.2** Der AN hat für geeignete Arbeitsbedingungen auf der Baustelle zu sorgen.
- 8.3** Auf Verlangen des AG hat der AN diesem einen Baustelleneinrichtungsplan sowie eine Geräteliste vorzulegen.
- 8.4** Das Aufstellen von Firmenschildern durch den AN bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des AG.
- 8.5** Sofern der AN für die Durchführung seiner Leistungen Wasser-, Energie-, Abwasseranschlüsse oder sonstige Medienanschlüsse oder Gerüste benötigt, hat der AN diese selbst zu stellen und auf eigene Kosten zu unterhalten, sofern keine andere schriftliche vertragliche Vereinbarung mit dem AG im Einzelfall getroffen wurde. Die Kosten des Verbrauchs trägt ebenfalls der AN.
- 8.6** Die Baustelle und der vom AN genutzte Lagerplatz sind sauber zu halten. Der AN hat nach Fertigstellung seiner Leistungen sämtliche Baugeräte, Gerüste, Ausrüstungsgegenstände, Bau- und Werkstoffe, sofern diese nicht vom AG übernommen werden, unverzüglich von der Baustelle zu entfernen.

9. Maßnahmen zur Einhaltung der Verkehrssicherungspflicht

- 9.1** Der AN ist für die Einhaltung der am Bau zu beachtenden Sicherheits- und Unfallverhütungsvorschriften verantwortlich. Beim Ausheben von Gruben, Schächten und ähnlichen Baumaßnahmen hat der Baugrubenverbau im Einklang mit den anerkannten Regeln der Technik so zu erfolgen, dass Rutschungen und Setzungen,

gleich bei welchem Bauzustand, nicht entstehen können und eine Gefährdung der im Graben oder Schacht befindlichen Person verhindert wird.

- 9.2** Der AN hat die Baustelle mit Baustofflagerplatz in der gesamten Länge vorschriftsmäßig abzuschränken, zu beschildern und bei Dunkelheit an allen Gefahrenpunkten zu beleuchten und zu sichern.
- 9.3** Die für Sonn-, Feiertags- und Nacharbeit erforderlichen behördlichen Genehmigungen holt der AN in eigener Verantwortung nach vorheriger Verständigung mit dem AG ein.
- 9.4** Machen es die örtlichen Verhältnisse unumgänglich, behördlich vorgeschriebene Sicherheitsposten, Sicherungsaufsicht oder Bahnübergangssicherungsposten zu stellen, ist vorab eine Zusatzbestellung beim AG einzuholen.
- 9.5** Der AN ist für die ordnungsgemäße Absperrung und Kennzeichnung der Baustelle verantwortlich.
- 9.6** Der AN hat bei Arbeiten im öffentlichen Straßenraum den Träger der Straßenbaulast vor Aufnahme der Arbeiten zu benachrichtigen. Insbesondere hat der AN rechtzeitig vor Arbeitsaufnahme die notwendigen verkehrsrechtlichen Genehmigungen bei der Verkehrsbehörde einzuholen und den AG unverzüglich von den eingeleiteten Maßnahmen sowie den jeweiligen Sachstand in Kenntnis zu setzen.
- 9.7** Anfallende Gebühren für die Erteilung einer verkehrsrechtlichen Anordnung hat der AN zu tragen.

10. Ausführungsfristen, Vertragsstrafe

- 10.1** Die Ausführung durch den AN ist gemäß den verbindlichen Vertragsfristen zu beginnen, angemessen zu fördern und zu vollenden.
- 10.2** Verzögert der AN den Beginn der Ausführung, gerät er mit der Vollendung in Verzug oder kommt er der in Ziffer 9.1. erwähnten Verpflichtung nicht nach, so kann der AG bei Aufrechterhaltung des Vertrages Schadenersatz verlangen und dem AN eine angemessene Frist zur Vertragserfüllung setzen und erklären, dass er nach fruchtlosem Ablauf der Frist den Vertrag kündigen werde.
- 10.3** Wird eine vertragliche Fertigstellungsfrist aus Gründen, die der AN und / oder seine Erfüllungsgehilfen zu vertreten haben, nicht eingehalten, hat der AN an den AG eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,15 % der Nettoauftragssumme für jeden angefangenen Werktag der Verspätung zu zahlen. Die hierbei maximal verwirkte Vertragsstrafe ist auf einen Betrag in Höhe von 5 % der Nettoauftragssumme begrenzt.

- 10.4** Der AN hat die Vertragsstrafe auch dann zu zahlen, wenn sich der AG das Recht, die Vertragsstrafe zu verlangen, bei der Abnahme nicht vorbehält, sofern der AG die Vertragsstrafe vor der Fälligkeit der Schlusszahlung schriftlich geltend macht.

11. Aufmaß / Massenermittlung

- 11.1** Die vom AN fertiggestellten Leistungen mit den dazugehörigen Lieferungen werden nach Fertigstellung der Arbeiten von den Vertragsparteien in einem gemeinsam zu unterzeichnenden Aufmaß-Protokoll hinsichtlich ihres Volumens festgestellt. Bei größeren Bauvorhaben werden nach Baufortschritt Zwischenaufmaßprotokolle aufgestellt.
- 11.2** Ein Materialnachweis wird dadurch geführt, dass eingebautes mit dem laut Lieferschein bestellten Material verglichen und mit der Leistungsbeschreibung auf Übereinstimmung überprüft wird.

12. Abnahme

- 12.1** Bauleistungen sind förmlich im Sinne von § 12 Abs. 4 VOB/ Teil B unter Anfertigung einer Niederschrift abzunehmen. Dies gilt auch für Mängelbeseitigungsleistungen. Eine fiktive Abnahme ist ausgeschlossen. Konkludente Handlungen, wie zum Beispiel Ingebrauchnahme, Fortführung der Leistung o. ä., gelten nicht als Abnahme.
- 12.2** Der AN trägt die Gefahr für die von ihm ausgeführten Leistungen bis diese abgenommen sind.
- 12.3** In Fällen höherer Gewalt und bei Streik, Aussperrung, Betriebsstörung und sonstigen vom AG nicht zu beeinflussenden Ereignissen ist der AG berechtigt, die Abnahme um die Dauer der Behinderung zu verschieben, ohne dass dem AN hierdurch Ansprüche entstehen.

13. Gewährleistung

- 13.1** Die Verjährungsfrist für sämtliche Bauleistungen beträgt 5 Jahre. Sie beginnt mit dem Tag der Abnahme der Bauleistung durch den AG.
- 13.2** Mit Abnahme von Mängelbeseitigungsleistungen läuft für diese eine neue Frist gemäß Ziffer 13.1.
- 13.3** Der AN ist verpflichtet, alle während der Verjährungsfrist hervortretenden Mängel, die auf seine vertragswidrige Leistung zurückzuführen sind, auf seine Kosten zu beseitigen, wenn der AG vor Ablauf der Frist unter Ziffer 13.1 dies schriftlich verlangt.

- 13.4** Im Übrigen richten sich die Gewährleistungspflichten des AN nach den gesetzlichen Regelungen der §§ 634 ff. BGB.

14. Haftung für Schädigungen Dritter

- 14.1** Der AN ist verpflichtet, die durch ihn verursachten Schäden an Straßen, Wegen, Gebäuden, Versorgungs- und Verkehrsanlagen auf seine Kosten zu beseitigen.
- 14.2** Für den Fall, dass der geschädigte Dritte den AG direkt in Anspruch nimmt, ist der AN verpflichtet, den AG insoweit von der Inanspruchnahme freizustellen, als er auch selbst gegenüber dem Dritten haften würde. Für die Kostentragung im Innenverhältnis zwischen dem AG und dem AN gilt die Vorschrift des § 254 BGB.

15. Abrechnung

- 15.1** Die Abrechnung erfolgt auf Grundlage eines gemeinsamen Aufmaßes nach den vereinbarten Einheitspreisen. Das Aufmaß und sonstige dazugehörige Unterlagen sind der Abrechnung beizufügen. Abschlagsrechnungen werden vom AG nur auf Basis gemeinsam erstellter und von beiden Seiten anerkannter Aufmäße akzeptiert. Für die Fristen der Rechnungserstellung des AN, insbesondere die Ausstellung einer Schlussrechnung, gilt die gesetzliche Vorschrift des § 14 UStG.
- 15.2** Es sind baubegleitende Leistungsfeststellungen und Leistungsnachweise zu erbringen. Werden Positionen nach Liefer- bzw. Wiegeschein abgerechnet, so sind diese täglich der örtlichen Bauüberwachung vorzulegen und von ihr bestätigen zu lassen. Zur Schlussrechnung sind die Originallieferscheine, nach Positionen geordnet, fortlaufend sortiert beizufügen. Das örtliche Aufmaß von Leitungsgräben und Rohrleitungen erfolgt am offenen Graben. Bereits ab der 1. Abschlagsrechnung sind nachvollziehbare Massenermittlungen auf der Grundlage von gemeinsam erstellten und von beiden Seiten anerkannten Aufmaßen vorzulegen. Eine Auszahlung ohne Aufmaß erfolgt nicht.
- 15.3** Der AN hat seine Leistungen prüfbar abzurechnen. Reicht der AN eine prüfbare Rechnung nicht ein, obwohl ihm der AG eine angemessene Frist gesetzt hat, so kann sie der AG selbst auf Kosten des AN ausstellen.

16. Abrechnung von Stundenlohnarbeiten

- 16.1** Stundenlohnarbeiten werden nur dann vergütet, wenn sie vom AG besonders schriftlich beauftragt werden. Dies gilt auch für Arbeiten, bei denen Samstags-, Sonntags- oder Feiertagszuschläge anfallen.
- 16.2** Der AN hat die Nachweise für Stundenlohnarbeiten, nachdem sie erbracht wurden, innerhalb von 2 Werktagen dem AG zur Bestätigung vorzulegen. Die Bestätigung

bezieht sich auf die Leistungserbringung, nicht aber auf die vertragsmäßige Leistungsabrechnung.

- 16.3** Hat der AG Stundenlohnarbeiten schriftlich in Bestellung gegeben, müssen die von der Bauleitung des AG zur Bestätigung schriftlich abgezeichneten Nachweise in zweifacher Ausfertigung erstellt werden und folgende Angaben enthalten:

- Art der Arbeit
- Name, Beruf des Arbeiters
- bei Ingenieur- und Meisterstunden genaue Angaben über den Anforderungsgrund
- Zahl der geleisteten Arbeitsstunden unter Angabe des Datums am Einsatztag, des Arbeitsbeginns und Arbeitsendes
- Art und Menge der beigestellten Stoffe

Die Nachprüfung bestätigter Nachweise für Stundenlohnarbeiten behält sich der AG ausdrücklich vor.

17. Sicherheitseinbehalt

Der AG ist für die Dauer der Gewährleistungsfrist berechtigt, einen Sicherheitseinbehalt in Höhe von 5 % der gesamten Abrechnungssumme zur Erfüllung der Gewährleistungspflichten des AN einzubehalten. Dieser Einbehalt kann vom AN durch eine unbefristete, selbstschuldnerische Bankbürgschaft eines inländischen Kreditinstitutes oder Versicherers oder durch Hinterlegung abgelöst werden. Die Rückgabe erfolgt mit Ablauf der Gewährleistungspflicht. Sofern zu diesem Zeitpunkt die vom AG geltend gemachten Ansprüche noch nicht erfüllt sind, darf er einen entsprechenden Teil der Sicherheit zurückhalten.

18. Haftpflichtversicherung

Der AN hat sich für von ihm zu verantwortende Schäden, die bei der Ausführung des Vertrages verursacht werden können, angemessen zu versichern und dies auf Verlangen nachzuweisen.

19. Wettbewerbswidrige Preisabsprache

Hat der AN oder die von ihm beauftragten oder tätigen Personen bei der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen, die zu einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung geführt hat, so hat der AG einen Anspruch in Höhe von 3 % der Bruttoschlussrechnungssumme als pauschalen Schadenersatz. Es bleibt dem AG nachgelassen, einen im Einzelfall höheren Schaden nachzuweisen.

20. Erfüllungsort, Gerichtsstand, anwendbares Recht

- 20.1** Erfüllungsort für Lieferungen und Leistungen ist der sich aus dem Vertrag ergebende Leistungsort.

20.2 Gerichtsstand ist Mannheim, soweit der AN Vollkaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuches oder juristische Person des öffentlichen Rechtes ist oder öffentlich rechtliches Sondervermögen besitzt. Ansprüche des AG können auch am allgemeinen Gerichtsstand des AN geltend gemacht werden.

Stand Januar 2024

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Wichtiger Hinweis an Bieter als Arbeitgeber:

Wir verarbeiten im Rahmen des Vergabeverfahrens die personenbezogenen Daten von Mitarbeitern Ihres Unternehmens, aus denjenigen Unterlagen, die Sie im Vergabeverfahren an uns übermitteln (insbesondere Teilnahmeanträge und Angebote). Im Hinblick auf die insoweit von Ihnen an uns übersandten Informationen zu Mitarbeitern Ihres Unternehmens delegieren wir hiermit unsere Informationspflichten gemäß den Artt. 13 und 14 DSGVO gegenüber den betroffenen Personen auf Sie als Bieter. Wir bitten Sie deshalb, dieses Hinweisblatt vor der Übermittlung solcher Unterlagen allen betroffenen Beschäftigten auszuhändigen.

1. Einleitung

Die im Rahmen des Vergabeverfahrens zur "**Betriebshof Käfertal Kabeltrassenbau**" bei der rnv Rhein-Neckar-Verkehr GmbH („rnv“, „wir“ und „uns“) einzureichenden Dokumente enthalten personen-bezogene Daten, die für die Kommunikation und für die Entscheidungsfindung im Vergabeverfahren erforderlich sind. Der Schutz dieser Daten ist uns wichtig. Wir verarbeiten sie daher mit größtmöglicher Sorgfalt und in Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen.

Nachfolgend informieren wir Sie gemäß den Vorgaben der Artt. 13 und 14 der Europäischen Datenschutzgrundverordnung („**DSGVO**“) über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns und die Ihnen nach den datenschutzrechtlichen Regelungen zustehenden Ansprüche und Rechte als Betroffener.

2. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

Verantwortlicher im Sinne der DSGVO:

rnv Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Möhlstraße 27
68165 Mannheim
Tel.: 0621-465-0
E-Mail: kundenservice@rnv-online.de

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

CTM-COM GmbH
Moritz Görmann
In den Leppsteinswiesen 14
64380 Roßdorf
Tel.: 06154-57605 111
E-Mail: datenschutz@ctm-com.de

3. Welche Quellen und Daten nutzen wir?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen des Vergabeverfahrens von Ihnen oder Ihrem Arbeitgeber erhalten. Das sind insbesondere die Daten aus Teilnahmeanträgen oder Angeboten, die im Vergabeverfahren gefordert und einzureichen sind. Regelmäßig handelt es sich dabei um:

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

- dienstliche Kontaktdaten von Ihnen als Einzelunternehmer oder Mitarbeiter Ihres Arbeitgebers, wie Vor- und Nachname, Position im Unternehmen, berufliche Telefonnummer und E-Mail-Adresse,
- Angaben zu Ihrem beruflichen Werdegang und Ihrer beruflichen Qualifikation, wie Lebensläufe, Berufsabschlüsse und persönliche Berufserfahrungen.

Darüber hinaus verarbeiten wir – soweit für das Vergabeverfahren erforderlich – personenbezogene Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen wie Handels- und Vereinsregister, Gewerbezentralregister bzw. Wettbewerbsregister, Presse, Internet zulässigerweise erheben dürfen oder die uns von anderen Behörden des Bundes und der Länder oder von sonstigen Dritten (z.B. Auskunfteien) berechtigt übermittelt werden.

Wir erheben darüber hinaus personenbezogene Daten, z.B. im Zusammenhang mit Bedarfserhebungen, Beschaffungsvorhaben, Teilnahmeanträgen, Angeboten, Fragen, welche z.B. über Webformulare in eVergabeplattformen oder per E-Mail an uns übermittelt werden, Daten aus der Erfüllung unserer vertraglichen Verpflichtungen (z.B. Zahlungsverkehr) sowie Dokumentationsdaten (z.B. über Fragen und Antworten zu unseren Vergabeverfahren).

4. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Verarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlage?

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten im Einklang mit den Bestimmungen der Datenschutzgrundverordnung („**DSGVO**“) und – soweit anwendbar – des Bundesdatenschutzgesetzes („**BDSG**“) sowie gegebenenfalls weiteren anwendbaren Datenschutzbestimmungen.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zum Zweck der rechtmäßigen Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens, im Einzelnen zur:

- Einhaltung der geltenden vergaberechtlichen Vorschriften, insbesondere der Vergabe-grundsätze des Wettbewerbs, der Transparenz, der Wirtschaftlichkeit, der Verhältnismäßigkeit, der Gleichbehandlung
- Prüfung und Beantwortung von Fragen und Hinweisen von Bietern im Vergabeverfahren
- Prüfung und Wertung von Interessensbekundungen, Interessensbestätigungen, Teilnahmeanträgen und Angeboten im Vergabeverfahren, insbesondere auf vergaberechtliche Ausschlussgründe
- Dokumentation des Vergabeverfahrens
- Führung einer sachdienlichen Kommunikation während des Vergabeverfahrens.

Soweit die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zur Durchführung der für uns verpflichtenden Eignungsprüfung (insbesondere Angaben zur Befähigung und gegebenenfalls Erlaubnis zur Berufsausübung sowie zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit) und für die Prüfung zwingender Ausschlussgründe wegen eines Verstoßes gegen bestimmte Strafvorschriften erfolgt, ist diese gemäß Art. 6 Absatz 1 Satz 1 lit. c), Absatz 3 DSGVO in Verbindung mit den §§ 122 und 123 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen („**GWB**“) zur Erfüllung dieser rechtlichen Verpflichtungen zulässig.

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Im Übrigen ist die Rechtsgrundlage der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen des Vergabeverfahrens Art. 6 Absatz 1 Satz 1 lit. f) DSGVO. Diese Vorschrift gestattet uns die Verarbeitung personenbezogener Daten, soweit dies zur Wahrung unserer berechtigten Interessen oder der Interessen eines Dritten erforderlich ist, sofern nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Personen, die den Schutz personenbezogener Daten erforderlich machen, überwiegen. Unser berechtigtes Interesse besteht in der ordnungsgemäßen Durchführung des Vergabeverfahrens unter Beachtung der insoweit geltenden gesetzlichen Vorgaben.

5. Wer bekommt Ihre Daten?

Eine Weitergabe Ihrer Daten erfolgt nur, soweit eine Rechtsgrundlage dies gestattet. Ihre personenbezogenen Daten werden – soweit erforderlich und zulässig – weitergegeben an:

- Bundesamt für Justiz zur Einholung von Gewerbezentralregister-Auskünften gem. § 150a GewO
- zuständige Stellen für vergaberechtliche relevante Register (z.B. Wettbewerbsregister, Transparenzregister)
- zuständige Stellen zur Einholung von Auskünften betreffend das Vorliegen von vergaberechtlichen Ausschlussgründen
- Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen
- Sicherheits- und Ordnungsbehörden zur Überprüfung etwaiger bewachungsrechtlicher Voraussetzungen
- mit der Beratung oder Unterstützung im Vergabeverfahren beauftragte Dritte (z.B. Ingenieurbüros, Beratungsunternehmen, Rechtsanwaltskanzleien)
- Teilnehmer am Vergabeverfahren zur Information über die Vergabeentscheidung
- Instanzen für die Nachprüfung von Vergabeverfahren und die dort beteiligten Parteien
- Rechnungsprüfungs-, Revisions- und Kontrollinstanzen.

Soweit wir mit **Auftragsverarbeitern** zusammenarbeiten, werden Ihre Daten an diese weitergegeben. Auftragsverarbeiter sind Unternehmen, die wir im gesetzlich vorgesehenen Rahmen (Art. 28 DSGVO) mit der Verarbeitung von Daten beauftragen (Dienstleister, Erfüllungsgehilfen) und entsprechend anweisen. Wir bleiben auch in diesem Fall weiterhin für den Schutz Ihrer personenbezogenen Daten verantwortlich. Beauftragt werden diese Unternehmen von uns insbesondere in folgenden Bereichen

- Bereitstellung und Betrieb der im Vergabeverfahren eingesetzten eVergabeplattformen
- ggf. Digitalisierung von in Papierform im Vergabeverfahren eingereichten Unterlagen,

6. Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Ihre Daten werden nach der Erhebung so lange gespeichert, wie dies zur Durchführung des Vergabeverfahrens und unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist. Als Bestandteil der Dokumentation des Vergabeverfahrens fallen Ihre Daten unter die Aufbewahrungsfristen gemäß § 8 Abs. 4 VgV (bis zum Ende der Laufzeit des Vertrages oder Rahmenvertrages, mindestens jedoch für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlages) oder im Fall einer Unterschwellenvergabe gemäß § 6 Abs. 2 UVgO (mindestens drei Jahre ab dem Tag des Zuschlages).

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Darüber hinaus können für uns abweichende Aufbewahrungsfristen gelten, die in Rechts- und Verwaltungsvorschriften wie denjenigen zur Bundeshaushaltsordnung festgelegt sind. Gemäß diesen Vorschriften kann eine Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten für einen Zeitraum von bis zu zehn Jahren erforderlich sein.

Soweit nach Beendigung des Vergabeverfahrens durch Ihr Unternehmen oder durch uns noch Ansprüche bestehen oder geltend gemacht werden, werden Ihre personenbezogenen Daten jedoch erst dann gelöscht, wenn diese Ansprüche abschließend geklärt sind, spätestens jedoch mit Ablauf der gesetzlichen Verjährungsfrist. Gemäß den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches („BGB“) können diese Verjährungsfristen bis zu 30 Jahre betragen, wobei die regelmäßige Verjährungsfrist drei Jahre beträgt.

Sofern die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten für die vorgenannten Zwecke nicht mehr erforderlich ist, löschen wir diese.

7. Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt?

Eine Datenübermittlung in Drittländer (Staaten außerhalb der europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraums - EWR) oder an eine internationale Organisation findet nicht statt.

8. Welche Rechte haben Sie?

Sie haben unter den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen uns gegenüber folgende Rechte:

a. Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)

Gemäß Art. 15 DSGVO haben Sie das Recht, von uns eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob wir personenbezogene Daten verarbeiten, die Sie betreffen. Ist dies der Fall, so haben Sie ein Recht auf detaillierte Auskunft über die Verarbeitung dieser personenbezogenen Daten. Die Auskunftserteilung kann in begründeten Einzelfällen auf Grundlage des Art. 12 Abs. 5 Satz 2 lit. b) DSGVO oder der in § 34 BDSG geregelten Fälle abgelehnt werden.

b. Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)

Sie können von uns die unverzügliche Berichtigung unrichtiger Daten verlangen, die Sie betreffen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung haben Sie zudem das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten – auch mittels einer ergänzenden Erklärung – zu verlangen.

c. Recht auf Löschung oder „Recht auf Vergessenwerden“ (Art. 17 DSGVO)

Sie haben unter den in Art. 17 DSGVO genannten Voraussetzungen das Recht auf Löschung Ihrer personenbezogenen Daten. Dieses Recht ist in den in Artikel 17 Abs. 3 DSGVO genannten Fällen eingeschränkt.

d. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)

Sie haben unter den in Art. 18 DSGVO genannten Voraussetzungen das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, u.a. wenn und solange Uneinigkeit über

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

die Richtigkeit Ihrer Daten besteht, Sie eine Löschung der Daten ablehnen oder Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen und noch nicht feststeht, ob unsere berechtigten Interessen überwiegen.

e. Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)

Soweit eine Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns ausnahmsweise auf Ihrer freiwillig erteilten und jederzeit widerrufbaren Einwilligung oder einem Vertrag gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. b) DSGVO beruht, können Sie bei Vorliegen der in Art. 20 DSGVO genannten Voraussetzungen auch die Herausgabe der im Rahmen des Vergabeverfahrens bereitgestellten personenbezogenen Daten oder deren Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen verlangen (**Recht auf Datenübertragbarkeit**).

f. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO)

Ferner haben Sie das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde insbesondere in dem EU-Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, Ihres Arbeitsplatzes oder des Ortes des mutmaßlichen Verstoßes, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden Daten gegen die DSGVO oder andere Datenschutzvorschriften verstößt.

Die Anschrift der für die rnv zuständigen Aufsichtsbehörde lautet:

Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Königstraße 10a
70173 Stuttgart
Tel: 0711 61 55 41-0
E-Mail: poststelle@ldi.bwl.de

Weitere verwaltungsrechtliche oder gerichtliche Rechtsbehelfe, die Ihnen möglicherweise zustehen, bleiben hiervon unberührt.

9. Besteht für Sie eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?

Im Rahmen des Vergabeverfahrens müssen diejenigen Ihrer personenbezogenen Daten bereitgestellt werden, die für die Durchführung und Verwaltung eines rechtmäßigen Vergabeverfahrens und der damit verbundenen vergaberechtlichen Rechte und Pflichten von uns als öffentlichem Auftraggeber erforderlich sind.

Ohne diese Daten wird die rechtmäßige Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens gefährdet.

10. Inwieweit gibt es eine automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall?

Zur Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens findet grundsätzlich keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung gemäß Art. 22 DSGVO statt. Sollten wir diese Verfahren in Einzelfällen einsetzen, werden wir Sie hierüber gesondert informieren.

Widerspruchsrecht gemäß Art. 21 DSGVO
--

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Sie haben zudem das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, die gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. f) DSGVO (Datenverarbeitung auf der Grundlage einer Interessenabwägung) erfolgt, Widerspruch gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO einzulegen. Dies gilt auch für ein etwa auf diese Bestimmung gestütztes Profiling im Sinne von Art. 4 Nr. 4 DSGVO.

Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten; es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Der Widerspruch ist formfrei möglich und an die unter Ziffer 2 angegebenen Kontaktdaten zu richten.



PDF-Versand und Qualitätsanforderungen für Eingangsrechnung

Sehr geehrter Lieferant und Geschäftspartner,

im Rahmen der Optimierung unserer Buchhaltungsprozesse möchten wir Ihnen, wie auch uns, zukünftig den Papierversand Ihrer Rechnungsdokumente ersparen. Sie unterstützen uns bei diesen Bemühungen, in dem Sie Ihre **Rechnungen und Rechnungskorrekturen** ab sofort **im PDF-Format** per Email übermitteln und uns hierdurch auch helfen die Bearbeitungszeit Ihrer Rechnungen zu reduzieren.

Damit auch Sie diese Vorteile nutzen können, bitten wir Sie die Hinweise und Anforderungen, sowie die Qualitätsstandards in beigefügter Übersicht zwingend zu beachten und Ihre Dokumente ausschließlich an das, für die jeweilige Gesellschaft freigegebene Postfach zu versenden. Bitte Berücksichtigen Sie, dass eine Abweichung von unseren Anforderungen und Qualitätsstandards zu einer erheblichen Verzögerung bei der Bearbeitung und Begleichung führen kann.

Dieses Schreiben stellt bis auf Widerruf, die schriftliche Zustimmung der RNV, sowie der in beiliegender Übersicht genannten Gesellschaften zum Empfang von PDF-Rechnungen dar.

Im Falle weiterer Fragen zum PDF-Versand, beantworten wir Ihnen diese unter der Email-Adresse: **Kreditorenbuchhaltung@rnv-online.de**

Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Kreditorenbuchhaltung

Anforderungen an den Rechnungsversand per PDF

Sehr geehrter Lieferant und Geschäftspartner,

mit dem Versand Ihrer Rechnung per PDF entscheiden sie sich für eine schnelle und effiziente Art der Übermittlung.

Hierdurch wird der Prozess der Rechnungsverarbeitung verkürzt und eine termingerechte Zahlung ermöglicht.

Bei Nutzung des Rechnungsversands per PDF beachten Sie bitte die im folgenden aufgeführten Anforderungen und Qualitätsstandards.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Anforderungen an den PDF-Rechnungsversand

Wenn Sie den elektronischen Rechnungsversand im PDF Format nutzen wollen, bestehen folgende Anforderungen:

Dateiformat:

- Es werden nur Dokumente mit der Dateiendung **.pdf** akzeptiert und verarbeitet.
- Bitte verwenden Sie keinen Passwortschutz
- Keine Sonderzeichen (:*?/"><) im Dateinamen

Dateiinhalt:

- Nur eine Rechnung je PDF-Datei
- Mehrseitige Dokumente und Anlagen bitte immer in einem PDF-Dokument zusammenfassen
- Keine separaten Anlagen möglich

Emailversand:

- Jede Gesellschaft besitzt Ihre eigene Email-Adresse. **Abweichende Belegeingänge werden nicht bearbeitet.**
- Bitte senden sie ausschließlich Rechnungen und Gutschriften/Rechnungskorrekturen an die jeweilige Email-Adresse.
- Abweichende Dokumente oder Anfragen können nicht berücksichtigt werden.

Mahnungen und sonstige Rückfragen richten Sie bitte an: **Kreditorenbuchhaltung@rnv-online.de**

Rechnungs- und Email-Adressen

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Möhlstraße 27
68165 Mannheim

Email-Adresse für PDF-Rechnungsversand:
RG_RNV@rnv-online.de

MV Mannheimer Verkehr GmbH
Möhlstraße 27
68165 Mannheim

Email-Adresse für PDF-Rechnungsversand:
RG_MV@rnv-online.de

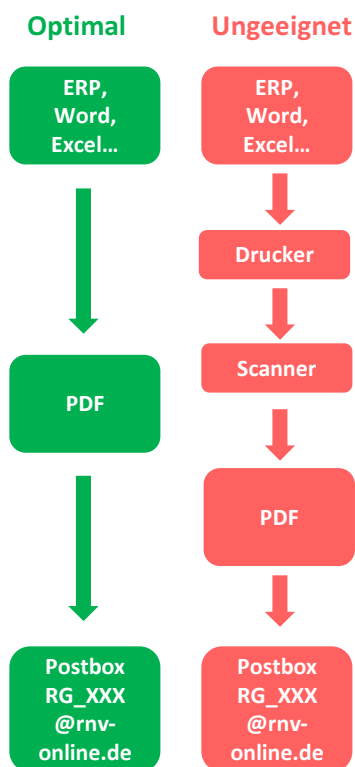
Zentralwerkstatt für Verkehrsmittel
Mannheim GmbH
Möhlstraße 27
68165 Mannheim

Email-Adresse für PDF-Rechnungsversand:
RG_ZWM@rnv-online.de

Anforderungen an die Rechnungsqualität

Erstellungsprozess für PDF-Rechnungen

Optimaler Weise erstellen Sie das PDF-Dokument direkt aus einem Programm (ERP, Word, Excel,...) und **nicht** aus einem gescannten Papierdokument.



Qualitätsanforderungen an eine Rechnung

Als Voraussetzung für eine schnelle Bearbeitung und Begleichung einer Rechnung, stellt die Rechnungsqualität einen entscheidenden Faktor dar. Unterstützen Sie daher die Verbesserung der Rechnungsverarbeitungszeiten in dem Sie die folgenden **Mindestanforderungen** beachten:

- Korrekte und vollständige Rechnungsanschrift der beauftragenden Gesellschaft
- Angabe der korrekten RNV-Bestellnummer
- Rechnungsdetails (Menge, Preis, Bezeichnung, Zahlungsbedingung,...) und Abrechnungsweise entsprechen der zugehörigen Bestellung
- Es wird nur eine Bestellung je Rechnung abgerechnet
- Ausweis von Netto-, Steuer- und Bruttobetrag
- Angabe der Währung
- Ausweis des Liefer- / Leistungsdatums
- Ihre Umsatzsteuer-ID ist enthalten
- Ihre Bankverbindung (IBAN + BIC) ist angegeben
- Keine handschriftlichen Angaben
- Um eine gute Lesbarkeit zu gewährleisten, sollte möglichst ein weißer Rechnungshintergrund gewählt werden

Für den Ausnahmefall einer Rechnung ohne Bestellung geben Sie bitte den vollständigen Namen, sowie die Email-Adresse des Anforderers an.

Beispielrechnung

Entsprechend dem RNV-Qualitätsstandard

Rechnung	
<div>Rechnungsdatum: 01.10.2020</div> <div>Rechnungsnummer: RG123456</div>	
Rechnungsanschrift:	
<div>Rhein-Neckar-Verkehr GmbH</div> <div>Möhlstraße 27</div> <div>68165 Mannheim</div>	
RNV-Bestellnummer: 4xxxxxxxxx	
<div>Bezeichnung, Menge, Preis, Lieferschein, Positionsbetrag, ...</div>	
<div>Liefer- / Leistungsdatum: 30.09.2020</div>	
Zahlungsbedingung: 30 Tage netto	Netto: 1.000,00 EUR MwSt 16 %: 160,00 EUR Gesamt: 1.160,00 EUR
IBAN: DExx xxxx xxxx xxxx xx BIC: xxxxxxxxxxxx	
Ust.ID: DE123456789	

Name und Anschrift des Bieters
(Firmenname lt. Handelsregister)

Ort:
Datum:
Tel.:
Fax:
e-mail:
USt.-ID-Nr.:
HR-Nr.:
Registergericht:
BlmA-Nummer:

(Name und Anschrift der Vergabestelle)

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Vergabemanagement und Baueinkauf (RE4)
Möhlstraße 27
68165 Mannheim
Deutschland

Angebotsschreiben

Bezeichnung der Bauleistung:

Maßnahmennummer Baumaßnahme
O128 O128

Vergabenummer Leistung
054-26-E16 Betriebshof Käfertal Kabeltrassenbau

Anlagen¹, die Vertragsbestandteil werden

- ☐ Leistungsverzeichnis/Leistungsprogramm (Kurz- oder Langfassung) mit den Preisen sowie den geforderten Angaben und Erklärungen
- ☐ Vertragsformular für Instandhaltung mit den Preisen sowie den geforderten Angaben und Erklärungen
- ☐ 224 Lohnleitklausel - Berechnung des Änderungssatzes
- ☐ 233 Nachunternehmerleistungen
- ☐ 234 Bieter-/Arbeitsgemeinschaft
- ☐ 235 Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen
- ☐ 248 Erklärung zur Verwendung von Holzprodukten
- ☐ Nebenangebot(e)

☐ _____

☐ _____

☐ _____

☐ _____

☐ _____

☐ _____

☐ _____

Anlagen¹, die der Angebotserläuterung dienen, ohne Vertragsbestandteil zu werden

- ☐ 124 Eigenerklärung zur Eignung
- ☐ Einheitliche Europäische Eigenerklärung
- ☐ 221 oder 222 Angaben zur Preisermittlung

☐ _____

☐ _____

¹ vom Bieter anzukreuzen und beizufügen

- 1** Ich/Wir biete(n) die Ausführung der oben genannten Leistung zu den von mir/uns eingesetzten Preisen an.
An mein/unser Angebot halte(n) ich/wir mich/uns bis zum Ablauf der Bindefristfrist gebunden.
- 2** Die Angebotsendsumme des Hauptangebotes gem. Leistungsbeschreibung beträgt einschl. Umsatzsteuer _____ Euro
- 2.1** Die Gesamtsumme der jährlichen Vergütung gem. Instandhaltungsvertrag² beträgt einschl. Umsatzsteuer _____ Euro*
- * nur ausfüllen, wenn den Vergabeunterlagen ein Instandhaltungsvertrag beiliegt
- 3** Anzahl der Nebenangebote _____ St.
- 4** Preisnachlass ohne Bedingung auf die Abrechnungssumme für Haupt- und alle Nebenangebote³ sowie auf die Preise für angeordnete Leistungen, die auf Grundlage der Preisermittlung für die vertragliche Leistung zu bilden sind _____ %
- 5** Bestandteil meines/unseres Angebots sind neben diesem Angebotsschreiben und seinen Anlagen:
- Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB/B), Ausgabe 2016,
 - Unterlagen gem. Aufforderung zur Angebotsabgabe, Anlagen – Teil B
- 6** ☐ Ich bin/Wir sind für die zu vergebende Bauleistung präqualifiziert und im Präqualifikationsverzeichnis eingetragen unter Nummer:
- | | |
|-------------|------------------|
| Name: _____ | PQ_Nummer: _____ |
| Name: _____ | PQ_Nummer: _____ |
| Name: _____ | PQ_Nummer: _____ |
| Name: _____ | PQ_Nummer: _____ |
- ☐ Ich bin/Wir sind kleines oder mittleres Unternehmen – KMU - (< 250 Beschäftigte und ≤ 50 Mio Euro Jahresumsatz bzw. ≤ 43 Mio Jahresbilanzsumme).⁴
- 7** Ich/Wir erkläre(n), dass
- ☐ ich/wir alle Leistungen im eigenen Betrieb ausführen werde(n).
 - ☐ ich/wir die Leistungen, die nicht im Verzeichnis Nachunternehmerleistungen bzw. Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmer aufgeführt sind, im eigenen Betrieb ausführen werde(n).

² Bei mehreren Instandhaltungsverträgen ist die Summe der jährlichen Vergütungen einzutragen.

³ Preisnachlass gilt nicht für Instandhaltungsangebot

⁴ Bietergemeinschaften gelten nur dann als KMU, wenn der überwiegende Teil des Auftrags von (einem) Partner(n) der Bietergemeinschaft erbracht wird, der/die als KMU einzustufen ist/sind.

8 Ich/Wir erkläre(n), dass

- ich/wir den Wortlaut der vom Auftraggeber verfassten Langfassung des Leistungsverzeichnisses als alleinverbindlich anerkenne(n).
- mir/uns zugewandene Änderungen der Vergabeunterlagen Gegenstand meines/unseres Angebotes sind.
- ein nach der Leistungsbeschreibung ggf. zu benennender Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator gemäß Baustellenverordnung und dessen Stellvertreter über die nach den „Regeln zum Arbeitsschutz auf Baustellen; geeigneter Koordinator (Konkretisierung zu § 3 BaustellV) (RAB 30)“ geforderte Qualifikation verfügen, um die nach Baustellenverordnung übertragenen Aufgaben fachgerecht zu erfüllen.
- das vom Auftraggeber vorgeschlagene Produkt Inhalt meines/unseres Angebotes ist, wenn Teilleistungsbeschreibungen des Auftraggebers den Zusatz „oder gleichwertig“ enthalten und von mir/uns keine Produktangaben (Hersteller- und Typbezeichnung) eingetragen wurden.
- falls von mir/uns mehrere Nebenangebote abgegeben wurden, mein/unser Angebot auch die Kumulation der Nebenangebote, die sich nicht gegenseitig ausschließen, umfasst.
- ich/wir einen pauschalen Schadensersatz in Höhe von 15 Prozent der Bruttoabrechnungssumme dieses Vertrages entrichten werde, falls ich/wir aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen habe(n), die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, es sei denn, ich/wir weise(n) einen geringeren Schaden nach.
- ich/wir jede vom zuständigen Finanzamt vorgenommene Änderung in Bezug auf eine vorgelegte Freistellungsbescheinigung (§ 48b EStG) dem Auftraggeber unverzüglich in Textform mitteilen.

Unterschrift (bei schriftlichem Angebot)

Ist

- bei einem elektronisch übermittelten Angebot in Textform der Bieter nicht erkennbar,
- ein schriftliches Angebot nicht an dieser Stelle unterschrieben oder
- ein elektronisches Angebot, das signiert/mit elektronischem Siegel versehen werden muss, nicht wie vorgegeben signiert/mit elektronischem Siegel versehen,

wird das Angebot ausgeschlossen.

Bieter	Vergabenummer	Datum
	054-26-E16	
Baumaßnahme O128		
Leistung Betriebshof Käfertal Kabeltrassenbau		

Angaben zur Kalkulation mit vorbestimmten Zuschlägen

1	Angaben über den Verrechnungslohn	Zuschlag %	€/h
1.1	Mittellohn ML einschl. Lohnzulagen u. Lohnerhöhung, wenn keine Lohngleitklausel vereinbart wird		
1.2	Lohngebundene Kosten Sozialkosten und Soziallöhne, als Zuschlag auf ML		
1.3	Lohnnebenkosten Auslösungen, Fahrgelder, als Zuschlag auf ML		
1.4	Kalkulationslohn KL (Summe 1.1 bis 1.3)		
1.5	Zuschlag auf Kalkulationslohn (aus Zeile 2.4, Spalte 1)		
1.6	Verrechnungslohn VL (Summe 1.4 und 1.5, VL im Formblatt 223 berücksichtigen)		

2	Zuschläge auf die Einzelkosten der Teilleistungen = unmittelbare Herstellungskosten	Zuschläge in % auf				
		Lohn	Stoffkosten	Gerätekosten	Sonstige Kosten	Nachunternehmerleistungen
2.1	Baustellengemeinkosten					
2.2	Allgemeine Geschäftskosten					
2.3	Wagnis und Gewinn					
2.3.1	Gewinn					
2.3.2	betriebsbezogenes Wagnis¹					
2.3.3	leistungsbezogenes Wagnis²					
2.4	Gesamtzuschläge					

¹ Wagnis für das allgemeine Unternehmensrisiko

² Mit der Ausführung der Leistungen verbundenes Wagnis

3.	Ermittlung der Angebotssumme			
		Einzelkosten der Teilleistungen = unmittelbare Her- stellungskosten €	Gesamt- zuschlä- ge gem. 2.4 %	Angebotssumme €
3.1	Eigene Lohnkosten Verrechnungslohn (1.6) x Gesamtstunden			X
	_____ x _____			
3.2	Stoffkosten (einschl. Kosten für Hilfsstoffe)	_____	_____	_____
3.3	Gerätekosten (einschließlich Kosten für Energie und Be- triebsstoffe)	_____	_____	_____
3.4	Sonstige Kosten (vom Bieter zu erläutern)	_____	_____	_____
3.5	Nachunternehmerleistungen ³	_____	_____	_____
Angebotssumme ohne Umsatzsteuer				_____

eventuelle Erläuterungen des Bieters:

³ Auf Verlangen sind für diese Leistungen die Angaben zur Kalkulation der(s) Nachunternehmer(s) dem Auftraggeber vorzulegen.

Bieter	Vergabenummer	Datum
	054-26-E16	
Baumaßnahme O128		
Leistung Betriebshof Käfertal Kabeltrassenbau		

Angaben zur Kalkulation über die Endsumme

1.	Angaben über den Verrechnungslohn	Lohn €/h
1.1	Mittellohn ML einschl. Lohnzulagen u. Lohnerhöhung, wenn keine Lohnleitklausel vereinbart wird	
1.2	Lohngebundene Kosten Sozialkosten und Soziallöhne	
1.3	Lohnnebenkosten Auslösungen, Fahrgelder	
1.4	Kalkulationslohn KL (Summe 1.1 bis 1.3)	

Berechnung des Verrechnungslohnes nach Ermittlung der Angebotssumme (vgl. Blatt 2)

1.5	Umlage auf Lohn (Kalkulationslohn x v.H. Umlage aus 2.1)	€/h _____	v.H. _____	
1.6	Verrechnungslohn VL (Summe 1.4 und 1.5)			

eventuelle Erläuterungen des Bieters:

(Preisermittlung bei Kalkulation über die Endsumme)

Ermittlung der Angebotssumme		Betrag €	Gesamt €	Umlage Summe 3 auf die Einzelkosten für die Ermittlung der EH-Preise	
2	Einzelkosten der Teilleistungen = unmittelbare Herstellungskosten			%	€
2.1	Eigene Lohnkosten				
	Kalkulationslohn (1.4) x Gesamtstunden:				
	x			x	
2.2	Stoffkosten (einschl. Kosten für Hilfsstoffe)			x	
2.3	Gerätekosten (einschl. Kosten für Energie und Betriebsstoffe)			x	
2.4	Sonstige Kosten (Vom Bieter zu erläutern)			x	
2.5	Nachunternehmerleistungen ¹			x	
Einzelkosten der Teilleistungen (Summe 2)				noch zu verteilen	

Zusammensetzung der Umlagesummen				
	Umlage gesamt (€)	Anteil BGK (€)	Anteil AGK (€)	Anteil W+G (€)
2.1 eigene Lohnkosten				
2.2 Stoffkosten				
2.3 Gerätekosten				
2.4 Sonstige Kosten				
2.5 Nachunternehmerleistungen				

3	Baustellengemeinkosten, Allgemeine Geschäftskosten, Wagnis und Gewinn		
3.1	Baustellengemeinkosten (soweit hierfür keine besonderen Ansätze im Leistungsverzeichnis vorgesehen sind)		
3.1.1	Lohnkosten einschließlich Hilfslöhne		
	Bei Angebotssummen unter 5 Mio € : Angabe des Betrages		
	Bei Angebotssummen über 5 Mio € : Kalkulationslohn (1.4) x Gesamtstunden: x		
3.1.2	Gehaltskosten für Bauleitung, Abrechnung Vermessung usw.		
3.1.3	Vorhalten u. Reparatur der Geräte u. Ausrüstungen, Energieverbrauch, Werkzeuge u. Kleingeräte, Materialkosten f. Baustelleneinrichtung		
3.1.4	An- u. Abtransport der Geräte u. Ausrüstungen, Hilfsstoffe, Pachten usw.		
3.1.5	Sonderkosten der Baustelle, wie techn. Ausführungsbearbeitung, objektbezogene Versicherungen usw.		
Baustellengemeinkosten (Summe 3.1)			
3.2	Allgemeine Geschäftskosten (Summe 3.2)		
3.3	Wagnis und Gewinn (Summe 3.3)		
3.3.1.	Gewinn		
3.3.2	Betriebsbezogenes Wagnis (Wagnis für das allgemeine Unternehmensrisiko)		
3.3.3	Leistungsbezogenes Wagnis (mit der Ausführung der Leistungen verbundenes Wagnis)		
Umlage auf die Einzelkosten (Summe 3)			
Angebotssumme ohne Umsatzsteuer (Summe 2 und 3)			

¹ Auf Verlangen sind für diese Leistungen die Angaben zur Kalkulation der(s) Nachunternehmer(s) dem Auftraggeber vorzulegen.

Bezeichnung der Bauleistung:

Maßnahmennummer O128	Baumaßnahme O128
Vergabenummer 054-26-E16	Leistung Betriebshof Käfertal Kabeltrassenbau

Erklärung der Bieter- /Arbeitsgemeinschaft

Wir, die nachstehend aufgeführten Unternehmen einer Bietergemeinschaft,

Bevollmächtigter Vertreter

Mitglied _____

USt-ID: _____

Weitere Mitglieder

Mitglied _____

USt-ID: _____

Mitglied _____

USt-ID: _____

Mitglied _____

USt-ID: _____

beschließen, im Falle der Auftragserteilung eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden und erklären¹, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, zur Entgegennahme der Zahlungen mit befreiender Wirkung berechtigt ist und alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

_____ Ort	_____ Datum	_____ Unterschrift
--------------	----------------	-----------------------

_____ Ort	_____ Datum	_____ Unterschrift
--------------	----------------	-----------------------

_____ Ort	_____ Datum	_____ Unterschrift
--------------	----------------	-----------------------

_____ Ort	_____ Datum	_____ Unterschrift
--------------	----------------	-----------------------

¹ Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben, Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern unterzeichnete bzw. fortgeschritten oder qualifiziert signierte Erklärung abzugeben.

Eigenerklärung für nicht präqualifizierte Unternehmen in folgendem Vergabeverfahren

Maßnahmennummer
O128

Vergabenummer
054-26-E16

Vergabeart

☐ Öffentliche Ausschreibung
☐ Beschränkte Ausschreibung
☐ Freihändige Vergabe

☒ Offenes Verfahren
☐ Nichtoffenes Verfahren
☐ Verhandlungsverfahren
☐ Wettbewerblicher Dialog

☐ Internationale NATO-Ausschreibung

Baumaßnahme
O128

Leistung

Betriebshof Käfertal Kabeltrassenbau

- ☐ Bewerber*)
☐ Bieter*)
☐ Mitglied der Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft*)
☐ Nachunternehmer*)
☐ anderes Unternehmen*)

Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen

Euro

Euro

Euro

Angaben zu Leistungen, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten fünf Kalenderjahren bzw. dem in der Auftragsbekanntmachung angegebenen Zeitraum¹ vergleichbare Leistungen ausgeführt habe/haben.

Bei einem Teilnahmewettbewerb füge(n) ich/wir meinem/unserem **Teilnahmeantrag** eine Referenzliste bei.

Falls mein/unser Teilnahmeantrag/Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir drei Referenznachweise mit mindestens folgenden Angaben vorlegen:

Ansprechpartner; Art der ausgeführten Leistung; Auftragssumme; Ausführungszeitraum; stichwortartige Benennung des mit eigenem Personal ausgeführten maßgeblichen Leistungsumfanges einschl. Angabe der ausgeführten Mengen; Zahl der hierfür durchschnittlich eingesetzten Arbeitnehmer; stichwortartige Beschreibung der besonderen technischen und gerätespezifischen Anforderungen bzw. (bei Komplettleistung) Kurzbeschreibung der Baumaßnahme einschließlich eventueller Besonderheiten der Ausführung; Angabe zur Art der Baumaßnahme (Neubau, Umbau, Denkmal); Angabe zur vertraglichen Bindung (Hauptauftragnehmer, ARGE-Partner, Nachunternehmer); ggf. Angabe der Gewerke, die mit eigenem Leitungspersonal koordiniert wurden; Bestätigung des Auftraggebers über die vertragsgemäße Ausführung der Leistung

*) zutreffendes ankreuzen

¹ Der längere Zeitraum ist maßgebend.

Angaben zu Arbeitskräften

Ich/Wir erkläre(n), dass mir/uns die für die Ausführung der Leistungen erforderlichen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Falls mein/unser Teilnahmeantrag/Angebot in die engere Wahl gelangt, werde ich/werden wir die Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal angeben.

Registereintragungen

Ich bin/Wir sind

- ☐ im Handelsregister eingetragen.
- ☐ für die auszuführenden Leistungen in die Handwerksrolle eingetragen.
- ☐ bei der Industrie- und Handelskammer eingetragen.
- ☐ zu keiner Eintragung in die genannten Register verpflichtet.

Falls mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir zur Bestätigung meiner/unserer Erklärung vorlegen:

Gewerbeanmeldung, Handelsregistrauszug und Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Handelskammer

Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation

- ☐ Ich/Wir erkläre(n), dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich mein/unser Unternehmen nicht in Liquidation befindet.
- ☐ Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt, auf Verlangen werde ich/werden wir ihn vorlegen.

Angabe, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bewerber oder Bieter in Frage stellt

Ich/Wir erkläre(n), dass

- ☐ für mein/unser Unternehmen keine Ausschlussgründe gemäß § 6e EU VOB/A vorliegen.
- ☐ ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften, der zu einem Eintrag im Gewerbezentralregister geführt hat, mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden bin/sind.
- ☐ für mein/unser Unternehmen ein Ausschlussgrund gemäß § 6e EU Absatz 6 VOB/A vorliegt.
- ☐ zwar für mein/unser Unternehmen ein Ausschlussgrund gemäß § 6e EU Absatz 1 bis 4 VOB/A vorliegt, ich/wir jedoch für mein/unser Unternehmen Maßnahmen zur Selbstreinigung ergriffen habe(n), durch die für mein/unser Unternehmen die Zuverlässigkeit wieder hergestellt wurde.

Ab einer Auftragssumme von 30.000 Euro wird der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern.

Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.

Falls mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse², eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen³ sowie eine Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG vorlegen.

² soweit mein Betrieb beitragspflichtig ist

³ soweit das Finanzamt derartige Bescheinigungen ausstellt

Angabe zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft

Ich bin/Wir sind Mitglied der Berufsgenossenschaft.

Falls mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir eine qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des für mich zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen vorlegen.

Mir/Uns ist bekannt, dass die jeweils genannten Bestätigungen/Nachweise zu den Eigenerklärungen auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle innerhalb der gesetzten angemessenen Frist vorgelegt werden müssen und mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag ausgeschlossen wird, wenn die Unterlagen nicht vollständig innerhalb dieser Frist vorgelegt werden.

(Ort, Datum, Unterschrift)⁴

⁴ nur erforderlich, wenn diese Eigenerklärung nicht Bestandteil eines unterschriebenen Angebotes ist

Bieter	Vergabenummer	Datum
	054-26-E16	
Baumaßnahme O128		
Leistung Betriebshof Käfertal Kabeltrassenbau		

Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen

Zur Ausführung der im Angebot enthaltenen Leistungen benenne ich Art und Umfang der durch Nachunternehmer auszuführenden Teilleistungen der Leistungsbeschreibung und auf Verlangen der Vergabestelle die Namen der Nachunternehmer:

- ☐ Die Namen der Nachunternehmer sind bereits bei Angebotsabgabe anzugeben.

[illegible]

**Merkblatt für die Abgabe der Verpflichtungserklärung
zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen
nach den Vorgaben
des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-
Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)**

Dieses Merkblatt soll die betroffenen Unternehmen bei der Abgabe der notwendigen Erklärung unterstützen.

Allgemeines

Das LTMG verpflichtet öffentliche Auftraggeber, öffentliche Aufträge über Bau- und Dienstleistungen ab einem geschätzten **Auftragswert von 20.000 Euro** (ohne Umsatzsteuer) nur an solche Unternehmen zu vergeben, die sich bei der Angebotsabgabe schriftlich verpflichten, ihren Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht, soweit nicht eine Tariftreueverpflichtung besteht und die danach maßgebliche tarifliche Regelung für die Beschäftigten günstiger ist.

Die **Schätzung des Auftragswertes** richtet sich nach der Vergabeverordnung (VgV). Danach ist vom voraussichtlichen Gesamtwert der vorgesehenen Leistung ohne Umsatzsteuer einschließlich etwaiger Prämien oder sonstiger Zahlungen an Bewerber oder Bieter auszugehen. Dabei sind etwaige Optionen oder Vertragsverlängerungen zu berücksichtigen. Der Wert eines beabsichtigten Auftrags darf nicht in der Absicht geschätzt oder aufgeteilt werden, ihn der Anwendung dieser Bestimmung zu entziehen.

Informationen zum LTMG

Beim **Regierungspräsidium Stuttgart** ist eine **Servicestelle** eingerichtet, die über das LTMG umfassend informiert und die Entgeltregelungen aus den einschlägigen und repräsentativen Tarifverträgen zur Verfügung stellt (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/default.aspx>). Auf die Internetseite der Servicestelle gelangen Sie auch über den QuickLink (Der schnelle Klick) „Tariftreue“ auf der Startseite des Regierungspräsidiums Stuttgart (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rps/Seiten/default.aspx>). Die Servicestelle gibt auch Muster für die Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen bekannt. Außerdem fungiert die Service-

stelle als Geschäftsstelle des Beirats für die Feststellung der repräsentativen Tarifverträge im Verkehrsbereich.

Zur Verpflichtungserklärung im Einzelnen:

Ich erkläre/Wir erklären,

- *dass meinen / unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts gewährt werden, die nach Art und Höhe mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entsprechen, an den mein/unser Unternehmen aufgrund des AEntG gebunden ist;*
- *dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, und die ein Tarifentgelt auf der Grundlage des AEntG erhalten oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht.*

In § 3 Abs. 1 LTMG wird festgelegt, dass öffentliche Aufträge über Bau- und Dienstleistungen, die vom AEntG erfasst werden, nur an solche Unternehmen vergeben werden dürfen, die sich vorher verpflichten, ihren Beschäftigten mindestens das auf der Grundlage des AEntG für allgemeinverbindlich erklärte Entgelt zu zahlen. Das AEntG gilt derzeit für folgende Wirtschaftsbereiche:

- Baugewerbe, Dachdeckerhandwerk, Maler- und Lackiererhandwerk, Elektrohandwerk, einschließlich der Erbringung von Montageleistungen auf Baustellen außerhalb des Betriebssitzes,
- Gebäudereinigung,
- Briefdienstleistungen,
- Sicherheitsdienstleistungen,
- Bergbauspezialarbeiten auf Steinkohlebergwerken,
- Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft,
- Abfallwirtschaft einschließlich Straßenreinigung und Winterdienst,
- Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen nach dem Zweiten oder Dritten Buch Sozialgesetzbuch,

- Pflegedienstleistungen
- Schlachten und Fleischverarbeitung.

Voraussetzung ist jedoch, dass das Unternehmen überwiegend in einer dieser Branchen tätig ist. Dies ist dann der Fall, wenn die Beschäftigten im jeweiligen Kalenderjahr - bezogen auf die Gesamtarbeitszeit - zeitlich überwiegend die jeweiligen branchentypischen Tätigkeiten erbracht haben. Hierbei sind Hilfs- und Nebenarbeiten hinzuzurechnen, wenn sie zu einer sachgerechten Ausführung der Tätigkeit notwendig sind und deshalb mit ihnen in Zusammenhang stehen.

Möglich ist auch, dass im Rahmen eines öffentlichen Auftrags nur ein Teil der Beschäftigten des Unternehmens dem AEntG unterfällt. In diesem Fall muss sich das Unternehmen hinsichtlich der restlichen Beschäftigten verpflichten, bei der Ausführung der Leistung mindestens das nach § 4 des LTMG zu zahlende Mindestentgelt (brutto) pro Stunde zu zahlen.

Die Tarifverträge, die nach dem AEntG auf ein Unternehmen Anwendung finden, lassen sich z. B. folgender Internetseite der Zollverwaltung entnehmen:

<http://www.zoll.de/DE/Fachthemen/Arbeit/Mindestarbeitsbedingungen/Mindestlohn-AEntG-Lohnuntergrenze-AUeG/Branchen-Mindestlohn-Lohnuntergrenze/branchen-mindestlohn-lohnuntergrenze.html>.

Ich erkläre/Wir erklären,

- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das insgesamt mindestens dem in Baden-Württemberg für diese Leistung in einem der einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifverträge vorgesehenen Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten, einschließlich der Aufwendungen für die Altersversorgung, entspricht;
- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) im Bereich des freigestellten Verkehrs gemäß § 1 der Freistellungs-Verordnung bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht, wenn die Leistung nicht vom Anwen-

dungsbereich der einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge für den straßengebundenen Personenverkehr umfasst wird;

- dass mein/unser Unternehmen während der Ausführung der Leistung eintretende tarifvertragliche Änderungen des Entgelts nachvollzieht.

Öffentlichen Personenverkehrsdienste sind gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 Dienstleistungsaufträge im straßengebundenen öffentlichen Personenverkehr mit Bussen und Straßenbahnen, sonstige Dienstleistungsaufträge im schienegebundenen Personenverkehr sowie Dienstleistungskonzessionen in diesen Bereichen. Dies umfasst sämtliche, insbesondere auch die nach § 13 des Personenbeförderungsgesetzes genehmigten Verkehrsdienstleistungen. Vom LTMG erfasst sind auch Auftragsvergaben über die nicht als öffentliche Personenverkehre geltenden Verkehrsaufträge im Sinne der Freistellungsverordnung; hierzu gehören insbesondere der freigestellte Schülerverkehr sowie der Transport von körperlich, geistig oder seelisch behinderten Personen zu oder von Einrichtungen, die deren Betreuung dienen.

Sind im öffentlichen Personenverkehr mehrere Tarifverträge einschlägig, müssen Auftragnehmer ihren Beschäftigten zur Erfüllung ihrer Tariftreuepflichten insgesamt mindestens das in einem der einschlägigen und als repräsentativ festgestellten Tarifverträge vorgesehene Entgelt zahlen.

Die Feststellung der repräsentativen Tarifverträge erfolgt durch das Wirtschaftsministerium im Einvernehmen mit dem Verkehrsministerium unter Berücksichtigung der Empfehlungen eines mit den im betroffenen Verkehrsbereich tätigen Sozialpartnern paritätisch besetzten Beirats.

Die einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge werden vom Auftraggeber in der Bekanntmachung und den Vergabeunterlagen des öffentlichen Auftrags benannt. Das Verzeichnis der repräsentativen Tarifverträge für öffentliche Aufträge über Verkehrsdienstleistungen nach § 1 Absatz 3 der Verordnung des Sozialministeriums zur Durchführung des § 3 Absatz 4 des LTMG wurde als Verwaltungsvorschrift im Gemeinsamen Amtsblatt des Landes Baden-Württemberg veröffentlicht. Zugleich stellt die beim Regierungspräsidium Stuttgart eingerichtete Servicestelle das Verzeichnis und die darin enthaltenen Tarifverträge im Internet zur Verfügung (https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/Repraesentative_Tarifvertraege.aspx). Auf die Internetseite der Servicestelle gelangen Sie auch über den QuickLink (Der

schnelle Klick) „Tariftreue“ auf der Startseite des Regierungspräsidiums Stuttgart (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rps/Seiten/default.aspx>).

Grundsätzlich gilt das LTMG auch für den freigestellten Verkehr. Ob im Einzelfall bei öffentlichen Aufträgen über Verkehrsdienstleistungen für den freigestellten Verkehr Tariftreue nach den einschlägigen und repräsentativen Tarifverträgen einzuhalten ist oder das Mindestentgelt des § 4 LTMG gilt, hängt von der jeweils ausgeschriebenen Leistung ab. Es gelten die einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge für den straßengebundenen Personenverkehr, sobald der freigestellte Verkehr vom Anwendungsbereich des jeweiligen Tarifvertrages umfasst wird.

Bei Ausschreibungen über die Beförderung von bis zu neun Personen einschließlich des Fahrzeugführers, wird der Verkehr mit Personenkraftwagen im Sinne des § 4 Abs. 4 Nr. 1 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) betrieben. Derzeit gibt es im Hinblick auf Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf der Straße keine einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge, die die Beförderungen der mit Personenkraftwagen i. S. d. § 4 Abs. 4 Nr. 1 PBefG durchgeführten freigestellten Verkehre erfassen. Insofern gilt für die betreffenden Verkehre zum jetzigen Zeitpunkt nur das Mindestentgelt gem. § 4 LTMG.

Bei Ausschreibungen über die Beförderung von mehr als neun Personen einschließlich Fahrer wird der Verkehr mit Kraftomnibussen im Sinne des § 4 Abs. 4 Nr. 2 PBefG betrieben. Die Fahrer benötigen eine besondere Qualifikation. Diese Verkehre fallen unter den Anwendungsbereich des einschlägigen und repräsentativen Tarifvertrags („Personenbeförderung durch Kraftomnibusse“).

Ich erkläre/Wir erklären,

- *dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht*
oder
- *dass mein/unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.*

Diese Erklärung ist abzugeben, wenn

- Unternehmen zwar an das AEntG gebunden sind, aber ihren Beschäftigten weniger als das aktuell gültige Mindestentgelt bezahlen,
- tarifgebundene Unternehmen im Bereich der Personenverkehrsdienste ihren Beschäftigten weniger als das aktuell gültige Mindestentgelt bezahlen,
- es sich um sonstige Unternehmen handelt, tarifgebunden oder nicht tarifgebunden.

Sofern keine Tariftreue gefordert werden kann, müssen sich Unternehmen nach § 4 LTMG verpflichten, ihren unter das Mindestlohngesetz (MiLoG) fallenden Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt zu zahlen, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht. Dies gilt jedoch nicht für die Leistungserbringung durch Auszubildende.

Die zweite Variante trägt dem EuGH-Urteil vom 18. September 2014, Az.: C-579/13 Rechnung, in dem dieser entschieden hat, dass die Bezahlung eines vergabespezifischen Mindestlohns nicht verlangt werden darf, wenn ein Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmern eines Nachunternehmers ausgeführt wird.

Ich erkläre/Wir erklären,

- dass ich mir/wir uns

- von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

oder

- von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse/lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

§ 6 Abs. 2 LTMG verpflichtet die Unternehmen dem öffentlichen Auftraggeber Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen der Nachunternehmen vorzulegen. Gleiches gilt, wenn das Unternehmen oder ein beauftragtes Nachunternehmen zur Ausführung des Auftrags Arbeitskräfte eines Verleihunternehmens einsetzt. Dies gilt grundsätzlich auch für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der vom be-

auftragten Unternehmen eingeschalteten Nachunternehmen. Auf die Verpflichtung zur Vorlage von Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen kann verzichtet werden, wenn das Auftragsvolumen eines Nachunternehmens oder Verleihunternehmens **weniger als 10.000 Euro (ohne Umsatzsteuer)** beträgt. Hierfür gilt die erste Variante.

Die zweite Variante trägt dem EuGH-Urteil vom 18. September 2014, Az.: C-579/13 Rechnung, in dem dieser entschieden hat, dass die Bezahlung eines vergabespezifischen Mindestlohns nicht verlangt werden darf, wenn ein Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmern eines Nachunternehmers ausgeführt wird.

Ich erkläre/Wir erklären,

- dass ich mich verpflichte/wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

Auch wenn auf die Verpflichtung zur Vorlage von Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen verzichtet werden kann, wenn das Auftragsvolumen eines Nachunternehmens oder Verleihunternehmens weniger als 10.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) beträgt, muss das beauftragte Unternehmen gleichwohl dafür sorgen, dass Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Pflicht zur Tariftreue- und Mindestentgeltzahlung einhalten.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,

In § 7 Abs. 1 LTMG sind die Nachweispflichten der Auftragnehmer sowie ihrer Nachunternehmen und Verleihunternehmen über die Einhaltung ihrer Verpflichtungen zur Tariftreue- bzw. Mindestentgeltzahlung festgelegt.

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,

Die öffentlichen Auftraggeber haben das Recht, Kontrollen durchzuführen. Sie haben die Möglichkeit, die Einhaltung der Vorgaben durch ihre Vertragspartner durch anlass- oder stichprobenbezogene Prüfungen aufgrund der von den Unternehmen vorzulegenden Unterlagen sicherzustellen. Vorbereitend darauf haben die Unternehmen entsprechende vollständige und prüffähige Unterlagen bereitzuhalten.

- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,

§ 8 LTMG regelt die Sanktionsmöglichkeiten gegenüber dem Auftragnehmer bei Verstößen.

Im Vertrag werden die Bezahlung einer Vertragsstrafe bei vorsätzlichen oder fahrlässigen Verstößen gegen die §§ 3 bis 7 LTMG und die Voraussetzungen für ihre Verwirkung vereinbart. Die Vertragsstrafe beträgt ein Prozent, bei Verkehrsdienstleistungen beträgt die Vertragsstrafe bis zu einem Prozent des Auftragswerts je Verstoß. Die Obergrenze bei mehreren Verstößen beträgt innerhalb eines Auftrags fünf Prozent.

- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung,
 - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens und die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
 - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,

Der öffentliche Auftraggeber kann Auftragnehmer, Nachunternehmen oder Verleihunternehmen bei ihm bekannt gewordenen schuldhaften Verstößen gegen ihre Verpflichtungen nach dem LTMG bis zu drei Jahre lang von weiteren Auftragsvergaben ausschließen. Die Entscheidung sowie die konkrete Dauer des Ausschlusses stehen

im pflichtgemäßen Ermessen des öffentlichen Auftraggebers und haben sich an den Umständen des Einzelfalls zu orientieren. Selbstreinigende Maßnahmen der Unternehmen (z. B. arbeitsrechtliche Maßnahmen) werden angemessen berücksichtigt.

- *dass der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.*

Der öffentliche Auftraggeber kann als weitere Sanktion fristlos kündigen, wenn dies vereinbart wurde. Der Auftragnehmer ist dann verpflichtet, dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen (§ 8 Abs. 2 LTMG).

- *dass der öffentliche Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung informiert.*

Der öffentliche Auftraggeber ist verpflichtet, die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung bei entsprechenden Verstößen zu informieren.

Sie erhalten weitere Informationen auf der Internetseite der Servicestelle unter <https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/default.aspx> oder über den Quick-Link (Der schnelle Klick) „Tariftreue“ auf der Startseite des Regierungspräsidiums Stuttgart (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rps/Seiten/default.aspx>).

Verpflichtungserklärung
für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz erfasst werden

zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

Ich erkläre/Wir erklären,

- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts gewährt werden, die nach Art und Höhe mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entsprechen, an den mein/unser Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gebunden ist;
- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden), die nicht dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung unterfallen oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht.
- dass ich mir/wir uns von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege;
- sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
 - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
 - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
 - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben,
 - der öffentliche Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung informiert.

 Ort, Datum

 Unterschrift, Firmenstempel

Sofern die Verpflichtungserklärung in Textform nach § 126b BGB mithilfe elektronischer Mittel übermittelt wird:

 Ort, Datum

 Name der erklärenden Person (in Druckbuchstaben)

 Unterschrift (Faksimile oder Scan)

Statt einer Unterschrift kann auch der Zusatz „diese Erklärung ist nicht unterschrieben“ ergänzt werden.

Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt

(sofern der öffentliche Auftrag nicht vom AEntG erfasst wird und es sich nicht um Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene handelt)

zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

Ich erkläre/Wir erklären,

- ☐ dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht
oder
- ☐ mein/unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.

Zutreffendes bitte ankreuzen.

- dass ich mir/wir uns
- ☐ von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);
oder
- ☐ von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse/lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

Zutreffendes bitte ankreuzen.

- dass ich mich verpflichte/wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind

und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,
- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
 - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens und die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
 - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
 - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.

Ort, Datum

Unterschrift, Firmenstempel

Sofern die Verpflichtungserklärung in Textform nach § 126b BGB mithilfe elektronischer Mittel übermittelt wird:

Ort, Datum

Name der erklärenden Person (in Druckbuchstaben)

Unterschrift (Faksimile oder Scan)

Statt einer Unterschrift kann auch der Zusatz „diese Erklärung ist nicht unterschrieben“ ergänzt werden.

**Besondere Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg
(Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)**

1. Mindestentgelte

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

(1) für Leistungen, deren Erbringung dem Geltungsbereich des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung unterfällt, seinen Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die durch einen für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag oder eine nach den §§ 7 oder 11 des AEntG erlassene Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden;

(2) für Leistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene seinen Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags ein Entgelt zu bezahlen, das insgesamt mindestens dem in Baden-Württemberg für diese Leistung in einem der einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifverträge vorgesehenen Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten, einschließlich der Aufwendungen für die Altersversorgung, entspricht, und während der Ausführung des öffentlichen Auftrags eintretende tarifvertragliche Änderungen des Entgelts nachzuvollziehen;

(3) für Leistungen,

- deren Erbringung nicht dem Geltungsbereich des AEntG in der jeweils geltenden Fassung unterfallen,
- die den freigestellten Verkehr betreffen und die nicht vom Anwendungsbereich der einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge für den straßengebundenen Personenverkehr umfasst werden,
- die nicht den öffentlichen Personenverkehr betreffen,

seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags wenigstens ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben

des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht, es sei denn, bei dem Unternehmen handelt es sich um eine anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen, einen Inklusionsbetrieb oder eine anerkannte Blindenwerkstatt (bevorzugtes Unternehmen gemäß §§ 224 und 226 Sozialgesetzbuch (SGB) Neuntes Buch (IX) – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen) oder der Auftrag wird ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmern eines Nachtunternehmens ausgeführt;

(4) sofern die Voraussetzungen von mehr als einer der in (1) bis (3) getroffenen Regelungen erfüllt sind, die für seine Beschäftigten jeweils günstigste Regelung anzuwenden.

2. Nachunternehmen

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

(1) seine Nachunternehmen und Verleihunternehmen sorgfältig auszuwählen,

(2) sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen,

(3) die von den Nachunternehmen und Verleihunternehmen abgegebene Verpflichtungserklärung oder Versicherung nach den §§ 3 und 4 LTMG dem Auftraggeber auf Verlangen vorzulegen,

(4) Nachunternehmen und Verleihunternehmen davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt.

3. Kontrolle

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

(1) dem Auftraggeber bei einer Kontrolle Entgeltabrechnungen, die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Abgaben sowie die zwischen Unternehmen und Nachunternehmen und Verleihunternehmen abgeschlossenen Verträge zum Zwecke der Prüfung der Einhaltung des LTMG vorzulegen,

(2) seine Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hinzuweisen,

(3) dem Auftraggeber ein Auskunfts- und Prüfrecht im Sinne des § 7 Absatz 1 LTMG bei der Beauftragung von Nachunternehmen und Verleihunternehmen einräumen zu lassen,

(4) vollständige und prüffähige Unterlagen zur Prüfung der Einhaltung der Vorgaben der §§ 3 und 4 LTMG in erforderlichem Umfang bereitzuhalten und auf Verlangen dem Auftraggeber vorzulegen und zu erläutern sowie die Einhaltung dieser Pflicht durch die beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vertraglich sicherzustellen.

4. Sanktionen

(1) Für jeden schuldhaften Verstoß des Auftragnehmers gegen die Verpflichtungen nach den §§ 3 bis 7 LTMG wird zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer eine Vertragsstrafe vereinbart, deren Höhe eins von Hundert, bei Verkehrsdienstleistungen bis zu einem von Hundert beträgt. Bei mehreren Verstößen gegen das LTMG sowie gegen weitere Verpflichtungen dieses Vertrages ist die Vertragsstrafe der Höhe nach insgesamt auf fünf von Hundert des Auftragswertes begrenzt. Dies gilt auch für den Fall, dass der Verstoß durch ein von dem Auftragnehmer eingesetztes Nachunternehmen oder Verleihunternehmen begangen wird, es sei denn, dass der Auftragnehmer den Verstoß bei Beauftragung des Nachunternehmens und des Verleihunternehmens nicht kannte und unter Beachtung der Sorgfaltspflicht eines ordentlichen Kaufmanns auch nicht kennen musste. Bei einer unverhältnismäßig hohen Vertragsstrafe kann der Auftragnehmer beim Auftraggeber die Herabsetzung der Vertragsstrafe beantragen.

(2) Die schuldhafte Nichterfüllung einer Verpflichtung nach den §§ 3 bis 7 LTMG durch den Auftragnehmer berechtigen den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen.

(3) Die Bestimmungen des § 11 VOB/B bzw. VOL/B bleiben hiervon unberührt.

(4) Bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß des Auftragnehmers sowie der von ihm beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen des LTMG

- kann der Auftraggeber diese für die Dauer von bis zu drei Jahren von ihren Auftragsvergaben ausschließen,
- informiert der Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung.

Entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentlichen Aufträge und Konzessionen nach dem 9. April 2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Dies umfasst sowohl unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftretende Personen oder Unternehmen als auch mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher.

Ein Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift besteht

- a) durch die **russische Staatsangehörigkeit** des Bewerbers/Bieters oder die **Niederlassung** des Bewerbers/Bieters in Russland,
- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das **Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 Prozent**,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder **auf Anweisung von Personen oder Unternehmen**, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

Bereits vor dem 9. April 2022 geschlossene Verträge mit solchen Personen oder Unternehmen mit Bezug zu Russland dürfen nur bis zum 10. Oktober 2022 fortgeführt werden.

Baumaßnahme

Leistung

Betriebshof Käfertal Kabeltrassenbau

Ich/Wir erkläre(n), dass für mein/unser Unternehmen **keiner** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Fälle zutrifft.

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir zur Ausführung des Auftrags für Teile der Leistung

☐ **nicht** die Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).

☐ folgende Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).

☐ Die Leistungen **keines** Eignungsverleihers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.

☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.

☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmer beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmer beauftragen werde(n) / beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Nachunternehmers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftragen werde(n) / beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Lieferanten überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

Datum/Unterschrift (bei elektronischer Übermittlung: Name der erklärenden Person)



Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, 11014 Berlin

- Nur per E-Mail -

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
Fachaufsicht führende Ebenen in den Ländern

Krausenstraße 17-18
10117 Berlin
Postanschrift
11014 Berlin
Tel +49 30 18 681-16882
Fax +49 30 18 681-516882
BW17@bmi.bund.de
www.bmwsb.bund.de

Sanktionen der EU gegen Russland

Verordnung (EU) 2022/576
BW17-70409/2#1
Berlin, 14. April 2022
Seite 1 von 3

I. EU-Sanktionen gegen Russland

Durch *Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren* hat die EU verschärfte Sanktionen gegen Russland erlassen.

Vorbehaltlich kommender Auslegung durch die Europäische Kommission werden nachfolgend erste Hinweise dazu gegeben.

II. Verbot der Auftragsvergabe

Nach Artikel 5k der Verordnung ist es verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen an Personen oder Unternehmen zu vergeben, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen und im Vergabeverfahren unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftreten.

Ein Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift besteht

- a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,

- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 Prozent,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

Das Verbot erstreckt sich auch auf mittelbar am Auftrag beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten und Eignungsverleiher eines Bewerbers oder Bieters, soweit ihr Anteil, gemessen am Auftragswert, zehn Prozent übersteigt.

Ebenfalls vom Verbot umfasst sind Verträge, die vom Anwendungsbereich des GWB ausgenommen sind (insbesondere § 107 Absatz 1 Nummer 1 und 4, Absatz 2 Nummer 1, § 116 und § 145 Nummer 1 bis 6).

Von den Bewerbern oder Bietern in neuen und laufenden Vergabeverfahren ist die als Anlage beigefügte Eigenerklärung abzufordern. Angebote von Unternehmen, die eine solche Erklärung trotz entsprechender Anforderung nicht abgeben, sind von der Wertung auszuschließen (§ 16 EU Nummer 4, § 16 VS Nummer 4 VOB/A).

III. Fortführung bestehender Verträge

Bestehende Verträge mit den unter II. a)-c) Genannten, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden, dürfen nach dem 10. Oktober 2022 nicht fortgeführt werden.

Das gilt auch für Verträge mit Auftragnehmern, an denen die unter II. a)-c) Genannten mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher beteiligt sind. Die Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher sind vorzugsweise auszutauschen. Ist der Hauptauftragnehmer nicht zum Austausch bereit, ist der Vertrag unter Berufung auf das EU-rechtlich unmittelbar geltende Erfüllungsverbot zum 10. Oktober 2022 zu kündigen.

Auch für bestehende Verträge ist die als Anlage beigefügte Eigenerklärung abzufordern.

IV. Ausnahmen

Von dem Verbot der Auftragsvergabe und der Fortführung der Verträge enthält Art 5k Absatz 2 Ausnahmen. Für den Bundeshochbau können insbesondere Buchstabe a (Baumaßnahmen im Zusammenhang mit Atomanlagen/Endlagern) und Buchstabe d (Auslandsbau) einschlägig sein.

Eine Ausnahme bedarf der über mich einzuholenden Genehmigung der durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz noch zu benennenden zuständigen Behörde.

V. Zuwendungsbau

Die EU-Verordnung gilt für öffentliche Aufträge (§ 103 GWB) und Konzessionen (§ 106 GWB). Sie findet damit im Zuwendungsbau Anwendung, falls der Zuwendungsempfänger öffentlicher Auftraggeber nach § 99 GWB, Sektorenauftraggeber nach § 100 GWB oder Konzessionsgeber nach § 101 GWB ist. Liegen diese Voraussetzungen nicht vor, kommt es auf den Inhalt des Zuwendungsbescheids an.

VI. Inkrafttreten

Der Erlass gilt mit sofortiger Wirkung und setzt die Verordnung (EU) 2022/576 um. Eine Erstreckung auf den Unterschwellenbereich wird noch geprüft.

Im Auftrag

gez.

Janssen

Anlagen
Verordnung (EU) 2022/576 vom 8. April 2022
Formblatt für Eigenerklärungen

LEISTUNGSVERZEICHNIS

Ausschreibung

11.05.2026

Verfahren: 054-26-E16 - Betriebshof Käfertal Kabeltrassenbau

SKONTO

Skonto zugelassen	Nein
Zahlungsziel (falls zugelassen)	Tag(e)
Skonto	_____ %

AUFLISTUNG ALLER POSITIONEN

ALLE PREISE SIND OHNE UMSATZSTEUER ANZUGEBEN

1	Kapazitätserweiterung Käfertal KTR Bauphase 0	EUR
1.1	Baustelleneinrichtung und Baustellensicherung	EUR

1.1.10	Baustelle einrichten und räumen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	psch pro 1,00 psch

Einrichten und Räumen der Baustelle für sämtliche in der Leistungsbeschreibung aufgeführten Leistungen incl. Material u. Baustoffe für alle Grundleistungen. Freimachen und Wiederherstellen der erforderlichen Geländeflächen, Auf- und Abbau sowie Vorhalten von Lager- und Arbeitsplätze sowie Sanitäreinrichtungen sowie Müllsammlung in Containern mit regelmäßiger Müllentsorgung (siehe Vorbemerkungen).
Vom AN ist ein Baustelleneinrichtungsplan vorzulegen.

1.1.20	Baustellenlogistik	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	psch pro 1,00 psch

Durchführung der Baustellenlogistik für alle mit dem Los verbundenen logistischen Leistungen. Das beinhaltet auch die Durchführung sämtlicher materiellen Ver- und Entsorgungen, sämtlicher Transporte, einschl. der schienengebundenen Transporte und deren

Transportmittel inklusive der Vorhaltung.

1.1.30	Sicherung der Baustelle	USt. [%] 19%	Menge 1,00	Einheit psch	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 psch	Gesamtpreis [EUR]
Herstellen, Unterhalten und wieder Instandsetzen bzw. Abbauen von witterungsunabhängigen Zu- und Abfahrten, Rampen, Lagerplätzen, Blenden, Schutzzäunen, Abschränkungen, Schutzvorkehrungen, Absperrungen, Verkehrsregelungen, Sicherheitsbeleuchtungen, prov. Geländer, Schutz gegen Beschädigungen von Nachbargrundstücken, Leitungen der Versorgungsunternehmen und dergleichen sowie die dauernde Sicherung der Baustelle und des Bauwerks gegen unbefugten Zutritt.						
1.1.40	Baustellensicherung Sipos	USt. [%] 19%	Menge 160,00	Einheit Std	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 Std	Gesamtpreis [EUR]
Bereitstellung der Sipo-Leistungen für das gesamte Bauvorhaben. Alle notwendigen Sipo-Leistungen für die Ausführung der Arbeiten im Gleisbereich sind vom AN bereitzustellen. einschl. Erledigung aller hierzu notwendigen Vorleistungen. Einschließlich Vorhalten sowie täglichen Auf- und Abbau der Langsamfahrstellenbeschil derung.						
1.1.50	Baustellensicherung Sakra	USt. [%] 19%	Menge 160,00	Einheit Std	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 Std	Gesamtpreis [EUR]
Bereitstellung der Sakra-Leistungen für das gesamte Bauvorhaben. Alle notwendigen Sakra-Leistungen für die Ausführung der Arbeiten im Gleisbereich sind vom AN bereitzustellen. einschl. Erledigung aller hierzu notwendigen Vorleistungen wie Sicherungsplan Teil 1 und Teil 3. Einschließlich Vorhalten sowie täglichen Auf- und Abbau der						

1.1.60	Verkehrsrechtliche Genehmigungen	USt. [%] 19%	Menge 1,00	Einheit psch	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 psch	Gesamtpreis [EUR]
Einholen aller für die Baumaßnahme notwendigen verkehrsrechtlichen Genehmigungen und Vorhalten aller in den Genehmigungen geforderterter Auflagen und der dazu benötigten Materialien und Personalien.						
1.1.70	Verkehrssicherung	USt. [%] 19%	Menge 1,00	Einheit psch	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 psch	Gesamtpreis [EUR]
Verkehrszeichenpläne für die Bauzeit der Straßenquerungen an den Bahnübergängen Rebenstraße und Ladenburger Straße sowie der Betriebshofzufahrt erstellen. Aufstellen, Vorhalten und Abbau der erforderlichen Schilder laut einzuholender verkehrsrechtlicher Genehmigung.						
1.1.80	Durchführen des Beweissicherungsverfahrens	USt. [%] 19%	Menge 1,00	Einheit psch	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 psch	Gesamtpreis [EUR]
Durchführen des Beweissicherungsverfahrens gemäß "Vorbemerkungen zum LV" Punkt "Beweissicherung" vor Beginn der Baumaßnahmen für alle Leistungen.						

1.1.90	Bestandsdokumentation	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	psch pro 1,00 psch
	Bestandsunterlagen unter Verwendung der Ausführungszeichnungen (Braunstrich) für den AG herstellen und als Anlage zur Schlussrechnung liefern, einschl. Schlussvermessung. Alle Abweichungen zur AP sind zu kennzeichnen.					
<hr/>						
1.2	Baufeldfreimachung	EUR				
1.2.10	Grünschnitt	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	135,00	m2 pro 1,00 m2
	Hecken-, Busch-, und Baumbestand, der über das üblich notwendige Maß an Baufeldfreimachung bei der Trog und Rohrverlegung hinausgeht, mit Stämmen bis 15 cm Durchmesser einschl. Wurzelwerk entfernen, das abgeräumte Material geht in den Besitz des AN über und ist entsprechend zu entsorgen.					
<hr/>						
1.2.20	Vorhandenen Beton- oder Kunststofftrog freischneiden	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	90,00	m pro 1,00 m
	Vorhandenen Beton- oder Kunststofftrog vom Gras- und Strauchbewuchs freischneiden. Das Räumgut ist zu beseitigen und zu entsorgen. Räumbreite ca. 1m.					

1.2.30	Vorhanden Beton- oder Kunststoffrog freilegen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	90,00	m pro 1,00 m

Freiräumen des vorhandenen Kabelkanals von Überschüttungen aus Erde, Schotter, Kies etc. Das Räumgut ist zu beseitigen und zu entsorgen. Räumbreite ca. 1m.

1.2.40	Beton- und Fundamentabbruch	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	18,00	m3 pro 1,00 m3

Beton- oder Fundamentabbruch mit fachgerechter Entsorgung.

1.3	Kabelkanäle	EUR				
------------	--------------------	------------------	--	--	--	--

1.3.10	Betontrog Gr. I i.F.	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	60,00	m pro 1,00 m

Betontrog Gr. I i.F. mit Deckel liefern und verlegen. Einschließlich Deckel mit Öffnungsösen an allen OL-Masten sowie vor Schacht- und Rohreinleitungen. Einschließlich Baufeldfreimachung und aller notwendigen Erdarbeiten laut Vorbemerkung. Einschließlich Lieferung und Einbau des Bettungsmaterials aus einer Sand/Kies-Mischung. Einschließlich Lieferung und Einbau von Boden für Grabenverfüllung oder Böschungsanpassung. Herstellen aller notwendigen Gehrungsschnitte bei Umfahrung von Anlagen bzw. Hindernissen. Einschließlich liefern und legen von Flexrohren zur Unterquerung von Erdungen etc. Restlicher Aushub geht in den Besitz des AN über und ist entsprechend zu entsorgen, Kippgebühren werden nicht gesondert vergütet.

1.3.20	Betontrog Gr. II i.F.	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	150,00	m pro 1,00 m
	Betontrog Gr. II i.F. mit Deckel liefern und verlegen. Einschließlich Deckel mit Öffnungsösen an allen OL-Masten sowie vor Schacht- und Rohreinleitungen. Einschließlich Baufeldfreimachung und aller notwendigen Erdarbeiten laut Vorbemerkung. Einschließlich Lieferung und Einbau des Bettungsmaterials aus einer Sand/Kies-Mischung. Einschließlich Lieferung und Einbau von Boden für Grabenverfüllung oder Böschungsanpassung. Herstellen aller notwendigen Gehrungsschnitte bei Umfahrung von Anlagen bzw. Hindernissen. Einschließlich liefern und legen von Flexrohren zur Unterquerung von Erdungen etc. Restlicher Aushub geht in den Besitz des AN über und ist entsprechend zu entsorgen, Kippgebühren werden nicht gesondert vergütet.					
1.3.30	Kunststoffkabelkanal absenken	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stk pro 1,00 Stk
	Vorhandenen Kunststoffkabelkanal mit Inbetrieb befindlichen Kabeln im Bereich neu zu errichtender Weichenantriebe auf einer Länge von je ca. 5 m ca. 30 cm absenken. Einschließlich Baufeldfreimachung und aller notwendigen Erdarbeiten laut Vorbemerkung. Einschließlich Lieferung und Einbau des Bettungsmaterials aus einer Sand/Kies-Mischung. Einschließlich Lieferung und Einbau von Boden für Grabenverfüllung. Herstellen aller notwendigen Gehrungsschnitte bei Umfahrung von Anlagen bzw. Hindernissen. Einschließlich Geotextilabdeckung. Restlicher Aushub geht in den Besitz des AN über und ist entsprechend zu entsorgen, Kippgebühren werden nicht gesondert vergütet.					
1.3.40	Anschluss Kabelkanal an einen vorhandenen Schacht	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	3,00	Stck pro 1,00 Stck

Neuen Kabelkanal an einen vorhandenen Schacht anschließen. Betroffene Schachtseite freilegen, Schacht öffnen, Aussparung am Schacht herstellen. Fugenstelle wasserdicht versiegeln und Schacht schließen. Überschüssiges Material ist Eigentum vom AN und muss von ihm beseitigt und fachgerecht entsorgt werden.

1.3.50	Anschluss Kabelkanal an einen vorhanden Kunststoffkanal	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	2,00	Stck pro 1,00 Stck
Neuen Kabelkanal an einen vorhandenen Kunststoffkanal anschließen. Betroffene Kanalseite freilegen, Kunststoffkanal öffnen, Aussparung am Kunststoffkanal herstellen. Fugenstelle wasserdicht versiegeln und Kunststoffkanal schließen. Überschüssiges Material ist Eigentum vom AN und muss von ihm beseitigt und fachgerecht entsorgt werden.						

1.3.60	Anschluss Kabelkanal an einen vorhanden Betonkabelkanal	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	5,00	Stck pro 1,00 Stck
Neuen Kabelkanal an einen vorhandenen Betonkabelkanal anschließen. Betroffene Kanalseite freilegen, Betonkabelkanal öffnen, Aussparung am Betonkabelkanal herstellen. Fugenstelle wasserdicht versiegeln und Betonkabelkanal schließen. Überschüssiges Material ist Eigentum vom AN und muss von ihm beseitigt und fachgerecht entsorgt werden.						

1.4	Verrohrungen	EUR
-----	--------------	-----------

1.4.10	Verrohrung 1 FR 75 oder 1 R DN 110 unbefestigte Oberfläche oder Schotter kurze Abschnitte	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	134,00	m pro 1,00 m

Verrohrung 1 FR DN 75 oder 1 R DN 110 in unbefestigte Oberfläche oder Schotter herstellen, Kabelgraben für 1 Flexrohr DN 75 oder 1 starres Rohr PE-HD DN 110 mit Wanddicke 5,3 mm (in kurzen Stücken von 2 bis 10 m) herstellen, Breite = 0,40 m Tiefe = 1,00 m (Rohrüberdeckung > 0,80 m), Aushub seitlich lagern, Rohre liefern und verlegen, Sand liefern, Rohre einsanden, Graben verfüllen. in Lagen von 20 cm verdichten, ggf. Schotter wieder auffüllen. Einschließlich Baufeldfreimachung und aller notwendigen Erdarbeiten laut Vorbemerkung. Einschließlich ggf. anfallender Lieferung und Einbau von Boden für Grabenverfüllung oder Böschungsanpassung. Liefern und Einbau aller notwendigen Muffen und Rohrbögen bei Umfahrung von Anlagen bzw. Hindernissen. Restlicher Aushub geht in den Besitz des AN über und ist entsprechend zu entsorgen, Kippgebühren werden nicht gesondert vergütet. Zugdraht einziehen und Leerrohrenden mit Kappen verschließen.

1.4.20	Verrohrung 2 FR 75 oder 2 R DN 110 unbefestigte Oberfläche	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	50,00	m pro 1,00 m

Verrohrung 2 FR DN 75 oder 2 R DN 110 unbefestigte Oberfläche oder Schotter, wie Pos. 1.4.10, jedoch mit 2 Flexrohren DN 75 oder 2 starren Rohren PE-HD DN 110 mit Wanddicke 5,3 mm und entsprechend den Erfordernissen in Breite und Tiefe angepassten Kabelgräben, einschließlich Abstandshaltern liefern und einbauen.

1.4.30	Verrohrung 2 FR 75 oder 2 R DN 110 im Straßen- und Gehwegbereich	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	16,00	m pro 1,00 m

Verrohrung 2 FR DN 75 oder 2 R DN 110 im Straßen- und

Gehwegbereich, wie Pos. 1.4.20, jedoch im Straßen- und Gehwegbereich. Einschließlich Asphaltbelag aufbrechen, aufnehmen, entsorgen und neuen Asphalt wie im Ursprungszustand aufgebaut (Deck- und Tragschicht, Tokband etc.) wiedereinbauen.

1.4.40	Verrohrung 4 R DN 110 unbefestigte Oberfläche oder Schotter	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	4,00	m pro 1,00 m
Verrohrung 4 R 110 unbefestigte Oberfläche oder Schotter, wie Pos. 1.4.20, jedoch mit 4 starren Röhren PE-HD DN 110 mit Wanddicke 5,3 mm und entsprechend den Erfordernissen in Breite und Tiefe angepassten Kabelgräben, einschließlich Abstandshaltern liefern und einbauen.						
<hr/>						
1.4.50	Verrohrung 4 R DN 110 im Pflasterbereich	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	5,00	m pro 1,00 m
Verrohrung 4 R DN 110 Pflasterbereich, wie Pos. 1.4.40 unbefestigte Oberfläche jedoch im Pflastersteinbereich. Einschließlich Pflastersteinbelag aufnehmen und wiedereinbauen.						
<hr/>						
1.4.60	Verrohrung 6 R DN 110 unbefestigte Oberfläche oder Schotter	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	10,00	m pro 1,00 m
Verrohrung 6 R 110 unbefestigte Oberfläche oder Schotter, wie Pos. 1.4.20, jedoch mit 6 starren Röhren PE-HD DN 110 mit Wanddicke 5,3 mm und entsprechend den Erfordernissen in Breite und Tiefe angepassten Kabelgräben, einschließlich Abstandshaltern liefern und						

einbauen.

1.4.70	Verrohrung 6 R DN 110 im im Straßen- und Gehwegbereich	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	14,00	m pro 1,00 m
	Verrohrung 6 R DN 110 m Straßen- und Gehwegbereich, wie Pos. 1.4.60, jedoch im Straßen- und Gehwegbereich. Einschließlich Asphaltbelag aufbrechen, aufnehmen, entsorgen und neuen Asphalt wie im Ursprungszustand aufgebaut (Deck- und Tragschicht, Tokband etc.) wiedereinbauen.					

1.4.80	Verrohrung 8 R DN 110 unbefestigte Oberfläche oder Schotter	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	10,00	m pro 1,00 m
	Verrohrung 8 R 110 unbefestigte Oberfläche oder Schotter, wie Pos. 1.4.20, jedoch mit 8 starren Röhren PE-HD DN 110 mit Wanddicke 5,3 mm und entsprechend den Erfordernissen in Breite und Tiefe angepassten Kabelgräben, einschließlich Abstandshaltern liefern und einbauen.					

1.4.90	Verrohrung 8 R DN 110 im Pflasterbereich	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	5,00	m pro 1,00 m
	Verrohrung 8 R DN 110 Pflasterbereich, wie Pos. 1.4.80 unbefestigte Oberfläche jedoch im Pflastersteinbereich. Einschließlich Pflastersteinbelag aufnehmen und wiedereinbauen.					

1.4.100	Verrohrung 8 R DN 110 im im Straßen- und Gehwegbereich	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	45,00	m pro 1,00 m
	Verrohrung 8 R DN 110 m Straßen- und Gehwegbereich, wie Pos. 1.4.80, jedoch im Straßen- und Gehwegbereich. Einschließlich Asphaltbelag aufbrechen, aufnehmen, entsorgen und neuen Asphalt wie im Ursprungszustand aufgebaut (Deck- und Tragschicht, Tokband etc.) wiedereinbauen.					
1.4.110	Verrohrung kalibrieren 2 bis 4 Rohre	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	10,00	m pro 1,00 m
	Verrohrung mit 2 bis 4 Rohren kalibrieren und Zugband einlegen.					
1.4.120	Verrohrung spülen 2 bis 4 Rohre	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	10,00	m pro 1,00 m
	Verrohrung spülen 2 bis 4 Rohre. Einschließlich Gestellung eines Spülwagens zum Freispülen bestehender Rohrtrassen und Schächte, freipumpen und Schächte reinigen. Verrohrung nach Spülvorgang kalibrieren und Zugband einlegen.					

1.4.130	Aufführen von 4-6 Flexrohren DN 75 oder 110 an KS	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	3,00	Stck pro 1,00 Stck

Aufführen von 4-6 Flexrohren DN 75 oder 110 von Schacht an Kabelschrank herstellen. Einschließlich Aussparung und Abdichtung am Schacht sowie beigestelltes Schrankunterteil aus PVC setzen und 1 m² geschotterte Standfläche (Lieferung Material + Einbau) herstellen.

1.4.140	Aufführen von 2 Flexrohren DN 40 von Schacht an einen Oberleitungsmast	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stck pro 1,00 Stck

Aufführen von 2 Flexrohren DN 40 von Schacht an einen Oberleitungsmast, einschließlich Aussparung und Abdichtung am Schacht herstellen.

1.4.150	2 Flexrohre DN 75 oder 110 an KS ergänzen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stck pro 1,00 Stck

Aufführen von 2 zusätzlichen Flexrohren DN 75 oder 110 von Schacht an vorhandenen Kabelschrank herstellen. Einschließlich Aussparung und Abdichtung am Schacht sowie Ein- und Wiedereinbau der Granulatverfüllung im Schrankunterteil.

1.4.160	Leerrohr an Kunststoffkanal anschließen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	4,00	Stck pro 1,00 Stck

Leerrohr DN 75 oder 110 an Kunststoffkanal anschließen und abdichten.

1.4.170	Leerrohr an Betontrog anschließen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	43,00	Stck pro 1,00 Stck

Leerrohr DN 75 oder 110 an Betontrog anschließen. Einschließlich Aussparung und Abdichtung am Betontrog.

1.4.180	Leerrohre an vorhandenen Schacht anschließen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	24,00	Stck pro 1,00 Stck

Leerrohr DN 75 oder 110 an vorhandenen Schacht anschließen. Einschließlich Aussparung und Abdichtung am Schacht.

1.5	Gleisdurchbrüche	EUR				
------------	-------------------------	------------------	--	--	--	--

1.5.10	Gleisdurchbruch 1 Gleis 1 FR 75 / R DN 110	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stck pro 1,00 Stck

Unterkreuzung von 1 Gleis mit 1 Flexrohr DN 75 oder 1 Kabelschutzrohr DN 110 (Wanddicke = 5,3 mm) mit Ziehdraht in offener Bauweise unter betrieb (Taktdichte siehe Vorbemerkung) verlegen, im

Gleisbereich, Überdeckung Schwellenoberkante - Rohrscheitel über 1,0 m, Schwellenfach/-fächer bis auf die notwendige Tiefe mit Schotter und Erde ausgraben, eine Verunreinigung des Schotters durch Auslegen von Schottertüchern verhindern, Einbettung (Sand) liefern und herstellen, Rohr liefern und verlegen sowie einsanden, Schwellenfach wieder verfüllen und in Lagen von 20 cm verdichten, Länge der Einzelquerung bis 8, einschl. Rohrmuffen. Einschl. ggf. mehrmaliges Stopfen des Schotters per Hand zur Einhaltung der Richtwerte (siehe Vorbemerkung), Einschl. ggf. notwendigen Verbau mit Statik und Prüfstatik, Einschließlich Baufeldfreimachung und aller notwendigen Erdarbeiten laut Vorbemerkung. Einschließlich ggf. anfallender Lieferung und Einbau von Boden für Grabenverfüllung. Liefern und Einbau aller notwendigen Muffen und Rohrbögen bei Umfahrung von Anlagen bzw. Hindernissen. Restlicher Aushub geht in den Besitz des AN über und ist entsprechend zu entsorgen, Kippgebühren werden nicht gesondert vergütet. Zugdraht einziehen und Leerrohrenden mit Kappen verschließen. Alternativ kann auch ohne Mehrkostenanspruch eine geschlossene Bauweise (Durchpressung) durch den AN in Absprache mit dem AG gewält werden.

1.5.20	Gleisdurchbruch 2 Gleise 1 FR 75 / R DN 110	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stck pro 1,00 Stck

Unterkreuzung von 2 Gleisen mit 1 Flexrohr DN 75 oder 1 Kabelschutzrohr DN 110 (Wanddicke = 5,3 mm) mit Ziehdraht in offener Bauweise unter Betrieb (Taktdichte siehe Vorbemerkung) verlegen im Gleisbereich, Überdeckung Schwellenoberkante - Rohrscheitel über 1,0 m, Schwellenfach/-fächer bis auf die notwendige Tiefe mit Schotter und Erde ausgraben, eine Verunreinigung des Schotters durch Auslegen von Schottertüchern verhindern, Einbettung (Sand) liefern und herstellen, Rohr liefern und verlegen sowie einsanden, Schwellenfach wieder verfüllen und in Lagen von 20 cm verdichten, Länge der Einzelquerung bis 15, einschl. Rohrmuffen. Einschl. ggf. mehrmaliges Stopfen des Schotters per Hand zur Einhaltung der Richtwerte (siehe Vorbemerkung), Einschl. ggf. notwendigen Verbau mit Statik und Prüfstatik, Einschließlich Baufeldfreimachung und aller notwendigen Erdarbeiten laut Vorbemerkung. Einschließlich ggf. anfallender Lieferung und Einbau von Boden für Grabenverfüllung. Liefern und Einbau aller notwendigen Muffen und Rohrbögen bei Umfahrung von Anlagen bzw. Hindernissen. Restlicher Aushub geht in den Besitz des AN über und ist entsprechend zu entsorgen, Kippgebühren werden nicht gesondert vergütet. Zugdraht einziehen und Leerrohrenden mit Kappen

verschließen. Alternativ kann auch ohne Mehrkostenanspruch eine geschlossene Bauweise (Durchpressung) durch den AN in Absprache mit dem AG gewählt werden.

1.5.30	Gleisdurchbruch 2 Gleise 2 R DN 110	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stck pro 1,00 Stck
	Gleisdurchbruch 2 Gleise mit 2 R DN 110, wie Pos. 1.5.20 jedoch mit 2 R DN 110.					

1.5.40	Gleisdurchbruch 1 Gleis 8 R DN 110 im Asphaltbereich	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stck pro 1,00 Stck
	Gleisdurchbruch 1 Gleis mit 8 R DN 110, wie Pos.1.5.10 jedoch mit 8 R DN 110 im Asphaltbereich. Einschließlich Asphaltbelag aufbrechen,aufnehmen, entsorgen und neuen Asphalt wie im Ursprungszustand aufgebaut (Deck- und Tragschicht, Tokband etc.) wiedereinbauen. Einschließlich Schienenlängsverguss.					

1.6	Schächte	EUR				
1.6.10	Kabelschacht Gr. T1 (Kabelabzweigkasten) unbefestigte Fläche oder Schotter	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	2,00	Stck pro 1,00 Stck
	Kabelaufbauschacht aus Stahlbetonfertigteilen mit EBA-Zulassung, mit Bodenplatte, mit Steigeisen Belastung max. 8 kN/m² für Einbau außerhalb von Verkehrsflächen, Abdeckung Klasse A DIN 1229 und					

DIN EN 124, Größe I (Kabelabzweigkasten), lichte Maße L/B 650/400 mm, lichte Höhe 720 mm, bestehend aus Deckelrahmen mit Deckel, 2 Zwischenrahmen, Kastenrahmen und Bodenplatte. Deckelrahmen für Einbau in unbefestigter Oberfläche (mit Beton- oder Gußeisenrahmen, kein Flacheisenrahmen) mit einem Deckel, mit Lüftungsrost sowie Schmutzfänger. Liefern und im Bereich unbefestigte Oberfläche oder Schotter einbauen. Einschließlich des Herstellens aller neuen Rohreinleitungen mit entsprechenden Aussparungen und Abdichtungen. Einschließlich Baufeldfreimachung und aller notwendigen Erdarbeiten laut Vorbemerkung. Einschließlich ggf. anfallender Lieferung und Einbau von Boden für Grabenverfüllung. Restlicher Aushub geht in den Besitz des AN über und ist entsprechend zu entsorgen, Kippgebühren werden nicht gesondert vergütet. Leerrohren mit Kappen verschließen.

1.6.20	Kabelschacht Gr. T4 unbefestigte Fläche oder Schotter	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	3,00	Stck pro 1,00 Stck

Kabelaufbauschacht aus Stahlbetonfertigteilen mit Bodenplatte, mit Steigeisen (Belastung max. 8 kN/m²) für Einbau außerhalb von Verkehrsflächen, Abdeckung Klasse A DIN 1229 und DIN EN 124, Größe T4, lichte Maße L/B 900/800 mm, lichte Höhe 1050 mm, bestehend aus Deckelrahmen mit Deckel, 2 Zwischenrahmen 400 mm und Bodenplatte. Deckelrahmen für Einbau in unbefestigter Oberfläche (mit Beton- oder Gußeisenrahmen, kein Flacheisenrahmen) mit einem Deckel und Lüftungsrost sowie Schmutzfänger. Liefern und im Bereich unbefestigte Oberfläche oder Schotter einbauen. Einschließlich Liefern und Einbauen von Steigbügel. Einschließlich des Herstellens aller neuen Rohr- und Trogeinleitungen mit entsprechenden Aussparungen und Abdichtungen. Einschließlich Baufeldfreimachung und aller notwendigen Erdarbeiten laut Vorbemerkung. Einschließlich ggf. anfallender Lieferung und Einbau von Boden für Grabenverfüllung. Restlicher Aushub geht in den Besitz des AN über und ist entsprechend zu entsorgen, Kippgebühren werden nicht gesondert vergütet. Leerrohren mit Kappen verschließen.

1.6.30	Kabelschacht Gr. T4 Asphaltbereich	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stck pro 1,00 Stck

Kabelaufbauschacht aus Stahlbetonfertigteilen mit Bodenplatte, mit Steigeisen (Belastung max. 8 kN/m²) Abdeckung Klasse C DIN 1229 und DIN EN 124, Größe T4, lichte Maße L/B 900/800 mm, lichte Höhe 1050 mm, bestehend aus Deckelrahmen mit Deckel, 2 Zwischenrahmen 400 mm und Bodenplatte für Einbau im Asphaltbereich. Deckelrahmen mit einem Deckel und Lüftungsrost sowie Schmutzfänger. Liefern und im Asphaltbereich einbauen. Einschließlich Liefern und Einbauen von Steigbügeln. Einschließlich des Herstellens aller neuen Rohr- und Trogeinführungen mit entsprechenden Aussparungen und Abdichtungen. Einschließlich Baufeldfreimachung und aller notwendigen Erdarbeiten laut Vorbemerkung. Einschließlich ggf. anfallender Lieferung und Einbau von Boden für Grabenverfüllung. Restlicher Aushub geht in den Besitz des AN über und ist entsprechend zu entsorgen, Kippgebühren werden nicht gesondert vergütet. Leerrohren mit Kappen verschließen. Einschließlich Asphaltbelag aufnehmen und entsorgen sowie neuen Asphalt liefern und an Schacht angepasst wiedereinbauen.

1.6.40	Kabelschacht Gr. T4 Zwischenrahmen 400	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	3,00	Stck pro 1,00 Stck

Zwischenrahmen für Kabelaufbauschacht aus Stahlbetonfertigteilen, mit EBA Zulassung Gr.T2, lichte Maße L/B 900/800 mm, Rahmenhöhe 400 mm liefern und einbauen.

1.6.50	Kabelschacht Gr. T5 unbefestigte Fläche oder Schotter	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stck pro 1,00 Stck

Kabelaufbauschacht aus Stahlbetonfertigteilen mit EBA-Zulassung, mit Bodenplatte, mit Steigeisen Belastung max. 8 kN/m² für Einbau außerhalb von Verkehrsflächen, Abdeckung Klasse A/B DIN 1229 und

DIN EN 124, Größe T5, lichte Maße L/B 1450/800 mm, lichte Höhe 1050 mm, bestehend aus Deckelrahmen mit 2 Deckeln, 2 Zwischenrahmen 400 mm und Bodenplatte. Deckelrahmen mit zwei Deckeln (mittige Anordnung der Öffnungsösen) für den Einbau in unbefestigter Oberfläche (mit Beton- oder Gußeisenrahmen, kein Flacheisenrahmen) und Lüftungsrost sowie Schmutzfänger. Liefern und im Bereich unbefestigte Oberfläche oder Schotter einbauen. Einschließlich Liefern und Einbauen von Steigeisen Einschließlich des Herstellens aller neuen Rohr- und Trogeinführungen mit entsprechenden Aussparungen und Abdichtungen. Einschließlich Baufeldfreimachung und aller notwendigen Erdarbeiten laut Vorbemerkung. Einschließlich ggf. anfallender Lieferung und Einbau von Boden für Grabenverfüllung. Restlicher Aushub geht in den Besitz des AN über und ist entsprechend zu entsorgen, Kippgebühren werden nicht gesondert vergütet. Leerrohrenenden mit Kappen verschließen.

1.6.60	Kabelschacht Gr. T5 Asphaltbereich	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stck pro 1,00 Stck
	Kabelaufbauschacht aus Stahlbetonfertigteilen mit EBA-Zulassung, mit Bodenplatte, mit Steigeisen Belastung max. 8 kN/m² für Einbau innerhalb von Verkehrsflächen, Abdeckung Klasse C DIN 1229 und DIN EN 124, Größe T5, lichte Maße L/B 1450/800 mm, lichte Höhe 1050 mm, bestehend aus Deckelrahmen mit 2 Deckeln, 2 Zwischenrahmen 400 mm und Bodenplatte für den Einbau im Asphaltbereich. Deckelrahmen mit zwei Deckeln (mittige Anordnung der Öffnungsösen) und im Asphaltbereich einbauen. Einschließlich Liefern und Einbauen von Steigeisen Einschließlich des Herstellens aller neuen Rohr- und Trogeinführungen mit entsprechenden Aussparungen und Abdichtungen. Einschließlich Asphaltbelag aufnehmen und entsorgen sowie neuen Asphalt liefern und an Schacht angepasst wiedereinbauen.					

1.6.70	Kabelschacht Gr. T5 Zwischenrahmen 400	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stck pro 1,00 Stck

Zwischenrahmen für Kabelaufbauschacht aus Stahlbetonfertigteilen, mit EBA Zulassung Gr. T5, lichte Maße L/B 1450/800 mm, Rahmenhöhe 400 mm liefern und einbauen.

1.6.80	Kabelschacht Gr. T7 unbefestigte Fläche oder Schotter	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stck pro 1,00 Stck

Kabelaufbauschacht aus Stahlbetonfertigteilen mit Bodenplatte, mit Steigeisen (Belastung max. 8 kN/m²) für Einbau außerhalb von Verkehrsflächen, Abdeckung Klasse A DIN 1229 und DIN EN 124, Größe T7, lichte Maße L/B 1450/1200 mm, lichte Höhe 1050 mm, bestehend aus Deckelrahmen mit 2 Deckeln, 2 Zwischenrahmen 400 mm und Bodenplatte. Deckelrahmen mit zwei Deckeln (mittige Anordnung der Öffnungsösen) für den Einbau in unbefestigter Oberfläche (mit Beton- oder Gußeisenrahmen, kein Flacheisenrahmen) und Lüftungsrost sowie Schmutzfänger mit zwei Deckeln. Liefern und im Bereich unbefestigte Oberfläche oder Schotter einbauen. Einschließlich Liefern und Einbauen von Steigbügeln. Einschließlich des Herstellens aller neuen Rohr- und Trogeinführungen mit entsprechenden Aussparungen und Abdichtungen. Einschließlich Baufeldfreimachung und aller notwendigen Erdarbeiten laut Vorbemerkung. Einschließlich ggf. anfallender Lieferung und Einbau von Boden für Grabenverfüllung. Restlicher Aushub geht in den Besitz des AN über und ist entsprechend zu entsorgen, Kippgebühren werden nicht gesondert vergütet. Leerrohren mit Kappen verschließen.

1.6.90	Kabelschacht Gr. T7 Asphaltbereich	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stck pro 1,00 Stck

Kabelaufbauschacht aus Stahlbetonfertigteilen mit Bodenplatte, mit Steigeisen (Belastung max. 8 kN/m²) für Einbau außerhalb von Verkehrsflächen, Abdeckung Klasse A DIN 1229 und DIN EN 124, Größe T7, lichte Maße L/B 1450/1200 mm, lichte Höhe 1050 mm, bestehend aus Deckelrahmen mit 2 Deckeln, 2 Zwischenrahmen 400 mm und Bodenplatte für den Einbau im Asphaltbereich. Deckelrahmen

mit zwei Deckeln und Aussparung für Kvz und Lüftungsrost sowie Schmutzfänger. Liefern und im Asphaltbereich einbauen. Einschließlich Liefern und Einbauen von Steigbügeln. Einschließlich des Herstellens aller neuen Rohr- und Trogeinführungen mit entsprechenden Aussparungen und Abdichtungen. Einschließlich Baufeldfreimachung und aller notwendigen Erdarbeiten laut Vorbemerkung. Einschließlich ggf. anfallender Lieferung und Einbau von Boden für Grabenverfüllung. Restlicher Aushub geht in den Besitz des AN über und ist entsprechend zu entsorgen, Kippgebühren werden nicht gesondert vergütet. Leerrohren mit Kappen verschließen. Einschließlich Asphaltbelag aufnehmen und entsorgen sowie neuen Asphalt liefern und an Schacht angepasst wiedereinbauen.

1.6.100	Kabelschacht Gr. T7 Zwischenrahmen 200	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stck pro 1,00 Stck

Zwischenrahmen für Kabelaufbauschacht aus Stahlbetonfertigteilen, Gr.T3, lichte Maße L/B 1450/1200 mm, Rahmenhöhe 200 mm liefern und einbauen.

1.6.110	Zuschlag für Schacht über vorhandene Leitungen setzen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stck pro 1,00 Stck

Zuschlag für erschwerte Baubedingungen beim Einbau eines neuen Schachtes über, zwischen und unter vorhandenen sich im Betrieb befindlichen Leitungen. Herstellen von Aussparungen und Abdichtungen für alle vorhandenen Rohre, Tröge und Leitungen sowie deren Einbindungen.

1.6.120	Vorhandenen Schacht reinigen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	10,00	Stck pro 1,00 Stck
	Vorhandenen Schacht Größe Kls bis V reinigen und für die Neukabelverlegung vorbereiten Einschl. Öffnen und Wiederschließen der Schachtdeckel					

1.7	Begleitender Tiefbau	EUR				
------------	-----------------------------	------------------	--	--	--	--

1.7.10	Signalfundament unbefestigte Oberfläche oder Schotterbereich 4-teilig	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	10,00	Stck pro 1,00 Stck

Betonfuß aus Fertigteilen Unterteil Maße B/L/H 50 cm x 60 cm x 15 cm, mit 2 Zwischenstücken, Maße B/L/H 40 cm x 40 cm x 45 cm, Oberteil Maße B/L/H 40 cm x 40 cm x 45 cm, Verbindung durch Gewindestangen einschl. Verguss. Einschließlich Baufeldfreimachung und aller notwendigen Erdarbeiten laut Vorbemerkung. Einschließlich ggf. anfallender Lieferung und Einbau von Boden für Grabenverfüllung. Restlicher Aushub geht in den Besitz des AN über und ist entsprechend zu entsorgen, Kippgebühren werden nicht gesondert vergütet.

1.7.20	Rückbau Signalfundament	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	4,00	Stck pro 1,00 Stck

Betonfuß aus Fertigteilen Unterteil Maße B/L/H 50 cm x 60 cm x 15 cm, mit 2 Zwischenstücken, Maße B/L/H 40 cm x 40 cm x 45 cm, Oberteil Maße B/L/H 40 cm x 40 cm x 45 cm, zurückbauen und fachgerecht entsorgen. Verguss. Einschließlich aller notwendigen Erdarbeiten laut Vorbemerkung. Einschließlich anfallender Lieferung und Einbau von Boden für Grabenverfüllung. Restlicher Aushub geht in den Besitz des AN über und ist entsprechend zu entsorgen, Kippgebühren werden nicht gesondert vergütet.

1.7.30	Betonschutzring für Kabelverteiler	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stck pro 1,00 Stck
	Betonschutzring für Kabelverteiler Durchmesser 770 mm, Höhe 300 mm liefern und einbauen und verfüllen. Einschließlich Baufeldfreimachung und aller notwendigen Erdarbeiten laut Vorbemerkung. Einschließlich anfallender Lieferung und Einbau von Boden für die Verfüllung.					
<hr/>						
1.7.40	Rohrpfosten liefern, unbefestigte Oberfläche / Schotter	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	11,00	Stck pro 1,00 Stck
	Feuerverzinkte Rohrpfosten für die Montage von Signaltafeln Länge 3,50 m, Durchmesser 60 mm liefern und in unbefestigter Oberfläche oder Schotter einbauen.					
<hr/>						
1.7.50	Saumstein 1 m breit aufnehmen und wieder einbauen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	9,00	Stck pro 1,00 Stck
	Vorhandenen Saumstein 1 m breit aufnehmen und wieder einbauen.					

1.7.60	Spurbahnplatten aufnehmen und wieder einbauen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	6,00	Stck pro 1,00 Stck

Vorhandenen Spurbahnplatten (Doppelverbund-Spurbahnstern L*B*H 1000 mm * 800 mm * 165 mm) aufnehmen und wieder einbauen. Einschließlich Baufeldfreimachung und aller notwendigen Erdarbeiten laut Vorbemerkung. Einschließlich ggf. anfallender Lieferung und Einbau von Boden für Grabenverfüllung. Restlicher Aushub geht in den Besitz des AN über und ist entsprechend zu entsorgen, Kippgebühren werden nicht gesondert vergütet.

1.7.70	Verzahnungs-Betonblöcke 1 * 1 m aufnehmen versetzen und wieder zurückstellen.	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	3,00	Stck pro 1,00 Stck

Verzahnungs-Betonblöcke 1 * 1 m aufnehmen versetzen und wieder zurückstellen.

1.7.80	Legizaunelement 2,5*1,0 m demontieren und motieren	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stck pro 1,00 Stck

Vorhandenes Legizaunelement Breite*Höhe = 2,5*1,0 m demontieren, zwischenlagern und nach Teilbaumaßnahme wieder motieren.

1.7.90	Legizauntür 1,0*1,0 m liefern und montieren	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stck pro 1,00 Stck

Legizauntür Breite*Höhe = 1,0*1,0 m liefern und montieren. Vorhandenes Legizaunelement demontieren, zwischenlagern und nach Teilbaumaßnahme eingekürzt an Zauntür wieder montieren.

1.7.100	Gleisschotter frei Verwendungsstelle liefern und einbauen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	90,00	t pro 1,00 t

Gleisschotter frei Verwendungsstelle liefern und einbauen.

1.7.110	Mutterboden frei Verwendungsstelle liefern und einbauen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	45,00	t pro 1,00 t

Mutterboden frei Verwendungsstelle liefern und einbauen.

1.7.120	Lagerung und Endsorgung Aushub = Z 2	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	27,00	t pro 1,00 t

Nachweislich kontaminierte Bodenmassen = Z2 fachgerecht entsorgen; einschließlich separate Einhaltung auf der Baustelle, Aufladung und Ablieferung sowie Deklarationsanalyse.

1.7.130 Lagerung und Entsorgung Aushub >Z 2 bis Z 4 Material	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	27,00	t pro 1,00 t
Nachweislich kontaminierte Bodenmassen > Z2 fachgerecht entsorgen; einschließlich separate Einhaltung auf der Baustelle, Aufladung und Ablieferung sowie Deklarationsanalyse.					
1.7.140 Zulage für Handschachtung an Einzelelementen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	40,00	m3 pro 1,00 m3
Zulage für Handschachtung an Einzelelementen wie Signalfundamenten und Schächten bei Vorfinden schwieriger Einbauverhältnisse wie beengter Bauraum und oder Bestandsleitungen.					
1.7.150 Zulage für Handschachtung bei laufender Rohr- /Trogverlegung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	100,00	m pro 1,00 m
Zulage für Handschachtung bei laufender Rohr- oder Trogverlegung auf oder neben Bestandsleitungen.					

1.7.160	Handsuchschachtungen bis 1,50 m tief	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	10,00	Stck pro 1,00 Stck

Handsuchschachtungen bis 1,50 m tief.

2	KTR für Anpassung ZSR BÜ Alte Mannheimer Straße	EUR				
2.1	Baustelleneinrichtung und Baustellensicherung	EUR				

2.1.10	Baustelle einrichten und räumen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	psch pro 1,00 psch

Einrichten und Räumen der Baustelle für sämtliche in der Leistungsbeschreibung aufgeführten Leistungen incl. Material u. Baustoffe für alle Grundleistungen. Freimachen und Wiederherstellen der erforderlichen Geländeflächen, Auf- und Abbau sowie Vorhalten von Lager- und Arbeitsplätze sowie Sanitäreinrichtungen sowie Müllsammlung in Containern mit regelmäßiger Müllentsorgung (siehe Vorbemerkungen).
Vom AN ist ein Baustelleneinrichtungsplan vorzulegen.

2.1.20	Baustellenlogistik	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	psch pro 1,00 psch

Durchführung der Baustellenlogistik für alle mit dem Los verbundenen logistischen Leistungen. Das beinhaltet auch die Durchführung sämtlicher materiellen Ver- und Entsorgungen, sämtlicher Transporte, einschl. der schienengebundenen Transporte und deren Transportmittel inklusive der Vorhaltung.

2.1.30	Sicherung der Baustelle	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	psch pro 1,00 psch
	Herstellen, Unterhalten und wieder Instandsetzen bzw. Abbauen von witterungsunabhängigen Zu- und Abfahrten, Rampen, Lagerplätzen, Blenden, Schutzzäunen, Abschränkungen, Schutzvorkehrungen, Absperrungen, Verkehrsregelungen, Sicherheitsbeleuchtungen, prov. Geländer, Schutz gegen Beschädigungen von Nachbargrundstücken, Leitungen der Versorgungsunternehmen und dergleichen sowie die dauernde Sicherung der Baustelle und des Bauwerks gegen unbefugten Zutritt.					
2.1.40	Baustellensicherung Sipos	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	20,00	Std pro 1,00 Std
	Bereitstellung der Sipo-Leistungen für das gesamte Bauvorhaben. Alle notwendigen Sipo-Leistungen für die Ausführung der Arbeiten im Gleisbereich sind vom AN bereitzustellen. einschl. Erledigung aller hierzu notwendigen Vorleistungen. Einschließlich Vorhalten sowie täglichen Auf- und Abbau der Langsamfahrstellenbeschil derung.					
2.1.50	Baustellensicherung Sakra	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	20,00	Std pro 1,00 Std
	Bereitstellung der Sakra-Leistungen für das gesamte Bauvorhaben. Alle notwendigen Sakra-Leistungen für die Ausführung der Arbeiten im Gleisbereich sind vom AN bereitzustellen. einschl. Erledigung aller hierzu notwendigen Vorleistungen wie Sicherungsplan Teil 1 und Teil 3. Einschließlich Vorhalten sowie täglichen Auf- und Abbau der Langsamfahrstellenbeschil derung.					

2.1.60	Verkehrsrechtliche Genehmigungen	USt. [%] 19%	Menge 1,00	Einheit psch	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 psch	Gesamtpreis [EUR]
Einholen aller für die Baumaßnahme notwendigen verkehrsrechtlichen Genehmigungen und Vorhalten aller in den Genehmigungen geforderterten Auflagen und der dazu benötigten Materialien und Personalien.						
2.1.70	Durchführen des Beweissicherungsverfahrens	USt. [%] 19%	Menge 1,00	Einheit psch	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 psch	Gesamtpreis [EUR]
Durchführen des Beweissicherungsverfahrens gemäß "Vorbemerkungen zum LV" Punkt "Beweissicherung" vor Beginn der Baumaßnahmen für alle Leistungen.						
2.1.80	Bestandsdokumentation	USt. [%] 19%	Menge 1,00	Einheit psch	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 psch	Gesamtpreis [EUR]
Bestandsunterlagen unter Verwendung der Ausführungszeichnungen (Braunstrich) für den AG herstellen und als Anlage zur Schlussrechnung liefern, einschl. Schlussvermessung. Alle Abweichungen zur AP sind zu kennzeichnen.						
2.2	Baufeldfreimachung				EUR	

2.2.10	Grünschnitt	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	15,00	m2 pro 1,00 m2
	Hecken-, Busch-, und Baumbestand, der über das üblich notwendige Maß an Baufeldfreimachung bei der Trog und Rohrverlegung hinausgeht, mit Stämmen bis 15 cm Durchmesser einschl. Wurzelwerk entfernen, das abgeräumte Material geht in den Besitz des AN über und ist entsprechend zu entsorgen.					

2.2.20	Vorhandenen Beton- oder Kunststofftrog freischneiden	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	10,00	m pro 1,00 m
	Vorhandenen Beton- oder Kunststofftrog vom Gras- und Strauchbewuchs freischneiden. Das Räumgut ist zu beseitigen und zu entsorgen. Räumbreite ca. 1m.					

2.2.30	Vorhanden Beton- oder Kunststofftrog freilegen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	10,00	m pro 1,00 m
	Freiräumen des vorhandenen Kabelkanals von Überschüttungen aus Erde, Schotter, Kies etc. Das Räumgut ist zu beseitigen und zu entsorgen. Räumbreite ca. 1m.					

2.2.40	Beton- und Fundamentabbruch	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	2,00	m3 pro 1,00 m3
	Beton- oder Fundamentabbruch mit fachgerechter Entsorgung.					

2.3 Kabelkanäle		EUR				
2.3.10	Betontrog Gr. II i.F.	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	6,00	m pro 1,00 m
	Betontrog Gr. II i.F. mit Deckel liefern und verlegen. Einschließlich Deckel mit Öffnungsösen an allen OL-Masten sowie vor Schacht- und Rohreinführungen. Einschließlich Baufeldfreimachung und aller notwendigen Erdarbeiten laut Vorbemerkung. Einschließlich Lieferung und Einbau des Bettungsmaterials aus einer Sand/Kies-Mischung. Einschließlich Lieferung und Einbau von Boden für Grabenverfüllung oder Böschungsanpassung. Herstellen aller notwendigen Gehrungsschnitte bei Umfahrung von Anlagen bzw. Hindernissen. Einschließlich liefern und legen von Flexrohren zur Unterquerung von Erdungen etc. Restlicher Aushub geht in den Besitz des AN über und ist entsprechend zu entsorgen, Kippgebühren werden nicht gesondert vergütet.					
2.3.20	Anschluss Kabelkanal an einen vorhandenen Betonkabelkanal	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stck pro 1,00 Stck
	Neuen Kabelkanal an einen vorhandenen Betonkabelkanal anschließen. Betroffene Kanalseite freilegen, Betonkabelkanal öffnen, Aussparung am Betonkabelkanal herstellen. Fugenstelle wasserdicht versiegeln und Betonkabelkanal schließen. Überschüssiges Material ist Eigentum vom AN und muss von ihm beseitigt und fachgerecht entsorgt werden.					

2.4	Verrohrungen	EUR				
-----	--------------	-----------	--	--	--	--

2.4.10	Verrohrung 1 FR 75 oder 1 R DN 110 unbefestigte Oberfläche oder Schotter kurze Abschnitte	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	22,00	m pro 1,00 m

Verrohrung 1 FR DN 75 oder 1 R DN 110 in unbefestigte Oberfläche oder Schotter herstellen, Kabelgraben für 1 Flexrohr DN 75 oder 1 starres Rohr PE-HD DN 110 mit Wanddicke 5,3 mm (in kurzen Stücken von 2 bis 10 m) herstellen, Breite = 0,40 m Tiefe = 1,00 m (Rohrüberdeckung > 0,80 m), Aushub seitlich lagern, Rohre liefern und verlegen, Sand liefern, Rohre einsanden, Graben verfüllen. in Lagen von 20 cm verdichten, ggf. Schotter wieder auffüllen. Einschließlich Baufeldfreimachung und aller notwendigen Erdarbeiten laut Vorbemerkung. Einschließlich ggf. anfallender Lieferung und Einbau von Boden für Grabenverfüllung oder Böschungsanpassung. Liefern und Einbau aller notwendigen Muffen und Rohrbögen bei Umfahrung von Anlagen bzw. Hindernissen. Restlicher Aushub geht in den Besitz des AN über und ist entsprechend zu entsorgen, Kippgebühren werden nicht gesondert vergütet. Zugdraht einziehen und Leerrohrenenden mit Kappen verschließen.

2.4.20	Leerrohr an Kunststoffkanal anschließen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	6,00	Stck pro 1,00 Stck

Leerrohr DN 75 oder 110 an Kunststoffkanal anschließen und abdichten.

2.5	Gleisdurchbrüche	EUR				
-----	------------------	-----------	--	--	--	--

2.5.10	Gleisdurchbruch 2 Gleise 2 R DN 110	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stck pro 1,00 Stck

Gleisdurchbruch 2 Gleise mit 2 R DN 110, wie Pos. 1.5.20 jedoch mit

2.6 Schächte		EUR				
2.6.10	Kabelschacht Gr. T2 unbefestigte Fläche oder Schotter	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stck pro 1,00 Stck
<p>Kabelaufbauschacht aus Stahlbetonfertigteilen mit EBA-Zulassung, mit Bodenplatte, mit Steigeisen Belastung max. 8 kN/m² für Einbau außerhalb von Verkehrsflächen, Abdeckung Klasse A/B DIN 1229 und DIN EN 124, Größe T2, lichte Maße L/B 650/650 mm, lichte Höhe 1050 mm, bestehend aus Deckelrahmen mit Deckel (mittige Anordnung der Öffnungsösen), 2 Zwischenrahmen 400 mm und Bodenplatte. Deckelrahmen für Einbau in unbefestigter Oberfläche (mit Beton- oder Gußeisenrahmen, kein Flacheisenrahmen) und Lüftungsrost sowie Schmutzfänger. Liefern und im Bereich unbefestigte Oberfläche oder Schotter einbauen. Einschließlich Liefern und Einbauen von Steigeisen Einschließlich des Herstellens aller neuen Rohr- und Trogeinführungen mit entsprechenden Aussparungen und Abdichtungen. Einschließlich Baufeldfreimachung und aller notwendigen Erdarbeiten laut Vorbemerkung. Einschließlich ggf. anfallender Lieferung und Einbau von Boden für Grabenverfüllung. Restlicher Aushub geht in den Besitz des AN über und ist entsprechend zu entsorgen, Kippgebühren werden nicht gesondert vergütet. Leerrohren mit Kappen verschließen.</p>						
2.6.20	Kabelschacht Gr. T2 Zwischenrahmen 400	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stck pro 1,00 Stck
<p>Zwischenrahmen für Kabelaufbauschacht aus Stahlbetonfertigteilen, mit EBA Zulassung Gr. T2, lichte Maße L/B 650/650 mm, Rahmenhöhe 400 mm liefern und einbauen.</p>						

2.6.30	Kabelschacht Gr. T3 unbefestigte Fläche oder Schotter	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stck pro 1,00 Stck
<p>Kabelaufbauschacht aus Stahlbetonfertigteilen mit EBA-Zulassung, mit Bodenplatte, mit Steigeisen Belastung max. 8 kN/m² für Einbau außerhalb von Verkehrsflächen, Abdeckung Klasse A/B DIN 1229 und DIN EN 124, Größe T3, lichte Maße L/B 1170/650 mm, lichte Höhe 1050 mm, bestehend aus Deckelrahmen mit 1 Deckel, (mittige Anordnung der Öffnungsösen) 2 Zwischenrahmen 400 mm und Bodenplatte. Deckelrahmen für Einbau in unbefestigter Oberfläche (mit Beton- oder Gußeisenrahmen, kein Flacheisenrahmen) und Lüftungsrost sowie Schmutzfänger. Liefern und im Bereich unbefestigte Oberfläche oder Schotter einbauen. Einschließlich Liefern und Einbauen von Steigeisen Einschließlich des Herstellens aller neuen Rohr- und Trogeinführungen mit entsprechenden Aussparungen und Abdichtungen. Einschließlich Baufeldfreimachung und aller notwendigen Erdarbeiten laut Vorbemerkung. Einschließlich ggf. anfallender Lieferung und Einbau von Boden für Grabenverfüllung. Restlicher Aushub geht in den Besitz des AN über und ist entsprechend zu entsorgen, Kippgebühren werden nicht gesondert vergütet. Leerrohren mit Kappen verschließen.</p>						

2.6.40	Kabelschacht Gr. T3 Zwischenrahmen 400	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stck pro 1,00 Stck
<p>Zwischenrahmen für Kabelaufbauschacht aus Stahlbetonfertigteilen, mit EBA Zulassung Gr. T3, lichte Maße L/B 1170/650 mm, Rahmenhöhe 400 mm liefern und einbauen.</p>						

2.6.50	Vorhandenen Schacht reinigen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stck pro 1,00 Stck

Vorhandenen Schacht Größe Kls bis V
reinigen und für die Neukabelverlegung vorbereiten
Einschl. Öffnen und Wiederschließen der Schachtdeckel

2.7	Begleitender Tiefbau	EUR				
------------	-----------------------------	------------------	--	--	--	--

2.7.10	Signalfundament unbefestigte Oberfläche oder Schotterbereich 4-teilig	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	3,00	Stck pro 1,00 Stck

Betonfuß aus Fertigteilen Unterteil Maße B/L/H 50 cm x 60 cm x 15 cm, mit 2 Zwischenstücken, Maße B/L/H 40 cm x 40 cm x 45 cm, Oberteil Maße B/L/H 40 cm x 40 cm x 45 cm, Verbindung durch Gewindestangen einschl. Verguss. Einschließlich Baufeldfreimachung und aller notwendigen Erdarbeiten laut Vorbemerkung. Einschließlich ggf. anfallender Lieferung und Einbau von Boden für Grabenverfüllung. Restlicher Aushub geht in den Besitz des AN über und ist entsprechend zu entsorgen, Kippgebühren werden nicht gesondert vergütet.

2.7.20	Rückbau Signalfundament	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	2,00	Stck pro 1,00 Stck

Betonfuß aus Fertigteilen Unterteil Maße B/L/H 50 cm x 60 cm x 15 cm, mit 2 Zwischenstücken, Maße B/L/H 40 cm x 40 cm x 45 cm, Oberteil Maße B/L/H 40 cm x 40 cm x 45 cm, zurückbauen und fachgerecht entsorgen. Verguss. Einschließlich aller notwendigen Erdarbeiten laut Vorbemerkung. Einschließlich anfallender Lieferung und Einbau von Boden für Grabenverfüllung. Restlicher Aushub geht in den Besitz des AN über und ist entsprechend zu entsorgen, Kippgebühren werden nicht gesondert vergütet.

2.7.30	Betonschutzring für Kabelverteiler	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stck pro 1,00 Stck
		Betonschutzring für Kabelverteiler Durchmesser 770 mm, Höhe 300 mm liefern und einbauen und verfüllen. Einschließlich Baufeldfreimachung und aller notwendigen Erdarbeiten laut Vorbemerkung. Einschließlich anfallender Lieferung und Einbau von Boden für die Verfüllung.				
2.7.40	Signaleinfassungsrahmen 2500 x1200 x 400 mm	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stck pro 1,00 Stck
		Signaleinfassungsrahmen Länge 2.500 mm, Breite 1200 mm und Höhe 400 mm liefern und einbauen und verfüllen. Einschließlich Baufeldfreimachung und aller notwendigen Erdarbeiten laut Vorbemerkung. Einschließlich anfallender Lieferung und Einbau von Boden für die Verfüllung.				
2.7.50	Signaleinfassungsrahmen 1800 x1200 x 400 mm	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stck pro 1,00 Stck
		Signaleinfassungsrahmen Länge 1.800 mm, Breite 1200 mm und Höhe 400 mm liefern und einbauen und verfüllen. Einschließlich Baufeldfreimachung und aller notwendigen Erdarbeiten laut Vorbemerkung. Einschließlich anfallender Lieferung und Einbau von Boden für die Verfüllung.				

2.7.60	Absturzsicherung (1 m, 2,5 m, 1 m)	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stk pro 1,00 Stk
		Absturzsicherung in U-Form (1 m, 2,5 m, 1 m) als feuerverzinktes Steckrohrrahmengeländer Durchmesser 60 mm, Höhe 1000 mm liefern und motieren. Einschließlich Leerrohr für Gleiserde sowie Lieferung, Montage und Anschluß der Gleiserde.				
2.7.70	Absturzsicherung (1 m, 1,8 m, 1 m)	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stk pro 1,00 Stk
		Absturzsicherung in U-Form (1 m, 1,8 m, 1 m) als feuerverzinktes Steckrohrrahmengeländer Durchmesser 60 mm, Höhe 1000 mm liefern und motieren. Einschließlich Leerrohr für Gleiserde sowie Lieferung, Montage und Anschluß der Gleiserde.				
2.7.80	Gleisschotter frei Verwendungsstelle liefern und einbauen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	10,00	t pro 1,00 t
		Gleisschotter frei Verwendungsstelle liefern und einbauen.				

2.7.90	Mutterboden frei Verwendungsstelle liefern und einbauen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	5,00	t pro 1,00 t

Mutterboden frei Verwendungsstelle liefern und einbauen.

2.7.100	Lagerung und Entsorgung Aushub = Z 2	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	3,00	t pro 1,00 t

Nachweislich kontaminierte Bodenmassen = Z2 fachgerecht entsorgen; einschließlich separate Einhaltung auf der Baustelle, Aufladung und Ablieferung sowie Deklarationsanalyse.

2.7.110	Lagerung und Entsorgung Aushub >Z 2 bis Z 4 Material	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	3,00	t pro 1,00 t

Nachweislich kontaminierte Bodenmassen > Z2 fachgerecht entsorgen; einschließlich separate Einhaltung auf der Baustelle, Aufladung und Ablieferung sowie Deklarationsanalyse.

2.7.120	Zulage für Handschachtung an Einzelelementen	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	20,00	m3 pro 1,00 m3

Zulage für Handschachtung an Einzelelementen wie Signalfundamenten und Schächten bei Vorfinden schwieriger Einbauverhältnisse wie beengter Bauraum und oder

Bestandsleitungen.

2.7.130	Zulage für Handschachtung bei laufender Rohr- /Trogverlegung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	10,00	m pro 1,00 m
		Zulage für Handschachtung bei laufender Rohr- oder Trogverlegung auf oder neben Bestandsleitungen.				
<hr/>						
2.7.140	Handsuchschachtungen bis 1,50 m tief	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	2,00	Stck pro 1,00 Stck
		Handsuchschachtungen bis 1,50 m tief.				

ANGEBOTSSUMME(N)

Summe exkl. Nachlass (netto)	_____
Nachlass (netto)	_____
Summe inkl. Nachlass (netto)	_____
Umsatzsteuer	_____
Summe (brutto)	_____

Verfahren: 054-26-E16 - Betriebshof Käfertal Kabeltrassenbau

AUFLISTUNG ALLER DATEIANLAGEN ZU DEN POSITIONEN

Name	Dateiname	Größe	MIME-Type
------	-----------	-------	-----------

EIGNUNGSKRITERIEN

1 Eigenerklärung Bau

Gewichtung: 0,00%

1.1 Präqualifikation / Eigenerklärung zur Eignung

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis durch Eintragung in das Präqualifikationsregister nicht präqualifizierte Unternehmen füllen das Formblatt Eigenerklärung zur Eignung aus.

1.2 Bestätigung der Eignung [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Die Präqualifikationsnummer wurde in das Angebotsschreiben eingetragen oder die ausgefüllte Eigenerklärung zur Eignung dem Angebot beigelegt.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.3 Erklärung zu Referenzen [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Die Erfüllung der Mindestkriterien muss durch mindestens 3 Referenz nachgewiesen werden, deren Leistungszeitraum zwischen 2023 - 2025 liegt.

Der Bieter hat dazu mindestens 3 Referenzprojekte anzugeben, aus denen sich ergibt, dass der Bieter in der Vergangenheit bereits nach Art, Komplexität und Umfang vergleichbare Aufträge erfolgreich durchgeführt hat.

Die Vergleichbarkeit bezieht sich auf Aufträge vergleichbarer Leistungen im Kabeltrassentiefbau mit einem Auftragsvolumen von mind. 200.000,00 Euro.

Davon muss mind. 1 Referenz über Arbeiten im Bahn-/Gleisbereich vorgelegt werden. Anzugeben sind Referenzen über Leistungen, die in den letzten drei Jahren (ab 2023) erbracht worden sind.

Die Referenzen sind mit dem Angebot als Anlage einzureichen.

Wurden geforderten Referenzen mit dem Angebot als Anlage eingereicht?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

2 Eigenerklärung zur Versicherungspflicht

Gewichtung: 0,00%

2.1 Eigenerklärung zur Versicherungspflicht

Der Bieter/ Die Bietergemeinschaft muss unverzüglich nach Zuschlagserteilung über eine Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung verfügen, die über die gesamte Vertragslaufzeit aufrecht erhalten bleiben muss.

Die Deckungssumme dieser Versicherung muss je Schadensfall mindestens betragen:

- 3 Mio. Euro pauschal für Personenschäden
- 3 Mio. Euro Sachschäden

Zum Nachweis, dass die oben beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung rechtzeitig vorhanden sein wird, gibt der Bieter eine entsprechende Eigenerklärung ab und reicht den entsprechenden Nachweis ein.

Im Falle der Bietergemeinschaft ist der Nachweis durch jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen.

Achtung: Bitte beachten Sie, dass ein Nachfordern eines unzureichenden Versicherungsnachweises unzulässig ist und zum Ausschluss des Angebots von der Wertung führt.

2.2 Eigenerklärung zur Versicherungspflicht [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ein entsprechender Nachweis der

Variante a) bestehenden Versicherung

ODER

Variante b) ein Nachweis der Versicherung, dass zum Zeitpunkt des Vertragsbeginns eine entsprechende Versicherung in ausreichender Höhe bestehen wird

ist dem Teilnahmeantrag beigelegt.

- ☐ ☐ Keine Angabe
☐ ☐ Ja
☐ ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

2.3 Eigenerklärung zur Versicherung [Mussangabe]

Der Bieter / Die Bietergemeinschaft / Der Bewerber / Die Bewerbergemeinschaft bestätigt, dass _____.

- ☐ ☐ Keine Angabe (0)
☐ ☐ Eine entsprechende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung wie vor beschrieben von jedem Bieter/ Mitglied der Bietergemeinschaft/ Bewerber / Mitglied der Bewerbergemeinschaft bereits zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe besteht und zum Nachweis ist die Versicherungsbestätigung dem Angebot beigelegt. (Variante a)) (0)
☐ ☐ Der Bieter / Die Bietergemeinschaft / Der Bewerber / Die Bewerbergemeinschaft ist in der Lage, im Falle der Auftragserteilung, für den Zeitraum seiner Leistungsverpflichtung eine wie vor beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung abzuschließen und eine entsprechende Versicherungsbestätigung ist dem Angebot beigelegt. (Variante b)) (0)

Nur eine Antwort wählbar

3 Erklärungen zu Nachweisen

Gewichtung: 0,00%

3.1 Übersicht über beizufügende Nachweise

Folgende Nachweise / Angaben / Informationen sind beizufügen:

- Handelsregistrauszug (nicht älter als 3 Monate) oder Nachweis über Eintragung in relevantes Berufsregister

3.2 Handelsregistrauszug / Nachweis Berufsregister [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ein Handelsregistrauszug (nicht älter als 3 Monate) oder Nachweis über Eintragung in relevantes Berufsregister ist als Anlage beigelegt

- ☐ ☐ Keine Angabe
☐ ☐ Ja
☐ ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.3 Wenn Handelsregistrauszug nicht beigelegt

Ausschlusskriterium

Wenn ein Handelsregistrauszug (nicht älter als 3 Monate) nicht beigelegt ist:
Wurde ein solcher beantragt, ist der Nachweis über die Beantragung beigelegt und wird dieser unmittelbar nach Vorliegen unaufgefordert über die Nachrichtenfunktion nachgereicht?

- ☐ ☐ Keine Angabe
☐ ☐ Ja
☐ ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

LEISTUNGSKRITERIEN

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
Dateianlage	Bth_Kaefertal_KKTLP-Blatt -4.pdf	437,16 KB	pdf
Dateianlage	Bth_Kaefertal_KKTLP-Blatt -7.pdf	378,09 KB	pdf
Dateianlage	Bth_Kaefertal_KKTLP-Blatt -2.pdf	708,46 KB	pdf
Dateianlage	Bth_Kaefertal_KKTLP-Blatt -3.pdf	1,16 MB	pdf
Dateianlage	Anlage 1a Leistungsverzeichnis.pdf	204,01 KB	pdf
Dateianlage	Anlage 1b Leistungsverzeichnis.X83	142,88 KB	x83
Dateianlage	Anlage 3 rnv-Stdtd - 1.3.902 Kabeltrasse 2023-10-01.pdf	10,04 MB	pdf
Dateianlage	054-26-E16_Stundenlohnarb eiten.xlsx	28,59 KB	xlsx